

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 25. August 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zschopau-Marienberg unser!

Zschopau, 24. August. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Reichstagswahl erhielt Göhre (Soz.) 14350, Brodau (Fortschr.) 4580, Frijsche (Antif.) 4450 Stimmen. Einige kleinere Orte, die aber am Resultat nichts mehr ändern, stehen noch aus. Göhre ist mit über 5000 Stimmen Mehrheit gewählt.

Bei der Wahl im Jahre 1907 erhielten Göhre 11281, Zimmermann (Antif.) 14237 Stimmen. Die bürgerlichen Parteien haben also 5207 Stimmen verloren, während die sozialdemokratischen Stimmen um 3069 zunahmen.

Das ist das Resultat eines Kampfes, der mit beispielloser Schärfe geführt worden ist. Handelte es sich doch um das erste Mandat, das die bürgerlichen Parteien Sachsens seit den Hottentottenwahlen zu verteidigen hatten. Gerade in Sachsen haben wir 1907 bei den Neuwahlen von den 20 Mandaten, die wir bei der Auflösung des Reichstages besaßen, nicht weniger als 12 eingebüßt. Den Kreis Zschopau-Marienberg allerdings hatten wir bereits 1904 nach dem Tode Rosenows verloren. Damals stellte sich der Antisemit Zimmermann selber auf, während Konserwative und der Bund der Landwirte einen eigenen gemeinsamen Kandidaten in der Person des Bürgermeisters Dr. Schanz besaßen. Ihnen stand Genosse Vinkau-Leipzig gegenüber. Dem Demagogen Zimmermann gelang es damals, seinen konserwativen Gegner an Stimmen zu überflügeln, so daß er mit uns in die Stichwahl kam, in der er mit knapper Mehrheit siegte. 1906 einigten sich die bürgerlichen Parteien sofort auf die Kandidatur Zimmermann, der es dann bei dem tollen Hottentottenwindel dem Genossen Göhre gegenüber auf die respektable Mehrheit von 3500 Stimmen brachte.

Jedem eine feste Organisation hat in diesem Kreise keine der bürgerlichen Parteien je gehabt, und Zimmermann beschränkte sich darauf, ein paar nationale Arbeitervereine zu gründen, deren einer ihm noch kurz vor seinem Tode eine scharfe Abgabe erteilte. Die Reichsfinanzreform brachte Zimmermanns Stern rasch zum Verbleichen. Schon bei den sächsischen Landtagswahlen getraute er sich nicht mehr, sich in seinem Reichstagswahlkreis aufstellen zu lassen, er suchte sich einen anderen Kreis im Erzgebirge — und fiel durch! Daß er auch in Zschopau-Marienberg keine Aussicht mehr hatte, nochmals in den Reichstag zu kommen, war ihm klar, deshalb wollte er in Waizen, dem Kreise des mandatsmüden Antisemiten Gräfe kandidieren. Der Tod machte diesen Plänen ein Ende.

Jetzt haben nur die Wähler in Zschopau-Marienberg ein Urteil über das politische Hochstaplerium, das sich hinter dem Antisemitismus verbirgt, gefällt, wie es vernichtender in seiner Art kaum gedacht werden kann. Das ist umso höher anzuschlagen, wenn man sich die wirtschaftliche Struktur dieses Wahlkreises vergegenwärtigt. Im unteren Teil viel Fabrikindustrie, in weiten Strichen des oberen Teiles fast nur Hausindustrie, daneben im ganzen Kreise viel Landwirtschaft, freilich fast durchwegs kleine und mittlere Betriebe. Die Primarbeiter leben in einem bitteren Notstand, Löhne von sieben, neun oder zehn Mark die Woche sind keine Seltenheit; eine kleine Hütte bindet sie meist an die Scholle. Die Gegner haben stets auf den stark sentimentalsten Einschlag und auf die religiöse Stimmung dieser armen Bevölkerung spekuliert — diesmal haben alle diese Kräfte nichts genützt. Antisemiten und Konserwative können als abgetan gelten.

Diesmal trat im Kreise eine neue Partei in die Erscheinung, die Fortschrittler. Bisher wußte man in diesem Kreise weder etwas von Fortschrittler noch von Nationalliberalen. Rößlich tauchte ein gemeinsamer Kandidat dieser beiden Parteien auf, ein Fortschrittlermann, nachdem die reaktionäre Leuchte des sächsischen Fortschritts, der Abgeordnete Günther-Blauen, erklart hatte, daß nur der Fortschritt den Kreis dem Bürgertum erhalten könne. Das höchst zweifelhafte Verdienst, daß der Freisinn im Reichstage nur aus rein taktischen Gründen gegen die Finanzreform gestimmt hatte, sollte jetzt für ihn den Steigbügel bilden, mittels dessen der Fortschritt sich in den Sattel schwingen wollte. Die Klopsch und Biemer, Günther und Stresemann waren herbeigeit, um die Wähler nach allen Regeln der Kunst einzuflehen. Sie hatten dabei freilich nicht mit der Wachsamkeit unserer Genossen gerechnet, die in die fortschrittlichen Versammlungen Hedner entdeckten, die die Haltung der Fortschrittler zur Steuerfrage in das rechte Licht rückten. Dem Abg. Klopsch wurde das schließlich so unangenehm, daß er sich auf keine Diskussion mehr einlassen wollte, weil er seine Kräfte schonen müsse, um sich noch recht lange seiner Familie und dem Vaterlande zu erhalten! Ein genialer Einfall, um eine elende Kneiferei zu beschönigen!

Daß der nationalliberale Abg. Stresemann sich für den Freisinn so ins Zeug legte, hat seine Ursache darin, daß die Freisinnigen im Wahlkreise Stresemanns sich verpflichtet haben, das nächste Mal auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten und sofort für ihn einzutreten.

Mit dieser Hingabe an den Freisinn will dieser strebsame Politiker also sein in hohem Maße gefährdetes Reichstagsmandat retten!

Unsere Genossen hatten zuerst die antisemitischen Versammlungen besucht; als aber der Kandidat Kurt Frijsche die Polizei gegen sie zu Hilfe rief, verhängten sie den Boykott über seine Versammlungen. Diese Taktik unserer Genossen hat sich glänzend bewährt, denn die Versammlungen der Antisemiten wiesen eine gähnende Leere auf. Nicht nur der Kandidat selbst, sondern auch der zu seiner Hilfe herbeigeitete Abgeordnete Berner hatten Versammlungen, in denen vier bis zwölf Personen anwesend waren. Sie verlegten dann ihre Haupttätigkeit in ländliche Bezirke, ohne daß es ihnen aber gelungen wäre, dort bessere Resultate zu erzielen. In den letzten Tagen wurde der Wahlkreis von nationalliberalen und freisinnigen Parteiangehörigen förmlich überschwemmt. Die Antisemiten hatten sich einen „nationalen“ Arbeiter gekauft; die ganze Gesellschaft schwindelte, daß sich die Wahlen bogen, Flugblätter erschienen, die alles übertrafen, was sich die Gegner bisher schon geleistet hatten. Unflätige Beschimpfungen unferes Kandidaten und anderer führender Parteigenossen, hahnhebliche Verleumdungen der Sozialdemokratie und Einschüchterung der Wähler waren die Mittel, von denen man sich Erfolg versprach. Der Reichsverband hatte mit seinen berüchtigten Flugchriften die Gegner nach Kräften unterstützt. Selbst die Auslassungen des Anarchisten Most in der „Freiheit“ wurden gegen unsere Partei verwendet, und die Antisemiten versuchten den Anschein zu erwecken, als ob es sich bei der „Freiheit“ um eine sozialdemokratische Zeitung gehandelt hätte. Daß auch die Behörden nicht müßig waren, versteht sich in diesem Teile des Königreichs Sachsen von selbst. In einzelnen Distrikten waren Säle überhaupt nicht zu haben, Versammlungen unter freiem Himmel wurden verboten, weil es angeblich an passenden Zugängen fehlte!

Und doch: alles, aber auch alles war umsonst! Der Wahlausfall bedeutet die denkbar schärfste Verurteilung der Politik, die im Zeichen des Schnapsblodes in Deutschland getrieben wurde und noch immer getrieben wird. Diese Verurteilung wirkt um so markanter, weil man auch die Stimmen der Fortschrittler als gegen die Konserwativen gerichtet in Rechnung stellen muß. Das Wahlergebnis bedeutet aber noch mehr, nämlich auch eine scharfe Abgabe an den Liberalismus, der sich einbildete, im Trüben fischen zu können. Vor allem aber ist diese Wahl gewissermaßen eine Generalprobe für den Ausfall der allgemeinen Wahlen gewesen, die im nächsten Jahre stattfinden. Die bürgerlichen Parteien werden die Hoffnungen, die sie hegten, wesentlich reduzieren müssen. Sachsen ist auf dem besten Wege, wieder das rote Königreich zu werden. Rascher, als man es vermuten konnte, haben die bürgerlichen Parteien abgewirtschaftet. Das vorliegende Wahlergebnis ist der beste Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie mit der Haltung, die sie im Reichstage eingenommen hat, auf dem richtigen Wege war. In immer steigendem Maße gewinnt sie sich das Vertrauen der Massen, die immer mehr erkennen, wie sie von den bürgerlichen Parteien am Narrenseil gegängelt worden sind. Auf den Höhen des Erzgebirges weht wieder die rote Fahne der Sozialdemokratie!

Die Niedergerittenen reiten!

Korea.

Kaum wird auch offiziell bestätigt, daß Japan die Annexion Koreas vollzogen hat. Die Nachricht ist wichtig genug, um die Aufmerksamkeit der ganzen Welt zu erwecken. Denn weit entfernt, die Ruhe in jenem politischen Wetterwinkel zu sichern, kann im Gegenteil die Annexion zu neuen Konflikten führen.

Ein Blick auf die Karte Ostasiens genügt, um zu verstehen, daß für Japan allerdings Lebensinteressen auf dem Spiele stehen, wenn eine feindliche Militärmacht sich in Korea festsetzt. Dazu kommt, daß die rasend schnelle Entwicklung des Kapitalismus die japanische Bourgeoisie dazu drängt, sich Expansionsgebiete zu sichern und Korea ihr dabei als willkommenes Ausbeutungsobjekt erscheint.

Es ist kaum zu viel gesagt, wenn man die Geschichte des modernen Japan als ein Ringen um Korea bezeichnet. Kaum hatte die Umwälzung sich vollzogen, die Japan aus einem asiatischen „Feudalstaat“ zu einem modernen Militärstaat machte, begannen die Konflikte mit dem Nachbarreiche. Ursachen zu Reibereien gab es vollkommene: japanische Fischer suchten seit jeher die reichen Fischgründe an der Küste auf, japanische Händler waren bestrebt, in das Land zu dringen. Der chinesische Vasallenstaat, der in noch höherem Maße als China selbst unter der Herrschaft eines verrotteten Mandarinentums verknöcherte, schloß sich gegen die Eindringlinge ab. Es galt, diesen Widerstand zu überwinden und wir sehen in den sechziger und achtziger Jahren Japan beständige Fortschritte in der „Erbsitzung“ Koreas machen, d. h. Schritt für Schritt in der Vereinigung des Landes vordringen. Die Methode war zum Teil der europäischen Diplomatie abgeguckt, zum Teil echt asiatisch. Die japanische Regierung nahm sich mit Feuerzifer der wirtschaftlichen Interessen ihrer Untertanen an, die in Korea Geschäfte machten; daneben zettelte sie fortwährend Wirren, Tumulte, Palastrevolutionen an in diesem Lande. Gelang es den japanischen Emissären, Einfluß auf die koreanische Regierung zu gewinnen, so belam Japan neue Zugeständnisse, gelang es nicht, wurden die japanischen Parteigänger bei solchen Palastrevolutionen gegauf,

war die „nationale Ehre“ beleidigt, Japan drohte mit Krieg und erzwang abermals Zugeständnisse.

In den neunziger Jahren erschien ein gefährlicher Rivale auf dem Kampfbühne: Rußland baute die sibirische Bahn und setzte alles daran, einen eisfreien Hafen am Stillen Ozean zu erwerben, weil ohne einen solchen die Bahn auf einem toten Strang endet. Solche Häfen waren in Korea zu finden. Jetzt steigerte Japan seine Anstrengungen zur Beherrschung Koreas mit fieberhafter Eile: es mußte Rußland zuvorkommen. Rußland suchte dem zu begegnen, indem es China vorstob, das jetzt auf einmal seine Hoheitsrechte über den koreanischen Vasallenstaat mit Nachdruck geltend machte. Der japanisch-chinesische Krieg von 1894 war die Folge. Der junge Militärstaat trug einen leichten Sieg über den Barbarenstaat davon, aber die europäischen Mächte fielen dem Sieger in den Arm; die Mächte mit Deutschland an der Spitze besorgten die Geschäfte Rußlands, das Port Arthur in die Klauen bekam. Das Spiel war halb verloren, denn nun umklammerte Rußland die Halbinsel von allen Seiten mit eisernen Janggen: die Mandchurische Eisenbahn, von dem östlichen Zweige der sibirischen Bahn nach Port Arthur geführt, schnitt mit ihrem Militärdeton Korea samt einem Teil der Mandchurie von China ab. Desto wüthender wühlte Japan im Innern des Landes, und das Resultat dieser Wühlereien war die Palastrevolution von 1897, bei der die Königin ermordet wurde und der König nach der russischen Gesandtschaft flüchtete. Das war abermals eine verlorene Kampagne für Japan. Der Agent der zarischen Regierung, Alexiejew, schaltete und waltete in Korea, gebürdete sich bereits als Gouverneur des „Gouvernements Korea“. Jetzt blieb nur noch das Wagnis auf Tod und Leben: Japan mußte Rußland mit den Waffen aus Korea verdrängen, oder es wurde mit der Zeit von Rußland erdroffelt. Das Wagnis gelang. Auf den Feldern der Mandchurie und den Gewässern von Tsushima wurde die Macht des Jarentums zertrümmet und nun endlich fiel Korea dem Sieger zu.

In den fünf Jahren seit dem Kriege hat Japan in Korea „Ordnung geschaffen“. Die geseierten „Freiheitskämpfer“ haben es als Eroberer an Brutalität und roher Verdrängung nicht fehlen lassen. Die koreanischen Bauern wollten sich nicht fügen. Die Fremdherrschaft wurde ihnen zum Verdrängen. Japanische Kolonisten verdrängen sie von ihrem Grund und Boden, japanische Händler bringen sie um den langen Verdienst, den sie bisher als Lastenträger, Fuhrleute, Krämer und Hausierer fanden, japanische Beamte werfen die uralte Sitte über den Haufen, japanische Steuereintnehmer ziehen ihnen das Fell gründlicher über die Ohren, als es die einheimischen Mandarinen je getan. Revolten brachen aus und wurden mit eiserner Faust unterdrückt. Die Soldaten, die soeben am Holu und bei Mulden wie die Helden gekämpft hatten für die Unabhängigkeit Japans, zwang man jetzt zu schmutziger Heulerarbeit gegen wehrlose Bauern, um Korea zu knechten! Die alte Geschichte: der kapitalistische Staat wendet auch Heidentaten in Niedertracht. — Gleichzeitg ging die japanische Bourgeoisie daran, die Ernte einzuheimsen. Es galt, ein neues Land zu exploitiieren, ein geknechtetes Volk auszurauben und zu proletarisieren. In den Häfen Koreas entstanden japanische Handelsgesellschaften, Bahnen wurden gebaut, Bergwerke und Fabriken gegründet. Die kapitalistische Pumpe arbeitete mit Hochdruck.

Inbessen — hier meldeten sich die Rivalen: auch andere als die japanischen Kapitalisten haben ein Interesse an der Ausbeutung Koreas. Die russischen Unternehmer haben in Korea niemals Fuß gefaßt. Die Russen begnügten sich damit, zu rauben und zu stehlen. Ihre Unternehmungen (wie z. B. die berühmte Konzeffion zur Exploitation der Wälder am Hala, die den Vortwand zum Kriege lieferte) waren eben nichts anderes als einfacher Raub. Englische Kapitalisten haben schon mehr sich eingenistet, aber die englische Bourgeoisie zog es vor, mit dem Sieger Halbpakt zu machen, ihre Interessen werden durch die formale Annexion wenig berührt. Es gibt jedoch eine andere Macht, die kaum die Annexion ohne Protest hinnehmen wird — die Vereinigten Staaten. — Die Amerikaner haben schon seit Jahren auf wirtschaftlichem Gebiete den Japanern das Feld in Korea freitig gemacht. Bereits in den neunziger Jahren haben amerikanische Kapitalisten sich zahlreiche Konzessionen erteilen lassen; sie richteten Telegraphen- und Fernsprecklinien ein, erbauten Straßenbahnen, verjagten Süul mit elektrischem Licht, gründeten zahlreiche Handelsfaktoreien und gingen als erste im Bergbau vor. Zum großen Teil waren das blutige Gründungen, vor allem darauf zugeschnitten, den Staatschatz Koreas zu plündern. Der Franzose Dumolard, der Engländer Hamilton und der Pole Sieroszewski schildern dieses amerikanische Industrierittertum in recht grellen Farben. Dieses Vordringen des amerikanischen Kapitals in Korea ist kein Zufall. Der amerikanische Kapitalismus strebt nach Expansion. Die Eroberung Kubas und der Philippinen hat nur den Appetit gereizt, die amerikanische Bourgeoisie setzt alles daran, in Asien Fuß zu fassen. Unter diesen Umständen ist es den Amerikanern durchaus nicht gleichgültig, wer in Korea herrscht. Wenn es nur auf den Absatz von Waren ankäme, dann wäre diese Frage minder wichtig, aber die Amerikaner wollen nicht nur Waren exportieren nach Asien, sie wollen Kapital exportieren, sie wollen an der Einführung des Kapitalismus in den asiatischen Ländern beteiligt sein, und hier ist ihnen die japanische Herrschaft natürlich ein Hindernis. Schon bisher waren die Reibungspunkte zwischen Japan und der Union zahlreich genug und schon hat Uncle Jonathan mehr als einmal mit dem großen Stoß hindergedroht über den Stillen Ozean. Es ist also nicht wahrscheinlich, daß die amerikanische Bourgeoisie sich so ohne weiteres von der japanischen den Stuhl vor die Tür setzen läßt in Korea.

Deshalb vor allem bedeutet die Annexion Koreas, auch wenn sie scheinbar nur die formale Bestätigung des gegenwärtigen Zu-

Die Inflation-Gebühr
Belägt für die sechsstelligen Nummernblätter oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg., Stellenangebote und Geschäftsanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

standes ist, eine ernste Gefahr für den Weltfrieden. Die Gefahr ist um so größer, als ein Krieg zwischen Japan und den Vereinigten Staaten von neuem die ganze „asiatische Frage“ aufrollen würde, bei der die Interessen sämtlicher Weltmächte aufeinander playen.

Paris, 24. August. Dem Ministerium des Aeußern ist die offizielle Nachricht zugegangen, daß der Kaiser von Korea in Gegenwart des gesamten Hofes und der Staatsbeamten feierlich auf seinen Thron und seine Rechte verzichtet hat.

Rugsburger Katholikentag.

(Telegraphischer Bericht.)

Rugsburg, 24. August.

Dritter Tag.

In der dritten geschlossenen Versammlung, die der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Marx leitete, beschäftigte man sich mit sozialen Fragen. Reichstagsabgeordneter Dr. Pieper (Stadbach) begründete im Auftrage des für diese Fragen eingesetzten Ausschusses einen längeren Antrag, der die religiös-sittliche Erziehung des erworbeltigen Volkes bezweckt. In dem Antrag heißt es:

„Die 57. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands weist mit Nachdruck darauf hin, daß eine Erneuerung der christlichen Gesellschaftsordnung nur dann zu erwarten ist, wenn mit dem segensvollen Einfluß der Kirche, mit dem Schutz und der Förderung durch die Staatshilfe, mit der genossenschaftlichen Selbsthilfe und mit der Wohlfahrtspflege Hand in Hand geht die Erziehungsarbeit in der christlichen Familie. Sie an erster Stelle hat dem heranwachsenden Geschlecht dasjenige Wissen und Können, jene Tatkraft und Charakterfestigkeit, jene soziale Gesinnung zu übermitteln, ohne welche unsere zukünftigen Männer und Frauen ihre Aufgabe im Staat, Gesellschaft und Familie, im Berufs- und Wirtschaftsleben nicht erfüllen können. Die christliche Sozialreform muß deshalb eine bedeutungsvolle Aufgabe darin sehen, daß die Eltern befähigt und nachhaltig angeregt werden zur erfolgreichen Erziehung und Schulung ihrer heranwachsenden Söhne und Töchter. Diesem Ziele zuzusteuern ist vor allen Dingen Aufgabe der katholischen Ständevereine nicht nur in Städten, sondern auch auf dem Lande.“

Als Mittel zur religiös-sittlichen Erziehung des arbeitenden Volkes empfiehlt dem Antrag im einzelnen die Pflege des religiösen Lebens im Elternhause, die konfessionelle Volksschule, die Einrichtung von Elternabenden, den Ausbau und die Verbreitung von Erziehungsschriften, die Errichtung von katholischen Ständevereinen, Muttervereinen und Jungfrauenvereinen. Der Antrag wurde angenommen.

Hierauf ging die Versammlung zu einem Antrag über, der die Fürsorge für die schulentlassene Jugend zum Gegenstand hat. Er lautet:

„Die 57. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands betont von neuem die dringende Notwendigkeit der Anteilnahme der Katholiken an den modernen Bestrebungen zum Schutze der volkschulentlassenen Jugend.“

1. Sie begrüßt die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule für Knaben und Mädchen und fordert für sie den pflichtgemäßen Religionsunterricht.

2. Die Generalversammlung spricht ihre volle Anerkennung und weitgehendste Empfehlung den katholischen Jugendvereinen für die männliche Jugend in Stadt und Land aus, in denen gerade in den wichtigsten Jahren der körperlichen und geistigen Entwicklung das Werk der Erziehung fortgesetzt wird.

3. Die Generalversammlung empfiehlt ebenso die Sammlung der volkschulentlassenen weiblichen Jugend in Stadt und Land in Jugendvereinen, die neben edler Unterhaltung die Befestigung und Weiterführung der religiös-sittlichen Erziehung und geistigen Allgemeinbildung der Mädchen, insbesondere aber deren hauswirtschaftliche und berufliche Ausbildung bezwecken und dieselben so für die katholisch-sozialen Ständevereine vorbereiten.

4. Die Generalversammlung empfiehlt die Errichtung von katholischen Jugendheimen, in denen die Jugendlichen Schutz vor den Gefahren der Großstadt, billige Wohnungs- und Speisegelegenheit und passenden Aufenthalt an Sonn- und Feiertagen wie Wochenenden finden.

5. Bei dieser bedeutungsvollen Arbeit erwartet die Generalversammlung vor allen Dingen die Mithilfe von Staat und Gemeinde durch Bereitstellung finanzieller Mittel, Ueberlassung von Spielplätzen und Veranlassung von Ausflügen u. dergl.

6. Als Pflicht aller katholischen Männer und Frauen erachtet es die Generalversammlung, die katholischen Jugendvereine als zahlende Mitglieder sowie durch praktische Mitarbeit (zahlende und tätige Jugendfreunde) zu unterstützen.“

Der Antrag wurde unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

Der nächste Antrag betraf die Militärfürsorge. Der Antrag erachtet eine planmäßige Ausgestaltung der Militärfürsorge, bei der zwischen Rekruten-, Soldaten- und Reservistenfürsorge zu unterscheiden ist, als erstrebenswert. Insbesondere wird die an manchen Orten schon vortrefflich erprobte Einrichtung einer Rekrutenfürsorge im Anschluß an die katholischen Vereine empfohlen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen, ebenso zwei Anträge, die die Unterstützung der kaufmännischen Vereinigungen und des katholischen Frauenbundes zum Zwecke haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. August 1910.

Vertagung der Wahlreform?

Das Scherl-Blatt meldet:

Es kann nunmehr als sicher betrachtet werden, daß dem preussischen Landtag in dessen nächster Tagung keine neue Wahlrechtsvorlage zugehen wird. Die maßgebenden Stellen halten es für richtig, mit einer solchen Vorlage, die unter keinen Umständen eine bloße Wiederholung des vorigen Regierungsentwurfs sein darf, erst nach den allgemeinen Neuwahlen zum Reichstage wieder an den preussischen Landtag heranzutreten.“

Ob diese Meinung auf offizieller Erleuchtung beruht, läßt sich nicht feststellen. Doch haben wir wiederholt bargelegt, daß eine Vertagung der Wahlreform im Interesse der Reaktion zu liegen scheint, weil ein Wahlrechtskampf vor den Reichstagswahlen unter Umständen die Zwistigkeiten innerhalb der bürgerlichen Parteien verschärfen könnte, während doch die Regierung wiederum eine Sammelparole ausgeben möchte. Auch kann Herr v. Weismann Hollweg die Liberalen viel leichter durch alle möglichen Wahlrechtszusicherungen zu überreden hoffen, als durch eine Wahlrechtsvorlage, die doch auch Konserervative und Zentrum nicht vor den Kopf stoßen soll!

Kommt auch die Wahlrechtsvorlage erst nach den Reichstagswahlen, so wird doch die Wahlrechtsfrage einen der Kernpunkte der Wahlagitator bilden. Durch die Abstimmung bei den Reichstagswahlen hat das entrechtete Volk seinen unbeeuglichen Wahlrechtswillen zu bekunden!

Gottgegebene Abhängigkeiten.

Ein höchst seltsames Urteil hat das Oberverwaltungsgericht über die Frage gefällt, ob die Unternehmer bestraft sind, bei Wahlen in ihrem Sinne auf ihre Arbeiter einzuwirken. Eine Gemeindevorstellung hatte eine Wahl für ungültig erklärt, weil ein Fabrikdirektor in unzulässiger Weise auf seine Arbeiter eingewirkt hatte. Es stand fest, daß der Fabrikdirektor Arbeiter in seinem Betriebe erzuht hatte, bestimmte Personen zu wählen. Während in der Vorinstanz die Wahl für ungültig erklärt worden war, erachtete das Oberverwaltungsgericht die Wahl für gültig. Es führte unter anderem aus: Wahlbeeinflussungen könnten überhaupt nur insoweit in Betracht kommen, als sie tatsächlich von unerkennbarer Bedeutung für das Endergebnis der Wahl wären. Arbeitgeber und Beamte dürfen ebenfalls an der Wahlagitator teilnehmen. Nachteile oder Vorteile dürfen aber nicht in Aussicht gestellt werden. Arbeitgebern stehe es frei, ihren Arbeitern mitzuteilen, welche Kandidaten sie für geeignet halten. Auf die Wähler dürfe jedermann einwirken; unzulässige Wahlbeeinflussungen lägen nur dann vor, wenn dadurch auch ein fester Mann zum Wanken gebracht worden wäre.

Eine sonderbare Auffassung. Wenn der Unternehmer in öffentlicher Versammlung erklärt: ich möchte, daß der und der gewählt wird, so läßt sich daraus sicherlich noch nicht ohne weiteres eine unzulässige Beeinflussung folgern. Anders liegt die Sache, wenn der Unternehmer als solcher in der Fabrik unmittelbar zu seinen Arbeitern sagt: „Ich wünsche, daß Sie den und den wählen“, und wenn ferner die Wahl eine öffentliche ist, also vom Unternehmer die Abstimmung kontrolliert werden kann. In diesem Fall bedeutet die direkte Aufforderung, für eine bestimmte Person zu stimmen, tatsächlich nichts anderes, als die Bedrohung mit einem Nachteil, nämlich mit der baldigen Entlassung. Aber vielleicht rechnet das Oberverwaltungsgericht die Abhängigkeit des Arbeiters vom Unternehmer auch zu den „gottgegebenen Abhängigkeiten“ des Herrn v. Weismann Hollweg.

Der „Spahn“ im Fleische des Zentrums.

Unter diesem Titel bringt der ultramontane „Bayerische Kurier“ einen heftigen Artikel gegen die Kandidatur des Prof. Dr. Spahn jun. im Wahlkreise Warburg. Der mandatslose junge Spahn, heißt es darin, sei nicht nur ein Vorkämpfer, sondern auch ein „Ober-Borulle“, der sich schon in verschiedenen Wahlkreisen als Kandidat angeboten habe. Bis hier sei das freilich vergebens gewesen, denn in jedem Wahlkreis habe er wenigstens immer ein Mann gefunden, der Herrn Spahn kenne und der auf die Wahrung der Grundsätze des Zentrums nach der Seite der politischen Freiheit etwas gebe. Nur in Warburg, wo Spahn auf Empfehlung des Abgeordneten Trimborn aufgestellt wurde, scheint der Zentrums-Homer zu schlafen. Spahn habe sich über das preussische Landtagswahlrecht so eindeutig geäußert — „ganz entgegen der ererbten Grundauffassung des Zentrums“ —, daß er trotz seiner nachträglichen Erklärungen nicht ins Zentrum gehöre. Wenn man ihn in anderen Dingen unter die Lupe nehme, ließe sich schon ein Kompromiß mit ihm finden. Aber in der Wahlrechtsfrage dürfe es für die Zentrums-partei kein Kompromiß geben, sonst gebe sich die Partei selber auf. Die oberste Parteileitung in der Reichstagsfraktion wisse wohl nicht, wie das Volk derartiges aufnehme, sonst hätte sie gegen die Kandidatur Spahn sofort Stellung nehmen müssen. In Bayern müsse man jedenfalls erklären, daß eine solche Vermischung des Zentrums mit rückständigen Elementen auf die Verhältnisse in Bayern nicht ohne Einfluß bleiben werde.

Der „Bayerische Kurier“ erklärt, der Artikel sei ihm „von befreundeter Seite“ zugegangen. Man wird nicht selbigen in der Annahme, daß diese „befreundete Seite“ der Reichs- und Landtagsabgeordnete Dr. Heim ist, der ja zum „Bayerischen Kurier“ in besonders engen Beziehungen steht.

Die in Rugsburg anlässlich des Katholikentages versammelten Reichstagsabgeordneten der Zentrums-partei sollen nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau“ in geheimer Sitzung beschlossen haben, Herrn Universitätsprofessor Dr. Martin Spahn nahezu legen, von der Reichstagskandidatur in Warburg-Götter zurückzutreten. Man empfiehlt ihm dies mit Rücksicht darauf, daß sich seine in Wort und Schrift geäußerten Ansichten nicht mit denen seines Mandatsvorgängers (Schmidt-Warburg) decken und außerdem nicht die Billigung der Zentrumsabgeordneten finden.

Gegen den Fleischwucher.

In fünf außerordentlich stark besuchten Volksversammlungen protestierte am Dienstag die Arbeiterschaft Leipzigs gegen die Fleischsteuerungspolitik. Es referierten unter lebhaftem Beifall die Genossen Lüttich, Behmann, Geher, Rysfel und Lipinski. In allen Versammlungen wurde einstimmig die folgende Resolution angenommen:

Die gegenwärtig zu einer gefährlichen Kalamität gewordene Fleischsteuerung ist eine Folge der verbrochenerischen agrarischen Reichspolitik und fördert die Unterernährung der Arbeiterbevölkerung. Gesteuert wird die Teuerung noch durch die sächsische Sonderbesteuerung des Fleisches. Die Versuche der Arbeiterschaft, durch Aufhebung der Löhne einen Ausgleich der enorm gestiegenen Lebensmittelpreise herbeizuführen, beantworteten die Unternehmerverbände mit den brutalen Ausperrungen.

Die sächsische, wie die Regierung des Reichs leugnende eine Fleischsteuerung und weigern sich, Maßregeln zu deren Linderung zu ergreifen.

Die Versammelten fordern als Mittel gegen die maßlose Teuerung: Sofortige Öffnung der Grenzen für das ausländische Vieh, Aufhebung der Viehölle, von der sächsische Regierung die Außerkräftigung der Fleischförderbesteuerung. Sie fordern vom Stadtverordnetenkollegium und vom Rat, daß er bei der sächsischen wie bei der Reichsregierung um Erlass der genannten Maßregeln zur Verminderung der Fleischsteuerung petitioniere.

Die Versammelten versprechen aber auch, bis zur kommenden Reichstags- und Stadtverordnetenwahl ernsthaft agitatorisch zu wirken, damit die sozialdemokratischen Kandidaten über die agrarischen und agrarfreundlichen Kandidaten siegen.

Natürlich unzurechnungsfähig.

Vor dem Kriegsgericht der 1. Garde-Division wurde am Mittwoch der Prozeß gegen den Oberleutnant von Pichler vom 4. Garde-Regiment, der zurzeit als Hilfsführer zur Infanterie-Schießschule in Spandau abkommandiert ist, verhandelt. Pichler steht unter dem Verdacht des Sittlichkeitsvergehens. Die Anklage legt ihm einen Hüll zur Last, in dem er sich an einem schulpflichtigen Mädchen von zwölf Jahren unzüchtig vergangen haben soll. P. soll das ihm zur Last gelegte Vergehen in einem Zustand totaler Trunkenheit ausgeführt haben. Es waren nicht weniger als 20 Jungen und Erwachsenen Zeugen. Unter den ersteren befinden sich allein sechs Offiziere, die über das Vorleben des Angeklagten sowie über Vorgänge vernommen werden sollen, die an der geistigen Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten starke Zweifel aufkommen lassen. Nach Verlesung der Zeugnisse ermahnt der Verhandlungsleiter, Kriegsgerichtsrat Oberholzer alle Jungen, die o. a.

Derd das angeblich unzüchtig berührte Kind und dessen Freundinnen zur strengen Wahrheit. Die Anklage vertritt Rechtsanwalt Dr. Kasper, während die Verteidigung in den Händen des Rechtsanwalts Meiß liegt. Als ärztlicher Sachverständiger über den Geisteszustand des Offiziers fungiert außer den zuständigen Militärärzten auf Antrag der Verteidigung der bekannte Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Störmer. Der Angeklagte, der aus dem Garnisonlazarett als Untersuchungsgefangener vorgeführt wird, wird zunächst über seine Personlichen vernommen. Sein Führungsergebnis als Offizier lautet auf recht gut. Sodann stellt der Vertreter der Anklage einen Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit. Nach kurzer Beratung beschloß das Gericht, wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung auszuschließen. In der wiederhergestellten öffentlichen Sitzung verkündete der Verhandlungsleiter: Der Angeklagte ist freigesprochen, da nach den übereinstimmenden Gutachten der Sachverständigen der Angeklagte sich zur Zeit der Tat in einem Zustande befunden hat, in dem seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Rechtswürdig: wenn Herr v. Pichler nicht ein Sittlichkeitsvergehen begangen hätte, würde wahrscheinlich seine Inzurechnungsfähigkeit noch auf lange Jahre hinaus unentdeckt geblieben sein!

Aus der preussischen Verwaltungspraxis.

Die preussischen Landräte sind die gepflanztesten Geschöpfe der Welt. Sie haben nicht nur die Geschäfte der Regierung zu besorgen, sondern nebenbei auch noch Agitation für die konservativen Parteien zu betreiben. Da sie letztere Arbeit gewissenhaft leisten, ist es erklärlich, daß sie da, wo es auf ihre Tätigkeit als Staatsbeamte ankommt, manches übersehen. Das passierte auch dem Landrat des Kreises Ost-Prignitz. Ihm war es vollständig unbekannt geblieben, daß in einer Gemeinde seines Kreises drei Jahre lang ein Gemeindevorsteher nicht vorhanden war. Die Wahl des Gemeindevorstehers mußte nämlich bereits vor etwa drei Jahren vorgenommen werden, da die Amtsperiode des bisherigen Gemeindevorstehers zu diesem Zeitpunkt abgelaufen war. Das Dorfobershaupt unterließ es aber, wie der Kurier für die Prignitz erzählt, die erforderlichen Schritte für eine Neuwahl einzuleiten. Er schickte vielmehr kurzerhand die ausgefertigten Papiere an den Landrat mit der Anzeige, daß die Wahl wieder auf seine Person gefallen sei. Vor einigen Tagen fragte ein Bewohner des Ortes beim Landrat an, warum denn nicht eine Neuwahl des Gemeindevorstehers vorgenommen wurde. So kam die Angelegenheit an das Tageslicht.

Gegenüber den Mitteilungen des in Prignitz erscheinenden Blattes erklärt jetzt der Landrat: Die Wahlzeit des Gemeindevorstehers in D. ist allerdings vor drei Jahren abgelaufen, man habe aber damals irrtümlicherweise eine Neuwahl nicht angeordnet. Dagegen sei es unrichtig, daß der Gemeindevorsteher dem Landrat von einer erfolgten Neuwahl Mitteilung gemacht habe.

Was geschieht jetzt mit den Amtsanstellungen, die der ehemalige Gemeindevorsteher während der letzten drei Jahre rechtswidrig unter Aufsicht des Landrats vorgenommen hat?

Eine feine Kolonialsache.

Im Dezember 1908 war es, da meldete auch der „Vorwärts“ von dem bekannten Karl Peters, daß er unter die Gründer gegangen sei. Peters meinte in Portugiesisch-Ostafrika, das sogenannte Ophirland der Bibel, das Goldland wieder entdeckt zu haben. Man ist in den Jahrtausenden inzwischen modern geworden, und deswegen gründeten Peters und andere eine Aktiengesellschaft zur Ausbeutung des Goldreichtums im sagenhaften, wieder-gefundenen „Ophirland“. Nun spielt sich ein typisches Stück Kolonialkapitalismus ab. Es ist besonders deswegen lehrreich, weil gerade jetzt wieder einmal auch in den bürgerlichen Blättern, dort allerdings nur im Handeltel und nicht unter den politischen Redaktionen, wo man doch in Kolonialbegeisterung macht, nachgewiesen wird, wie wenig rentabel heut noch die übergroße Mehrzahl der deutschen Kolonialaktiengesellschaften ist. Bei den allermeisten wird es ewig so bleiben, wenn sie nicht vorher „verschmolzen“ oder bankrott werden. Peters sprach damals von großartiger Produktivität, Betriebsüberflüsse von 4 Millionen Mark waren so gut wie sicher. Damals wurde schon darauf hingewiesen, daß das Unternehmen, das aus englischem Besitz gegen gute Zahlung gekauft wurde, wegen Unrentabilität aufgegeben gewesen sei. Dazu kam noch, daß die Gründer der deutschen Ophirgesellschaft, Peters, Dr. Schroeder, Poggelow und Dr. Scharlach-Hamburg, die Mitunternehmer des Gründungsprojektes, beträchtliche Kosten von Scharo der South West Africa Co. gewesen sein sollen, die offenbar vor- oder Mitbesitzerin der Eisenwerke war, die an die neugegründete Ophirgesellschaft übergingen. Trotz alledem, mit ganzen 450000 Mark Betriebskapital zog man nach Portugiesisch-Ostafrika, um Gold zentnerweise zu graben. Jetzt hat nun wieder einmal eine Generalversammlung der Gesellschaft stattgefunden. Dr. Karl Peters gab in seinem Bericht, seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Hoffnungen, die auf das Unternehmen gesetzt worden waren, sich nicht erfüllt hätten.“ Nach dem „L.-A.“ sagte er: „Es läge nahe, ihn zu fragen, warum er mit der Veröffentlichung der vorliegenden Ausbeuterresultate, durch welche die Preise der Anteile in die Höhe getrieben worden seien, nicht gewartet hätte, bis man aber die Nachhaltigkeit des Vorkommens Sicherheit erlangt hätte. Er hätte jeden einzelnen Bericht sofort veröffentlicht, weil man sonst den Vorwurf gegen ihn hätte erheben können, daß er seine Wissenschaft an der Londoner Börse auszuheben wolle.“ Dann erklärte er, keinen einzigen Anteil der Ophirgesellschaft ge- oder verkauft zu haben. Sie waren also nicht wert, oder andere haben es für ihn getan — die Geschichte ist doch sehr einfach zu lösen! Kurz und gut: die Gesellschaft hat eingepackt und sich zugleich ein neues Wirkungsfeld in Transvaal am Witwatersrand, gesucht. Das natürlich durch Peters Vermittlung gewonnene Goldfeld ist „sehr ausichtsreich“, aber nur, wenn sich das genügende Kapital dafür findet.“ Dann verständig die Ophirgesellschaft laut Beschluß in einer neugegründeten englischen Gesellschaft mit 7 Millionen Mark Aktienkapital, und dort wird das lukrative Spiel von neuem beginnen. Feilscher Kolonialkapitalismus, wie schön und schnell kann man durch dich doch reich werden.

Die „objektivste Behörde“ der Welt.

In dem großen Wahlrechtsprozeß der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ fanden sich bekanntlich die Aussagen der Beamten und der Zivilzeugen scharf gegenüber. Polizeikommissar, Kommissar und Hauptzeuge bestritten, daß gezeugt worden sei; die Zivilzeugen bekundeten das Gegenteil. Das Gericht kam zu einer Urteilsurteilung des Genossen Geher, weil es den eiblichen Aussagen der Beamten Glauben schenkte. Es meldeten sich nun aber 30 neue Zeugen, lauter unbeteiligte Zuschauer, die bekunden wollten, daß die Beamten blank gezogen und gehauen hätten. Daraufhin erstattete Genosse Geher Reineidsanzeige. Jetzt endlich, nach vier Monaten, ist der Beschluß erfolgt, daß das Verfahren gegen die des Reineids Beschuldigten eingestellt sei. Kein einziger der neu-benannten Zeugen ist vernommen worden. Der Staatsanwalt meint, daß Gericht würde deren Zeugnis nicht anders bewerten als das der beteiligten Zivilzeugen im Prozeß Geher. Mit anderen Worten: dem Staatsanwalt gilt nur, was die Beamten aussagen.

Es wird Beschwerde gegen den Beschluß des Staatsanwalts erhoben.

Ein Edelster und Vester.

Dieser Tage hatte sich vor dem Kriegsgericht der 8. Division in Halle a. S. der Hauptmann und Kompaniechef Guido von Polk vom 88. Infanterieregiment zu verantworten. Unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit wurde gegen ihn wegen fortgesetzter vorzüglich kalther dienstlicher Meldungen verhandelt. Der Angeklagte war in Vermögensverfall geraten und hatte seinen

Vorgefetzten unklaren Angaben über seine Verhältnisse gemacht. Wegen dieses Vorgehens wurde gegen ihn auf zwei Monate Gefängnis und Dienstentlassung erkannt.

Säite der Hauptmann „nur“ Rehnliches begangen, wie der Generalmajor v. Gagem, wäre er allenfalls zur Disposition gestellt worden. Dem aber, der nichts mehr hat, blüht das Kriegsgericht. Auf diese Art „reinst“ man das Offizierskorps.

Freigesprochen.

In dem Prozeß vor dem Kriegsgericht der 1. Gardebataillon, vor dem sich, wie wir berichteten, Oberleutnant v. Plehwe zu verantworten hatte, ist gestern gegen Abend das Urteil gefällt worden. Auf Grund der Beweisaufnahme und der Aussagen der ärztlichen Sachverständigen gelangte das Gericht zu einem Freispruch.

Oesterreich.

Separatistisches.

Wir lesen in der Wiener „Arbeiter-Ztg.“: „Am „Pravo Lidu“ beginnt heute Abg. Anton Nemeč, Mitglied des Internationalen sozialistischen Sekretariats, wie höchst feierlich im Titel bemerkt wird, eine Artikelserie über den Kopenhagener Kongreß. Damit unsere Leser auch einmal einen Begriff bekommen, wie die tschechische Parteipresse die Verhältnisse in der österreichischen Sozialdemokratie schildert und von welcher Wahrheitsliebe sie sich bei der kritischen Analyse des Konflikts leiten läßt, wollen wir die betreffende Stelle aus dem Artikel wörtlich hersehen und bemerken ausdrücklich, daß die im Texte gesperrt gedruckten Sätze auch im Original durch den Druck hervorgehoben sind. Genosse Nemeč schreibt also:

Die deutschen Genossen in Wien kennen nur ein Gebot: Entweder werden sich die tschechischen Sozialdemokraten bedingungslos überall und in allem unterwerfen, sich mit der Rolle eines bloßen Leibempfindlichen und willenlosen Stimmmaterials begnügen oder sie werden uns bekämpfen und bis zur völligen Ausrottung vernichten. So nämlich verkündet ihr führendes Organ, die „Arbeiter-Zeitung“, so verkündet es ihre Sprecher in der wissenschaftlichen Revue der Partei und in Broschüren, so prahlen in der ausländischen Presse unsere deutschen Genossen.

Seine Zugehörigkeit zur großen Armee des Klassenbewußtsein und der sozialdemokratischen Internationale verbundenen Proletariats soll der tschechische Arbeiter damit erkaufen, daß er sich aller Selbstständigkeit und Mannhaftigkeit als Proletarier, als Sozialdemokrat und als Klasse entledigt und sich auf Gnade und Ungnade den deutschen Genossen ergibt. Sie ganz allein mögen sich das Recht an, uns vorzuschreiben, welche Form unsere Gewerkschaftsorganisationen haben dürfen und welche Politik unsere politischen Organisationen im Interesse und zum Vorteil der tschechischen Arbeiterschaft üben dürfen. Wie sich die tschechischen Arbeiter organisieren und wie sie vorgehen sollen, das verstehen einzig und allein die deutschen Genossen. Deshalb erlauben sie uns auch die tschechischen Arbeiter nur unter solchen Formen und Umständen zu organisieren, wie sie es allein in ihrer absoluten Souveränität bestimmen, diesen Organisationen weisen sie dann als einzige Aufgabe zu: alle ihre Gelder nach Wien abzuführen und sich blind allen Verfehlungen, die von dort kommen, zu unterwerfen. Diesen tschechischen Organisationen werden auch die Angestellten und ihren Vorgesetzten die Medailleure von den deutschen Genossen in Wien bestellt, denen diese auch allein verantwortlich sind. Diese Angestellten, von den tschechischen Arbeitern unabhängig, erklären ihnen brüßel, daß sie nicht das geringste Recht haben, in ihren eigenen Organisationen zu entscheiden, weder über ihre Leitung noch über ihre Aufgaben, das alles stehe einzig und allein denen zu, die sie in die tschechischen Organisationen eingefügt haben, den Wiener deutschen Genossen. Es ist selbstverständlich, daß die deutschen Genossen in Wien von dieser Kategorie ihrer Angestellten keine andere Qualifikation fordern als die absolute Treue zu Wien und die Erhaltung der tschechischen Arbeiter in ihrer Untwürdigkeit.

Wir spalten angeblich ihre Gewerkschaftsorganisationen, wenn unsere Branchen nach ihren traurigen Erschaffungen nicht weiter die straffe Wiener Zentralisation anerkennen wollen, ja wir spalten ihre Organisation sogar dann, wenn sich bisher nicht zentralisierte Branchen der straffen Wiener Zentralisation nicht unterwerfen wollen.

Und was versprechen uns die Wiener Genossen für unsere bedingungslose Unterwerfung unter ihre Gebote; was lehrt uns die bisherige Praxis? In wirtschaftlicher Beziehung versprechen sie uns zwar auch, für die Hebung des Lebensniveaus der tschechischen Arbeiterschaft zu sorgen, aber nur dann, wenn sie es für gut halten, auf jeden Fall aber erst dann, bis die deutschen Arbeiter ihre Verhältnisse geregelt haben werden.

In politischer Beziehung verlangen sie, daß wir uns den politischen Bedürfnissen der Deutschen unterwerfen, daß wir, die Angehörigen einer politisch und kulturell unterdrückten Nation, die Politik der herrschenden, kulturell saturierten Nation machen sollen.

In kultureller Beziehung verlangen sie, daß wir den tschechischen Arbeiter ohne jeden Schutz seinem deutschen Ausbeuter preisgeben, der ihn für elenden Lohn außer seiner Arbeitskraft seine Nation und das Recht auf Erziehung seiner Kinder nimmt.

Wollen uns die deutschen Genossen zeigen, welche der Bestimmungen der Internationale vorschreibt, daß die Arbeiter einer Nation vollständig und durchaus von der Arbeiterschaft einer anderen Nation abhängig, ihr tributpflichtig und untergeordnet sein sollen? ...

Mit diesen Worten schildert Genosse Nemeč, der verantwortlichste Mann der tschechischen Partei, der tschechischen Parteipresse die Auffassungen der deutschen Sozialdemokraten! Es fehlt nur noch, daß er ihnen erzähle, daß die deutschen Genossen die Leibeigenschaft für die tschechischen Sozialdemokraten einführen wollen. Die Genossen, die im Auslande unser Blatt lesen, werden am heitersten aus dieser Schilderung wohl den Satz herausgelesen haben, daß in der „Arbeiter-Zeitung“ verkündet wird, „daß sich die tschechischen Sozialdemokraten bedingungslos überall und in allem unterwerfen, sich mit der Rolle eines bloß tributpflichtigen und willenlosen Stimmmaterials begnügen sollen oder daß man sie bekämpfen und bis zur völligen Ausrottung vernichten werde“. Angesichts dieser von offenem Deutschentum nicht weit entfernten Darstellung braucht man sich über die immer weiter wachsende chauvinistische Strömung in der tschechischen Partei nicht mehr zu verwundern. Sicher ist, daß solche, aller Wahrheit ins Gesicht schlagende Leistungen außerhalb der tschechischen Sozialdemokratie wohl in der ganzen Internationale unmöglich wären.

Gegen die freie Schule.

Wien, 24. August. Der Landesrat hat dem Verein „Freie Schule“ mitgeteilt, daß infolge der Abweisung der Beschwerde des Vereins gegen die Entscheidung des Unterrichtsministeriums betreffend die Erteilung des Religionsunterrichts durch das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 3. Juli 1910 auch die mit dem Ministerialerlaß vom 18. September 1909 bis zur Entscheidung der Streitfrage durch

den Verwaltungsgerichtshof zugelassene Fortführung des Schulbetriebes hinfällig geworden ist. Die von dem Verein eröffneten Volksschulklassen seien sofort zu schließen, widrigenfalls sie auf Anordnung von Amts wegen geschlossen würden.

Rußland.

Russische Offiziere.

Petersburg, 24. August. Im Militärlager bei Moskau fürchten etwa 80 junge Offiziere die Parade eines abwesenden unbeliebten Generals und gerieten mit ihren Säbeln das gesamte Mobiliar.

Griechenland.

Das Resultat der griechischen Kammerwahlen.

Athen, 24. August. Das Resultat der griechischen Kammerwahlen ist bis zur Stunde folgendes: Gewählt wurden 180 Volksparteiler, 80 Theotokisten, 50 Nationalen, 50 Rabromichailisten. Der Rest umfaßt unabhängige Abgeordnete.

Türkei.

Der Geheimbund.

Konstantinopel, 23. August. Die Untersuchungskommission des Kriegsgerichtes hat den Schlussbericht über das vor einiger Zeit entdeckte Geheimkomitee erstattet. Der Bericht bestätigt die Umsturzpläne des Komitees und beantragt ein kriegsgerichtliches Verfahren gegen den Deputierten Rigomur und etwa fünfzig andere Mitglieder des Komitees.

Amerika.

Zollreform.

Beverly, 24. August. Präsident Taft hat in einem Schreiben an den Abgeordneten Mc Kinley erklärt, er wolle dem Kongreß eine Revision gewisser Tariffälle empfehlen, die beruhen solle auf den Ergebnissen der Tarifkommission über die Produktionskosten in der Heimat und im Auslande.

Die Korruption.

Franklin (Pennsylvania), 23. August. Das ehemalige Kongreßmitglied Josef Sibley ist wegen Bestechung von Wählern verhaftet und gegen Kaution wieder freigelassen worden. Sibley hatte gestern seine Kandidatur für den Kongreß zurückgezogen, nachdem bekannt geworden war, daß er 42 000 Dollar ausgegeben hatte, um seine Wahl zu sichern.

Skandal über Skandal.

New York, 12. August. (Fig. Ver.) Aus den großen Skandalen, bei welchen leitende Persönlichkeiten der Bundesregierung mehr oder minder bloßgestellt werden, kommen wir in den Vereinigten Staaten gar nicht mehr heraus. Die wegen des, gelinde ausgedrückt, zweifelhaften Cunninghams Handels gegen Wallinger, den Minister des Innern, eingeleitete parlamentarische Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Erst im Juni dieses Jahres wurde im Kongreß festgestellt, daß Frank W. Carpenter, Exekutivsekretär der Philippinenregierung, unrechtmäßig Ordenländerien an sich brachte; daß G. A. Worcester, ein Neffe des Staatssekretärs der Philippinen, 8000 Aker Klosterbesitz im Widerspruch mit dem Gesetze pachtete; daß Henry W. Taft, im Vertrauen auf den Einfluß seines Bruders, des Präsidenten der Vereinigten Staaten, das San Jose-Bestimmte zu Mindoro trotz der entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen zu erwerben versuchte; daß der Justizminister Widerrham, der über die Durchführung der gegen die Trusts erlassenen Gesetze zu wachen hat, von dem Justizrat ein Honorar von 107 000 M. erhielt. Zu Widerrhams Entschuldigung wurde geltend gemacht, daß ein Teil dieser Anwaltsgebühren an den schon genannten Henry W. Taft fiel.

Gegenwärtig vernimmt ein aus Mitgliedern des Repräsentantenhauses bestehendes Komitee in Mc Alester, Okla., Zeugen, um eine von dem Bundesfenator Gore im Kongreß erhobene Anklage zu untersuchen. Gore hatte versichert, Jacob S. Hamon, der Führer der Republikaner von Oklahoma, habe ihn mit 200 000 M. zu bestechen und zu bewegen versucht, seinen Widerstand gegen einen Gesetzentwurf aufzugeben, bei dessen Annahme Indianer um über eine halbe Milliarde Mark betrogen worden wären und der Advokat Mc Murray von Mc Alester ein Honorar von zwölf Millionen Mark erhalten hätte. Die Choctaws und Chickasaws, zwei Indianerstämme, verfügen in Oklahoma über weite und wertvolle Gebiete.

Nun stehen die Indianer unter der Vormundschaft des Bundes und dürfen ihre ihnen von Staatswegen eingeräumten Liegenheiten nur mit Zustimmung und unter Vermittlung der Washingtoner Regierung berühren. Das Ministerium des Innern hatte seit Jahren wiederholt versprochen, einen Teil der Ländereien zu verkaufen. Aber es machte nicht den geringsten Versuch, sein Wort einzulösen. Wenn es mit Mc Murray unter einer Decke freite, hätte es nicht faumsetziger sein können. Die Indianer brauchen notwendig Geld. Sie wollten daher einen Teil ihres Landes an den Mann bringen, um in den Besitz der für die Erschließung ihrer übrigen Ländereien erforderlichen Mittel zu gelangen.

Der Anwalt Mc Murray mühte diese allbekannte Kollage der Rothäute aus. Durch Agenten verschaffte er sich von 18 000 Indianern den Auftrag, einen Teil ihrer Liegenheiten zu verkaufen, dessen Mineralreichtum und Ölballlager nach einer Berechnung des Bureaus für geologische Aufnahmen einen Wert von 640 Millionen Mark haben. Ein hiesiges Syndikat hatte sich bereit gefunden, 120 Millionen Mark für den in Rede stehenden Grundbesitz zu bezahlen. Mc Murray hatte sich von den Indianern eine zehnprozentige Provision, also eine Gebühr von 12 Millionen Mark, ausbedungen. Durch Gores Enthüllung wurde vorläufig nichts aus dem Geschäft.

Da der Verkauf von Indianerländereien an Private nicht ohne weiteres gestattet und die Zahlung einer Vermittlergebühr verboten ist, so war die Annahme eines besonderen Gesetzes notwendig, um dessen Durchdringung sich Hamon in Washington bemühte. Dabei wurde nach Gores eidlicher Bekundung der Versuch gemacht, ihn durch Zahlung von 200 000 M. zur Aufgabe seines Widerstandes gegen den Gesetzentwurf zu bewegen.

Auch der Bundesfenator Curtis von Kansas und der Vizepräsident Sherman sollen an dem Zustandekommen des Gesetzes finanziell interessiert gewesen sein. Außer dem Bundesfenator Gore wurden auch den Repräsentanten Creager und Carter Bestechungssummen angeboten. Ueber manche Einzelheiten läßt sich kein sicheres Urteil fällen. Was der eine beschwört, leugnet der andere. Im Volke aber herrscht die Ueberzeugung, daß die Schilderungen von Ränksucht und Bestechung nur einen geringen Teil der traurigen Wahrheit enthüllen. Daß es verbrecherisch zugeht, steht schon jetzt fest.

Durch seinen Vorstehenden wurde hat das parlamentarische Untersuchungskomitee erklären lassen, daß es den Vizepräsidenten Sherman nicht vorladen oder vernahmen wird. Ist damit der „zweite Mann der Vereinigten Staaten“ von jedem Verdacht gereinigt? Sein Name wird nicht zum erstenmal in Verbindung mit schmutzigen Landtransaktionen genannt. Vor acht Jahren erklärte der Bundesfenator Jos. A. Rawlins im Kongreß, daß Sherman an

einem New Jerseyer Syndikat beteiligt sei, welches sich ungeschicklicherweise von den Ute-Indianern Bergwerksrechte verschaffen wollte. Unbestreitbare Tatsache ist, daß derselbe Sherman, der heutige Vizepräsident der Vereinigten Staaten, als Sachwalter des Syndikats austrat und kein Wort der Entgegnung gegen die Rawlinsche Beschuldigung fand. Und doch hatte er um so mehr Grund, sie zurückzuweisen, als er damals Vorsitzender des Kongreßkomitees für Indianerangelegenheiten und daher doppelt verpflichtet war, den Nachweis zu führen, daß er seinen einflussreichen Vertrauensposten nicht zu selbstsüchtigen Zwecken mißbraucht!

Aus der Partei.

Reichstagskandidatur im dritten Berliner Wahlkreise.

Am Dienstag fand im großen Saale der Urinhalten eine sehr stark besuchte Generalversammlung des Wahlvereins für den dritten Kreis statt. Genosse Pfannkuch beleuchtete in einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage die politische Lage und die Aufgaben der Sozialdemokratie. — Hierauf nahm der Vorsitzende, Genosse Pohl, das Wort zur Kandidatenfrage. Er sagte, es sei ja bekannt, daß Genosse Wolfgang Heine in einem anderen Wahlkreise die Kandidatur zum Reichstage übernommen habe. Den meisten Parteigenossen möge das überraschend gewesen sein. Den Funktionären des dritten Kreises sei schon länger bekannt, daß ein Wechsel der Kandidatur im dritten Kreise stattfinden werde. Der Grund hierfür sei aber nicht der, den das „Verl. Tageblatt“ anführte, nämlich, daß die Parteileitung die Revisionisten kassieren wolle. Es liege ein anderer Grund vor. Eine am 24. Februar abgehaltene Kreis-Konferenz habe sich mit den Ausführungen beschäftigt, die Genosse Heine am 18. Februar in einer Wahlrechtsversammlung machte. Nach diesen Erörterungen habe Genosse Heine erklärt, er werde bei den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen im dritten Kreise nicht wieder kandidieren. Wenn hiernach noch einige Genossen hofften, Heine würde sich eines anderen besinnen, so sei ja diese Hoffnung nunmehr als unbegründet erwiesen, denn Genosse Heine habe durch Uebernahme der Kandidatur eines anderen Kreises die Bahn für eine neue Kandidatur im dritten Kreise freigemacht. An demselben Tage, wo der „Vorwärts“ mitteilte, daß Heine als Kandidat in Dessau aufgestellt sei, habe er (Pohl) einen Brief vom Genossen Heine erhalten, worin dieser erklärt, daß er eine Kandidatur im dritten Kreise nicht mehr annehme. Der Vorstand habe sich dann nach einem neuen Kandidaten umgesehen und der Funktionärkonferenz mehrere Vorschläge gemacht. Die Konferenz habe einstimmig beschlossen, der Generalversammlung den Genossen Pfannkuch als Kandidaten zu empfehlen. Hossentlich werde sich die Generalversammlung ebenso einstimmig für diese Kandidatur erklären.

Genosse Frölich bezeichnete die Wahl der Kreis-Konferenz als eine glückliche, beschwerte sich aber darüber, daß den Mitgliedern nicht Gelegenheit gegeben worden sei, an den Wahlenden über die Kandidatenfrage zu sprechen.

Der Vorsitzende Pohl bemerkte hierzu, wegen der Kürze der Zeit sei es nicht möglich gewesen, die Angelegenheit an den Wahlenden zu behandeln.

Hierauf beschloß die Versammlung mit allen gegen zwei Stimmen, den Genossen Pfannkuch als Reichstagskandidaten aufzustellen.

Genosse Pfannkuch nahm die Kandidatur mit dem Ausdruck des Dankes für die ihm erwiesene Ehre und der Versicherung an, daß er die damit übernommenen Pflichten treu erfüllen werde.

Zum Parteitag.

In der Urabstimmung wählten die Genossen des Wahlkreises Denny-Reitmann außer den Genossen Faure und Grub auch die Genossin Rosa Luxemburg zu Delegierten.

Die Genossen von Eberfeld-Barmen zur Budgetbewilligung.

In der Versammlung des sozialdemokratischen Vereins des Wahlkreises Eberfeld-Barmen referierte Genosse Karl Haberland über den Parteitag in Magdeburg. Er beurteilte scharf das Vorgehen der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion. Der Vorstand legte dann folgende Resolution vor:

„Die Versammlung erachtet die Zustimmung der Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Baden zum Budget und ihre Beteiligung an höfischen Zeremonien als einen Verstoß gegen die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie zum Klassenstaat. Dieser Verstoß wird noch verstärkt durch die Nichtachtung des Münchener Parteitagbeschlusses zur Frage der Budgetbewilligung.“

Die Versammlung verurteilt das Vorgehen der badischen Abgeordneten aufs schärfste, weil es die grundsätzliche und organisatorische Einheit der Partei gefährdet. Die Versammlung erwartet, daß der Parteitag in Magdeburg die sechzehn badischen Abgeordneten auffordert ihre Vertrauensämter niederzulegen.“

Genosse Müller wendte sich gegen den letzten Satz dieser Resolution und beantragte statt dessen zu setzen:

„Von dem Parteitag in Magdeburg erwartet die Versammlung, daß er den Grundsatze aufstellt: Parteigenossen, die sich in besonderen Situationen, ohne den Verzicht einer Verständigung mit dem Parteivorstand zu machen, disziplinlos über bestehende Beschlüsse der Parteitage hinwegsetzen, bekunden damit, daß sie auf eine weitere Zugehörigkeit zur Partei keinen Wert legen.“

Genosse Geyer trat für die Resolution des Vorstandes ein. In der weiteren Debatte wurde von mehreren Rednern eine Verschärfung der Vorstandesresolution verlangt, nur ein einziger Redner erklärte unter starkem Protest der Versammlung die Münchener Resolution für verfehlt.

Genosse Wichehauß-Barmen stellt folgenden Abänderungsantrag:

„Die heutige Parteiversammlung fordert den Magdeburger Parteitag auf, die badischen Abgeordneten, die für das Budget gestimmt haben, aus der Partei auszuschließen.“

Während Genosse Haberland beantragte, zu setzen: „Von Parteitag in Magdeburg erwartet die Versammlung, daß er Mittel und Wege findet, die geeignet sind, die Disziplin in der Partei und ihre grundsätzliche Gefährdung zur Führung des Klassenkampfes der Arbeiter aufrechtzuerhalten.“

Einem vierten Abänderungsantrag stellte Genosse Dwenstein-Barmen:

„Die Versammlung erwartet vom Parteitage, daß er Mittel und Wege finden werde, solche Disziplinbrüche und Zuwiderhandlungen gegen das Parteiprogramm für die Zukunft unmöglich zu machen, nötigenfalls durch Ausschluß der Genossen, welche sich den Verhältnissen des Parteitage nicht fügen.“

Schließlich wurde mit Mehrheit der Antrag Wichehauß, der den Ausschluß der badischen Disziplinbrüche fordert, angenommen, während der erste Teil der Resolution des Vorstandes einstimmig Annahme fand. Die also gestaltete Gesamtresolution wurde dann mit übergroßer Mehrheit angenommen.

Außerdem wurde der folgende Antrag Geyer angenommen: „Zur Gedächtnis einer früheren Einseitigkeit in der Aktion und zur Vermeidung von Divergenzen ist das Zentral-Frauenbureau mit dem Bureau des Parteivorstandes zu vereinigen.“

Als Delegierte zum Parteitag wurden gewählt die Genossen Rautsky, Emil Dröner und Efriede Geyer.

Kreis-Konferenzen.

In der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ ist durch ein technisches Versehen vom Bericht über die Generalversammlung des sozialdemokratischen Zentralvereins für den 7. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis (Kiel-Neumünster-Rendsburg) nur die letzte Hälfte (als erste Hälfte unter dieser Rubrik) veröffentlicht worden, so daß nicht zu erkennen ist, auf welche Organisation die Angaben Bezug haben. Wir tragen hiermit den gestern ausgefallenen ersten Teil des Berichts nach:

Der sozialdemokratische Zentralverein für den 7. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis (Kiel-Neumünster-Rendsburg) hielt am Sonntag in Rortorf seine Generalversammlung ab. Die Parteiorganisation hatte am 1. Juli 1910 in 13 Ortsvereinen 11 525 Mitglieder, und zwar 9925 männliche und 1600 weibliche. Die Mitgliederzahl hat sich seit dem 1. Juli 1909 um 1296 vermehrt, daran sind beteiligt die männlichen Mitglieder mit 1068, die weiblichen mit 227. Im Verhältnis zu den im Kreise abgegebenen sozialdemokratischen Reichstagswahlstimmen sind rund 80 Proz. organisiert. Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ wird im Kreise in 16 533 Exemplaren gelesen, die „Gleichheit“ in 1349 (im Vorjahre 1312), „Neue Zeit“ 124 (61). Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ hat seit dem 1. Juli 1909 im Kreise 1894 Abonnenten gewonnen. Die Zahl der Teilnehmer an der letzten Kreisfeier wird auf 25 000 geschätzt. 117 Volksversammlungen und 178 Vereinsversammlungen wurden abgehalten. 517 000 Flugblätter, 4000 deutsche und 8000 polnische Broschüren, 2500 „Gazeta Robotnicza“, 1200 sonstige Agitationschriften, 8000 Raizzeitungen, 15 000 Flugblätter an die Landarbeiter (der Kreis hat außer den Städten annähernd noch 500 größere und kleinere Ortschaften), 72 783 Exemplare der für die ganze Provinz herausgegebenen Monatszeitung für die Landarbeiter, die „Schleswig-Holsteinische Landpost“, wurden verbreitet. Die „Landpost“ hat 5485 feste Bezüge im Kreise. Die Opfer der Wahlrechtsdemonstrationen in Kiel und Neumünster wurden bezeichnet mit 5 1/2 Jahren, 7 Monaten und 21 Wochen Gefängnis, 25 Tagen Haft, 328 Mark Geldstrafen. Bei den Kommunalwahlen wurden vier Stadtverordnetenmandate erobert, eines in Kiel, drei in Neumünster. Die Partei ist mit 14 Mandaten in den Landparlamenten (11 in Kiel, 3 in Neumünster) und mit 16 Mandaten in den Gemeindevertretungen vertreten. Die Gesamteinnahme betrug 90 196,36 M. Am 1. Juli war ein Kassenbestand von 17 232,02 M. vorhanden. An den Parteivorstand wurden 8754,74 M., an die Agitationskommission in Altona 4877,30 M. abgeführt. Unabhängig davon hat der von Partei und Gewerkschaften gemeinsam aufgetragene und verwaltete Raifonds die Höhe von 10 914,15 M. erreicht. Für Bildungszwecke wurden 2185,01 M. ausgegeben. Bildungskommissionen bestehen in Kiel, Neumünster und Rendsburg. Jugendkommissionen bestehen in Kiel, Neumünster, Rendsburg und Preetz. Sie hatten eine Einnahme von rund 3500 M., davon sind Zuschuß von Partei und Gewerkschaften 2500 M. Die „Arbeiter-Jugend“ hat 850 Abonnenten, gegen 750 im Vorjahre; die vier Jugendorganisationen in Kiel, Neumünster, Rendsburg und Preetz haben zusammen 789 Mitglieder gegen 707 im Vorjahre.

Der 1. württembergische Reichstagswahlkreis (Stuttgart Stadt und Amt) hielt am letzten Sonntag in Blemingen auf den Rübren seine Generalversammlung ab. Die Mitgliederzahl ist im letzten Jahre von 5752 auf 6088 gestiegen. Der Zuwachs beschränkt sich fast ganz auf die Stadt Stuttgart, während die 21 ländlichen Vereine einen neuendwerten Mitgliederzuwachs nicht zu verzeichnen haben. In der Debatte wurde gewünscht, daß bei der Agitation auf dem Lande für die prinzipielle Durchbildung der Genossen mehr geschehe. Reichstagsabgeordneter A. Hildenbrand erwiderte, daß seinerseits geschehe, was möglich sei. Eine längere Erörterung entspann sich über die Frage der Doppellandtagsmandate zum Reichstag und Landtag. Einem Beschluß der Landesversammlung gemäß sollen Doppellandtagsmandate nach Möglichkeit vermieden werden. Die Kreisgeneralversammlung beschloß, eine Revision dieses Beschlusses zu beantragen. Die Kandidatenaufstellung zum Reichstag erfolgt durch eine später stattfindende Urwahl. Die badische Angelegenheit wurde nur gestreift. Der Referent des Kreisvorstandes Wengert erklärte, die Angelegenheit sei in einer Parteiversammlung in Stuttgart durchgreifend behandelt worden. Zu einem anderen Resultat wie in der Stuttgarter Versammlung werde man kaum kommen. Auch die Kreisgeneralversammlung werde den Disziplinbruch der Badener verurteilen müssen. Eine Diskussion der badischen Vorkommnisse unterblieb daraufhin.

Unsere Toten.

Gustav Ulrich, einer unserer alten Parteigenossen, starb in der Nacht vom Sonntag auf Montag im Vorort Degerloch bei Stuttgart. Ulrich, von Profession Kaufmann, hat besonders unterm Sozialistengesetz der Partei wertvolle Dienste geleistet. Er führte in Ulm ein Bankgeschäft; in seinem Hause verkehrten viele hervorragende Parteigenossen, manchem hat er in schwerer Zeit den Kampf ums Dasein erleichtert. Im Jahre 1898 kandidierte Ulrich im Reichstagswahlkreis Bielefeld-Bielebrüder. Er unterlag der Koalition aller bürgerlichen Parteien. Zunehmende Krankheit zwang ihn, sich mehr und mehr vom öffentlichen Leben zurückzuziehen. Nun ist er, 60 Jahre alt, seinem langjährigen Leiden erlegen. Die Partei wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Wiener Arbeiterschule

beginnt Mitte Oktober ihren zweijährigen Unterricht wieder. Er findet allwöchentlich an zwei Abenden zweistündig im neuen Parteihause statt, wo die Arbeiterschule ein eigenes Lokal hat. Die Schüler zahlen jedes Semester 2 Kronen Beitrag. Unterricht werden Staats- und Gesellschaftslehre, Volkswirtschaft, Geschichte des Sozialismus, Österreichisches Recht. Nur von ihrer Organisation empfohlene Genossen und Genossinnen werden aufgenommen. Die Schülerzahl ist beschränkt; die Auswahl trifft der Wiener Unterrichtsausschuß.

Schritte in Oberösterreich. Auch in diesem industriearmen Lande eines ausnahmsweise kräftigen Bauernstandes, der übrigens durchaus liberal ist, geht es flott vorwärts. Ein am 14. und 15. d. M. abgehaltener Landesparteitag genehmigte einen Grundstücksankauf in Linz zum Zweck der Errichtung eines Arbeiterheims, in dem auch die bereits konzeptionierte Parteidruckerei, die Arbeiterschule und ein Jugendheim untergebracht werden sollen. Die derzeit dreimal wöchentlich erscheinende „Wahrheit“ soll von Neujahr 1911 an Tagesblatt werden — das wäre das dritte Tagesblatt der deutschösterreichischen Parteigenossen. Der Betrieb geht auf eine offene Handelsgesellschaft der drei Vorsitzenden des Landesvorstandes, der Linzer Abgeordneten Spielmann und Weigung und des Gewerkschaftssekretärs Genossen Dames.

Die Sozialdemokratie Kroatiens und Slavoniens hielt ihren 6. Parteitag ab, der eine Aera der Krise und russischer Verfolgungen folgte, in der aber die Partei trotz alledem vorwärts kam. Bei dem elenden Zensuswahlrecht gelang es, ein Reiches des Vordringens auf dem Lande, im slyrischen Bezirk Schid den Genossen Korotich in den Landtag zu bringen. Die Partei hat nur etwa 5000 richtige, also auch zahlende Mitglieder — und doch gelang es durch opfermutigen Kampf eine Wahlreform zu erreichen, die die Zahl der Wahlberechtigten von 25 000 auf 300 000 erhöht. Die Parteipresse umfaßt das Agrarische Tagesblatt „Slobodna Rijec“, dem nur mehr 400 Abonnenten zur Aktivität fehlen, ferner ein Wochen-, ein Sonderarbeiterblatt, eine serbische und eine deutsche Zeitschrift, letztere das „Volkrecht“ in Pflög. Parteidruckereien sind in Agrar und Schid. Das Parteiprogramm bezieht sich in Prinzipien-erklärung und nächsten Forderungen mit dem österreichischen. Das nationale Programm fordert die Umbildung Oesterreich-Ungarns in einen neutralen, demokratischen Bundesstaat freier, gleichberechtigter, verbündeter und autonomer Nationen. Selbstverständlich wird auch schon im gegenwärtigen Staatsverband mit Ungarn weitestgehende Demokratisierung Kroatiens-Slavoniens verlangt.

Die Arbeiterbewegung in Finnland.

Der Bericht der finnischen Sozialdemokratie an den internationalen Kongress gibt Kunde von schweren Mühen unter den ungünstigsten Umständen, aber auch von großen Erfolgen. Auf einer Fläche von 375 000 Quadratkilometern, größer als das Königreich Preußen, wohnen knapp 3 Millionen Menschen, davon nur ein Siebentel gewerblich, vier Siebentel landwirtschaftlich tätig. So ist es nicht wenig, wenn die Gewerkschaften in 27 Verbänden und 608 Zahlstellen 24 000 Mitglieder, davon 3000 weibliche, zählen, zumal die Großindustrie noch sehr unentwickelt ist. Weit mächtiger aber ist die Entwicklung der Partei.

Rund 337 000 Landtagswähler sind durch 86 Abgeordnete unter 200 vertreten. Im Jahre 1908 gab es 1127 Arbeitervereine mit 71 266 Mitgliedern. Die Einnahmen betragen 2 506 500 finnische Mark (zu 81 Pf.), das sind auf den Kopf über 28,54 M. in der Woche. Die Parteipresse umfaßt 19 Blätter, darunter 3 täglich, 11 wöchentlich dreimal erscheinende. Das Zentralorgan „Thomies“ (Der Arbeiter) hat eine Auflage von 27 000. Ein Wochenschrift erscheint in 6000, eine Frauenzeitung in 4000, eine wissenschaftliche Rundschau in 1000 Exemplaren. Die Frauenvereine zählen rund 3000, die 108 Gruppen der Jugendorganisation über 10 000 Mitglieder. Für den Herbst ist die Eröffnung einer Parteischule geplant.

Die Gesetzgebung ist natürlich keine sozialistische, trägt aber den Stempel der Arbeiterbewegung. So ist der Achtstundentag in den Bäckereien samt dem Verbot der Nachtarbeit eingeführt. Für die Kleinpächter ist eine Pachtdauer von 50 Jahren und eine Befreiung der Pacht durch Schiedsmänner bestimmt. Das Verbot der Erzeugung und des Verkaufs alkoholischer Getränke, das der Landtag, entgegen dem Willen der reaktionären Altklassen schließlich einstimmig beschlossen hat, ist freilich von Jaren nicht bestätigt worden und wird wohl nie Gesetz werden. Es widerstreitet also sehr den Kulturzielen, die nimmehr von der russischen Herrschaft im Lande verfolgt werden. Der demnächst zusammenzutretende Landtag dürfte mit der voraussichtlich einstimmigen Ablehnung der russischen Vorlagen (darunter Wahl von Vertretern zur Duma, also Anerkennung der Zugehörigkeit Finnlands zu Rußland) wohl für längere Zeit den Abschluß der parlamentarischen Arbeit des finnischen Volkes bedeuten. Der bevorstehende schwere Kampf um Unabhängigkeit und Kultur des von der Pest des russischen Despotismus bedrückten Landes wird, wie bisher, die Sozialdemokratie in vorderster Linie finden und ein Vorbild für die Freiheitsbewegung im ganzen Reiche abgeben.

Gewerkschaftliches.

Eine gelbe Zentralunterstützungskasse.

Trotz aller Ableugnungsversuche geht es überall mit der durch Unternehmerngeiz aufgeschüttelten gelben Bewegung riesenschnell bergab und die geschaffenen und in Aussicht gestellten „Wohlfahrts-einrichtungen“ hindern durchaus nicht, daß die bedürftigen, in die gelben Werkvereine gepreßten Arbeiter das Unwürdige ihrer Lage erkennen und daraus die Konsequenzen ziehen. So auch in Augsburg, dem Ausgangspunkt der gelben Bewegung. Es ist daher begreiflich, daß die Hintermänner der gelben Arbeiterzersplitterung nach Mitteln suchen, um die Arbeiter zu fesseln.

Wie nun die letzte Nummer der „Wahrheit“ (das in Augsburg erscheinende Organ der gelben Arbeitervereine) mitteilt, hat die Gründung einer gelben Zentralunterstützungskasse stattgefunden, die ihren Sitz in Augsburg hat. Die Gründung dieser Kasse ist schon auf der gelben Tagung in Kiel Ostern 1908 beschlossen worden. Ueber ihre Vorgeschichte verbreitete sich in einer jüngst in Augsburg abgehaltenen gelben Versammlung der als einziger Förderer der Gelben bekannte Produkt Pfeiffer der Maschinenfabrik Augsburg, nebenbei auch Vorstandsmitglied des bayerischen Metallindustriellenverbandes. Einige seiner Ausführungen sind sehr interessant. Er erzählte z. B., daß nach der ersten Berechnung für die Zentralkasse ein Gründungsfonds von 35—40 000 M. notwendig geworden wäre, anderenfalls die Genehmigung durch das Reichsaufsichtsamt nicht erteilt worden wäre. Leider hätte die Gründung aber bisher nicht stattfinden können, weil wohl einige Arbeitgeber sich bereit erklärt hätten, zum Gründungsfonds beizusteuern, die großen Arbeitgeberverbände hätten jedoch eine abwartende Stellung eingenommen; auch sei durch das unbegreifliche Vorgehen von sonst befreundeter Seite Unklarheit und Verwirrung verursacht worden. Dann sagte Pfeiffer in bezug auf die tätige Mithilfe des Reichsaufsichtsamtes an dieser famosen Gründung:

„Ich konstatiere mit besonderem Vergnügen und Dankbarkeit, daß genannte hohe Behörde unsere Sache in entgegenkommendster Weise aufnahm, bei den mehrfachen Konferenzen wertvolle Aufschlüsse und Ratschläge, weit über das dienstliche Maß hinaus, und schließlich uns solche Vergünstigungen gab, daß es uns möglich wurde, ohne versicherungstechnisches Gutachten, ohne erheblichen Gründungsfonds, den Geschäftsbetrieb aufzunehmen. Das Schriftamt hat den Dank hierfür nach Genehmigung der „Zentral-Unterstützungskasse“ bereits dargebracht.“

Allerhand Hochachtung vor dem Entgegenkommen des Reichsaufsichtsamtes den Gelben gegenüber. Ob man anderen, nichtgelben Arbeiterorganisationen ein ähnliches Maß von Entgegenkommen zeigen würde, bezweifeln wir.

Die gelben Werkvereine haben also jetzt eine Zentralunterstützungskasse von Unternehmerngeiz und mit dem Gelde der Unternehmer gegründet. Wie blutiger Hohn klingt es, wenn in Ansehung dieser Tatsache der gelbe Protektor Pfeiffer zu den gelben Arbeitern sagt: „Hoffen wir, daß die nimmehr geschaffenen Verbesserungen in der Freizügigkeit unserer Mitglieder reiche Früchte bringen.“ — Die Früchte der neuen gelben Wohltat heißt aber leblich der Unternehmer ein. Denn die gelben Arbeiter werden nach wie vor auf die Strafe geworfen werden.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Dachdeckerhilfsarbeiter

wird offenbar nicht ohne Kampf verlaufen, da das Angebot der Unternehmer den Arbeitern durchaus unannehmbar erscheint. Am Dienstag berückte Hensel in der außerordentlich zahlreich besuchten Versammlung der Dachdeckerhilfsarbeiter über die am Tage vorher mit den Unternehmern gepflogenen „Verhandlungen“. Die Unternehmer hielten einfach an dem von ihrer Generalversammlung beschlossenen Angebot fest und erklärten, das sei das äußerste, weitergehende Abmachungen könnten sie nicht treffen. Wollten die Arbeiter sich damit nicht zufrieden geben, so sollten sie bis zur nächsten Generalversammlung warten. Es war den Arbeitervertretern trotz aller Vermählungen nicht möglich, weitere Zugeständnisse von den Unternehmern zu erzielen. Das Angebot lautet, wie wir ja schon in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ mitteilten, darauf hinaus, daß den Dachdeckerhilfsarbeitern nichts weiter als die Tariflöhne der Bauhilfsarbeiter bewilligt werden sollen, und daß alle anderen Forderungen, wie die für die Pappdachdecker und Kipphaltarbeiter und die eines Affordtarifs für Trägerarbeiten, der freien Vereinbarung überlassen, also gänzlich abgelehnt werden.

Schon während der Berichterstattung gab die Versammlung durch lebhaftes Zwischenrufen und Unruhe zu erkennen, daß man von dem Angebot durchaus nicht befriedigt war, und diese Tatsache trat noch deutlicher in der Diskussion hervor. Nicht ein einziger Hilfsarbeiter sprach für Annahme des Angebots, alle verlangten die Ablehnung. Man war auch sehr unzufrieden darüber, daß die Arbeitervertreter seinerzeit bereits die Forderung von 60 Pf. Stundenlohn auf 55 Pf. ermäßigt hatten. Als der Bevollmächtigte Görnig die geringen Vorteile, die das Angebot der Unternehmer und ein dementsprechender allgemeiner Tarifvertrag

bietet, schilderte und den Abschluß des Vertrages empfahl, erregte dies allgemein Widerspruch. Nach gründlicher Aussprache lehnte die Versammlung das Angebot der Unternehmer einstimmig ab und beschloß, an den ursprünglich gestellten Forderungen unbedingt festzuhalten. Die Görnig hervorhob, ist mit diesem Beschluß der Kampf als unvermeidlich anzusehen.

Achtung! Metallarbeiter. Der Betrieb der Firma Kaufmann-Berger, Elisabethufer, ist gesperrt. Die Kollegen dieser Firma befinden sich im Streik.

Da die Firma versucht, von auswärts Arbeitskräfte heranzuziehen, erlauben wir die arbeiterfreundlichen Blätter um Nachdruck. Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zur Werftarbeiterbewegung.

Von dritter Seite werden jetzt Versuche gemacht, eine Vermittlung herbeizuführen. Es verlautet, daß auch die Unternehmer diesem Vermittlungsversuch nicht ablehnend gegenüberstehen.

Auf einer Reihe Hamburg-Altonaer Schiffsreparaturbetrieben hat man wieder von den Arbeitern Streikarbeit verlangt. In Betracht kommen 7 Betriebe mit 250 Arbeitern. Diese haben deshalb am Mittwoch die Arbeit niedergelegt.

In der Ottenjer Maschinenfabrik vorm. Ahrens in Altona-Ottenfen ist es ebenfalls zur Arbeitseinstellung gekommen. Auch dort war versucht worden, Streikarbeit herzustellen zu lassen. Witinhaber der Firma ist Herr Koch aus Lübeck (Kochsche Schiffswerft). Trotz mehrmaliger dringender Vorstellung der Arbeiter bestand die Firma darauf, die Streikarbeit herzustellen zu lassen. Daraufhin haben circa 80 Arbeiter den Betrieb verlassen.

Streik der Bautischler in Wühlhausen in Thüringen. Am Mittwoch sind in Wühlhausen in Thüringen die Bautischler sämtlicher Betriebe in den Ausstand getreten. Die Ursache bilden Lohn-differenzen.

Die Schwerfuhrwerkskutscher in Halle a. S. errangen nach zweitägigem Streik einen schönen Sieg. Ihre Forderung, 25 M. Wochenlohn zu zahlen, wurde vertraglich anerkannt und hat Gültigkeit bis 31. August 1912; rund 180 Geschäftsführer haben dadurch eine Lohn-erhöhung von je 3 M. pro Woche erzielt.

Eine gelbe Straßenbahnerorganisation.

Die Leipziger Straßenbahner stehen gegenwärtig in einer Lohnbewegung. Der Transportarbeiterverband machte dabei erfreuliche Fortschritte und es war nicht ausgeschlossen, daß die Angestellten zur Erzwingung ihrer Forderungen die Arbeit einstellen. In dieser Not verfiel die Große Leipziger Straßenbahn auf das alte Rezept, eine Streikbrecherorganisation zu gründen. Am 23. August erschien an den Bekanntmachungstafeln der Straßenbahnhöfe ein Aufruf, unterzeichnet von einigen Angestellten, in dem auf das „frühere gute Einvernehmen zwischen Angestellten und Direktion“ hingewiesen und zum Austritt aus dem Verband aufgefordert wird. Koch sei es vielleicht nicht zu spät, „den alten bewährten Weg der friedlichen Verständigung mit Erfolg weiter einzuhalten“. Was habe z. B. den Kollegen der Streik der Leipziger Elektrischen Straßenbahn (vor mehreren Jahren) genützt? Der Aufruf schließt: Kollegen! Seid einig, einig, einig in dem Bestreben: los vom Verband! Wer darin mit den Unterzeichnern übereinstimme, solle ihnen seine Adresse geben.

Am Donnerstag werden die Leipziger Straßenbahner zu diesem neuesten Streich der Großen Leipziger Straßenbahn Stellung nehmen.

Ausland.

Ein großer Erfolg der ungarischen Holzarbeiter.

Die Budapester Tischlereiarbeiter, rund 5000 Mann, haben soeben nach eifrigem Kampfe ihre Lohnbewegung mit einem vollständigen Siege beendet. Die Unternehmer haben sämtliche Forderungen der Arbeiter anerkennen müssen. Es wurde ein Vertrag auf zwei Jahre abgeschlossen, der die 54stündige wöchentliche Arbeitszeit festlegt und eine Erhöhung des Lohns um 15 Proz. vorsieht. Da, wo bessere Bedingungen bisher schon vorhanden waren, dürfen sie nicht verschlechtert werden. — Die Organisation der Arbeiter hat sich durch diese Bewegung erfreulich vorwärts entwickelt. Im Jahre 1908 wurde der ungarländische Holzarbeiterverband von der Koalitionsregierung auf Verreiben der Unternehmer aufgelöst. Die neugegründete Organisation mußte dann zwei Jahre auf die Genehmigung der Statuten warten. — Jetzt nun waren die Unternehmer gezwungen, mit dem Holzarbeiterverband einen Vertrag abzuschließen.

Verfammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Eine allgemeine Versammlung der Rohrlager und Feller tagte am Dienstag im Gewerkschaftshause. Nach einem Vortrage des Kollegen Hilbert über: „Thomas Moore und seine Utopie“, wurden Verbandsangelegenheiten erledigt. Der Vorstand war in Verhandlungen getreten mit der Firma Auer, wo 38 Kollegen aus dem Deutschen Metallarbeiterverband und 9 Mitglieder des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes beschäftigt waren. Diese Angelegenheit ist zu beiderseitiger Zufriedenheit erledigt. Ebenfalls lagen bei der Firma Steuer Differenzen vor, wo den Rohrlagerern keine Helfer gestellt werden sollten. Nachdem nun die Organisation mit dieser Firma in Verbindung getreten war, wurde auch dieser Streikfall geregelt, außerdem wurden den dort beschäftigten Kollegen die Stundenlöhne erhöht.

Handle teilte noch mit, daß der Ortsvorstand empfiehlt, den Arbeitsnachweis in der Gormannstraße nach wie vor zu meiden, doch kam hiergegen ein starker Widerspruch aus der Versammlung zum Ausdruck. Handle trat noch einmal warm für den obigen Vorschlag ein und erklärte, daß diese Maßnahme von der Notwendigkeit diktiert sei und unbedingt auch befolgt werden müsse.

Letzte Nachrichten.

Krieg im Frieden.

Bozen, 24. August. (B. G.) Bei einer Gebirgsübung wurde ein Offizier durch Abstürzen schwer verletzt. Ein Soldat ist tot, einer schwer verletzt.

Die Cholera in Italien.

Rom, 24. August. (B. L. W.) In den letzten 24 Stunden ist in Terignola eine Erkrankung und ein Todesfall an Cholera festgestellt worden, in Margherita di Savoia ein verdächtiger Fall, in Parletta 11 Erkrankungen und 7 Todesfälle (davon 6 unter den an den Vortagen Erkrankten), in Trant 4 Erkrankungen und 4 Todesfälle (davon 2 unter den an den Vortagen Erkrankten), in Andria 2 Erkrankungen und 2 Todesfälle, in Canosa di Puglia 2 verdächtige Erkrankungen, in Ruvo ein verdächtiger Fall. In allen anderen Gemeinden der Provinzen Bari und Foggia ereignete sich kein neuer Fall. Dies läßt hoffen, daß die Epidemie im Abnehmen ist.

Arbeitsverhältnisse der Staatswerften Deutschlands und der Vereinigten Staaten.

Man schreibt uns: Das Reichsmarineministerium hat eine Schrift herausgegeben, welche sich betitelt: „Die Organisationen der Werften der Vereinigten Staaten“. Sie ist vom Admiral Wodrig bearbeitet.

Nach den Verhandlungen über die großen Räder Werftunterstützung wurde vom Reichsmarineministerium der Admiral Wodrig nach Amerika geschickt, um über die kaufmännische Verwaltung und Organisation der dortigen Staatswerften die nötigen Instruktionen und Informationen zu sammeln.

Weiter ist dieselbe der Öffentlichkeit bisher nicht zugänglich gemacht worden, vermutlich wegen der in vielfacher Beziehung unendlich weit rücksichtigeren und unfeineren Arbeitsverhältnisse der deutschen Werftarbeiter gegenüber der amerikanischen.

Die zuständigen leitenden Personen haben die Arbeiter nach ihrer Geschicklichkeit und ihren Leistungen und ohne Rücksicht auf irgendwelche anderen Erwägungen zu verwenden.

Kein Offizier oder Beamter oder sonstiger Staatsangestellter darf einen Arbeiter auf der Werft veranlassen oder auffordern, Geld für politische Zwecke zu zahlen oder zu zahlen, auch darf kein Arbeiter wegen seiner politischen Gesinnung entlassen oder entlassen werden.

Wer gegen diese Bestimmung verstößt, ist aus dem Staatsdienst zu entlassen.

Wie blamabel nehmen sich demgegenüber die Bestimmungen der deutschen Arbeitsordnung aus. Hier heißt es:

Die für den Dienst in der Marineverwaltung im Arbeitsverhältnis anzunehmenden Personen müssen folgenden Bedingungen entsprechen: Sie müssen sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und sich in ihren bisherigen Lebensverhältnissen achtbar geführt haben.

Sie dürfen nicht sozialdemokratische Agitatoren oder sonstige Personen sein, von denen vorauszuwachen ist, daß sie den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern oder der Arbeiter untereinander stören wollen.

Die annehmende Behörde unterrichtet sich über das Vorhandensein dieser Erfordernisse in geeigneter Weise.

Diese Bestimmung hat denn auch der annehmenden Behörde noch immer die Handhabung geboten, politisch oder auch nur gewerkschaftlich Anrüchliche von den Staatswerften fernzuhalten resp. diese auf dem schnellsten Wege wieder ohne Rücksicht zu entfernen.

Hundert von Fällen sind zu verzeichnen, wo gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wieder entlassen wurden, weil sie nach Ansicht der Orts- und Polizeibehörden ihres vorherigen Beschäftigungsortes wegen gewerkschaftlicher Betätigung keinen achtbaren Lebenswandel geführt haben.

Allerdings wird der Grund etwaiger Entlassung streng geheim gehalten und in keinem Falle mitgeteilt. Jedoch waren sich 90 Proz. der wieder zur Entlassung gekommenen Arbeiter keines anderen Verzeichnisses bewußt, als der Zugehörigkeit zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation und der Betätigung in derselben.

Da die Orts- und Polizeibehörden über den Mund und den neueinstellenden Arbeiter berichten, so ist der Willkür und Ränke Tür und Tor geöffnet. Wir sind im Besitz eines charakteristischen Originalschreibens; es handelt sich um einen Arbeiter auf Helgoland. Die Werft Wilhelmshaven schreibt an die Polizeiverwaltung in Helgoland:

„Der Arbeiter R. N., geboren..... angeblich wohnhaft auf Helgoland, hat gebeten, als Werftarbeiter eingestellt zu werden. Ehe die Werft ihn endgültig annimmt, bittet sie um Auskunft, ob er Reichsangehöriger ist, ob er sich in seinem bis-

herigen Lebensverhältnis achtbar geführt hat, insbesondere ob er bestraft ist, ferner ob er für sozialdemokratische Bestrebungen agitiert oder von ihm vorausgesehen werden kann, daß er den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern oder den Arbeitern untereinander stören wird.“

Das Landratsamt Helgoland überweist die Angelegenheit dem Gendarmeriewachmeister J. zur Feststellung.

Nach Abschluß der Feststellungen des Gendarmeriewachmeisters ging ein Antwortschreiben an

„Das Arbeiteramt der Kaiserl. Werft Wilhelmshaven mit der Mitteilung ergebnis zurück, daß R. am..... wegen Unterschlagung mit 3 M. Geldstrafe oder 1 Tag Haft bestraft ist. Diese Sache ist ganz geringfügig gewesen. Außer dieser Strafe hat R. sich sehr gut geführt. Er ist kein Sozialdemokrat. Es ist auch nicht zu befürchten, daß er den Frieden zwischen Behörde und Arbeitern oder den Arbeitern untereinander stören wird.“

Der in Frage kommende Arbeiter kann sich glücklich schätzen, daß die Behörde eine Strafe von 3 M. wegen Unterschlagung als geringfügig angesehen hat. Auch ist ihm das Nichtvorhandensein einer gewerkschaftlichen Organisation auf Helgoland ebenfalls zugute gekommen.

Die Lohnsätze der Angehörigen der Werft sollen mit den in der Privatindustrie in unmittelbarer Nähe der betreffenden Werft gezahlten Löhne übereinstimmen, sie sollen jährlich neu bestimmt und am 1. Januar in Kraft gesetzt werden.

Die Kommission hat über das Ergebnis an den O. W. D. zu berichten und Vorschläge für die Lohnsätze der Werftarbeiter in den entsprechenden Handwerken und Klassen zu machen.

Der niedrige Lohnsatz betrug 1900 für Beselinge 30—50 Proz. des Lohnes, den die in der 1. Klasse befindlichen Arbeiter desselben Handwerks erhielten. Jugendliche Arbeiter erhielten 1,50 Dollar = 6,30 M. Der Höchstlohn eines Handwerkers betrug 5,30 Dollar = 20,80 M. pro Tag.

Die Arbeitszeit für Arbeiter beträgt in den Staatswerften der Vereinigten Staaten 8 Stunden, von 8 bis 12 und von 1 bis 5 Uhr. Höhere Beamte haben 7 Stunden Dienst, von 9 Uhr vorm. bis 4 1/2 Uhr nachm.

Höhere Beamte haben 7 Stunden Dienst, von 9 Uhr vorm. bis 4 1/2 Uhr nachm. Wenn man bedenkt, welche langwierigen Kämpfe es gekostet hat, ehe die deutschen Staatswerftarbeiter auch nur die 8stündige Arbeitszeit erhalten haben, so kann man ermessen, wie ungeheuer rücksichtlos und zurückgeblieben die Arbeits- und Arbeiterverhältnisse in den deutschen Staatsbetrieben noch sind.

Über unsere Regierung fürchtet das Gebelster der tonangebenden Großindustriellen so sehr, daß sie nichts unternimmt, was das Wohlfallen dieser Kreise erregen könnte. Diesem Umstande ist es auch zuzuschreiben, daß die Marineverwaltung und auch die übrigen Ressorts 10 Jahre lang zauderten und zögerten, ehe sie dem unauferleglichen Drängen der Arbeitererschaft nachgegeben und 1908 die 8stündige Arbeitszeit eingeführt haben.

Kleines feuilleton.

Die Schreden amerikanischer Waldbrände. Die Verheerungen, die die schon seit Wochen im Nordwesten der Vereinigten Staaten wütenden Waldbrände angerichtet haben, kommen bereits den größten Waldbrandkatastrophen gleich, von denen Nordamerika im Laufe der letzten Jahre heimgesucht worden ist.

Die Schreden amerikanischer Waldbrände. Die Verheerungen, die die schon seit Wochen im Nordwesten der Vereinigten Staaten wütenden Waldbrände angerichtet haben, kommen bereits den größten Waldbrandkatastrophen gleich, von denen Nordamerika im Laufe der letzten Jahre heimgesucht worden ist.

Die Schreden amerikanischer Waldbrände. Die Verheerungen, die die schon seit Wochen im Nordwesten der Vereinigten Staaten wütenden Waldbrände angerichtet haben, kommen bereits den größten Waldbrandkatastrophen gleich, von denen Nordamerika im Laufe der letzten Jahre heimgesucht worden ist.

Die Schreden amerikanischer Waldbrände. Die Verheerungen, die die schon seit Wochen im Nordwesten der Vereinigten Staaten wütenden Waldbrände angerichtet haben, kommen bereits den größten Waldbrandkatastrophen gleich, von denen Nordamerika im Laufe der letzten Jahre heimgesucht worden ist.

Die Schreden amerikanischer Waldbrände. Die Verheerungen, die die schon seit Wochen im Nordwesten der Vereinigten Staaten wütenden Waldbrände angerichtet haben, kommen bereits den größten Waldbrandkatastrophen gleich, von denen Nordamerika im Laufe der letzten Jahre heimgesucht worden ist.

Die Schreden amerikanischer Waldbrände. Die Verheerungen, die die schon seit Wochen im Nordwesten der Vereinigten Staaten wütenden Waldbrände angerichtet haben, kommen bereits den größten Waldbrandkatastrophen gleich, von denen Nordamerika im Laufe der letzten Jahre heimgesucht worden ist.

Die Schreden amerikanischer Waldbrände. Die Verheerungen, die die schon seit Wochen im Nordwesten der Vereinigten Staaten wütenden Waldbrände angerichtet haben, kommen bereits den größten Waldbrandkatastrophen gleich, von denen Nordamerika im Laufe der letzten Jahre heimgesucht worden ist.

Humor und Satire.

Zu Augsburg beim heiligen Ulrich. Da drängen und schieben die Massen sich, Sie fühlen sich satt und sehr hochgedrückt, Grad hat man den Siedberger verzehrt; Man fühlt sich so wohl im Wagen, Und das Fett, es glänzt noch am Kragen.

Zu Augsburg beim heiligen Ulrich. Da schiebt durch die Straßen der Festzug sich, Ganz vorn die Regie und dahinter der Chor, Man brüllt rechts und links zu den Fenstern empor, Da stehen die Großen des Landes Und mancherlei dienenden Standes.

Zu Augsburg beim heiligen Ulrich. Da herrscht im Festsaal ein buntes Gemisch, Es werden die nämlichen Phrasen Wie fetter und fetter gebolzen. Auch wettet Herr Gröder im „Volkverein“, Wie einer Sozialdemokrat könne sein; Für's nächste Jahr — wir sind's gewärtig — Sind auch schon die Medien heut fertig. — Paulsen.

Notizen. Ein Preisanschreiben für unfalligere Flugmaschinen. Die französische Nationale Luft-Viga kündigt ein Preisanschreiben für Flugmaschinenkonstrukteure an, um eine Flugmaschine zu erhalten, bei der übliche Unfälle unmöglich sind.

Ein neuer Ausbruch des Hella auf Island. In Kopenhagen sind Meldungen eingetroffen, nach denen auf Island eine lebhaftere Vorzeichen herrscht, da sich alle Anzeichen für einen neuen großen Ausbruch des Hella bemerkbar machen.

Der Schnee, der den Berg seit einer Reihe von Jahren bedeckt, ist verschmolzen und man nimmt an, daß er durch die steigende Glut im Innern des Vulkans zum Schmelzen gebracht ist.

Man wählt für den Brand bereits über eine Strecke von 300 Kilometer Länge ausgebreitet. Die Eisenbahngesellschaften rüsteten Hilfszüge aus, die die Bewohner der zum Teil bedrohten Ortschaften in Sicherheit bringen sollten.

Ein solcher Hilfszug wurde auch von dem Städtischen Hofen abgefahren mit der Bestimmung, die fünf-hundert Einwohner des Dorfes Reh herbeizuführen. Als der Zug in Reh ankam, hatte auch das Feuer die Ortschaft bereits erreicht und mehrere Häuser in Asche gelegt.

Das Waldbrandkatastrophen gleich, von denen Nordamerika im Laufe der letzten Jahre heimgesucht worden ist.

Das Waldbrandkatastrophen gleich, von denen Nordamerika im Laufe der letzten Jahre heimgesucht worden ist.

Das Waldbrandkatastrophen gleich, von denen Nordamerika im Laufe der letzten Jahre heimgesucht worden ist.

Das Waldbrandkatastrophen gleich, von denen Nordamerika im Laufe der letzten Jahre heimgesucht worden ist.

Der Arbeitsmarkt in Industriestädten.

In einer ganzen Reihe Städte geht der Andrang im laufenden Jahre sogar noch über den vorjährigen Stand hinaus. So ist in fast allen größeren Orten Schlesiens im Juli d. J. eine Verhärtung des Andrangs gegenüber dem vorjährigen zu bemerken: In Breslau stellt er sich auf 144,2 gegen 111,9, in Kattowitz sogar auf 296,4 gegen 82,4, in Liegnitz auf 107,6 gegen 101,6. Auch in der industriereichsten Stadt Pommerns, in Stettin, weist der Andrang eine Zunahme auf, er ging von 117,7 auf 126,7 hinauf. In den Orten der Provinzen Brandenburg, Schleswig-Holstein und Sachsen hat der Arbeitsmarkt dagegen eine Erleichterung aufzuweisen: In Rixdorf bei Berlin betrug der Andrang im Juli nur 115,4 gegen 180,1, in Schöneberg 120 gegen 128, in Kiel 190,5 gegen 302,4, in Flensburg 86,4 gegen 110,8, in Magdeburg 155,4 gegen 182,1. Auch im Königreich Sachsen ist durchweg eine Verringerung zu beobachten: in Dresden ging der Andrang von 112,4 auf 100,8 zurück, in Plauen i. S. von 108 auf 84,5 und in Leipzig von 114,7 auf 106,1. Im westdeutschen Industriebezirk gibt es wieder eine ganze Anzahl von Städten, in denen der Andrang den des Vorjahres übersteigt. In Vieflefeld zum Beispiel ergibt sich ein Andrang von 61 gegen 34,4 im Vorjahre, in Hagen i. W. ein solcher von 214,2 gegen 212. In Essen ging der Andrang von 88 auf 101, in Eberfeld von 145 auf 154,2, in Abendt von 101 auf 113, in M.-Gladbach von 90 auf 120 hinauf. Dagegen weist Dortmund eine Erleichterung von 192,1 auf 161,2 auf, in Herford ging der Andrang von 116 auf 99, in Düsseldorf von 156,1 auf 115,7, in Aachen von 299 auf 102 zurück. Ströburg und Mülhausen weisen eine Erleichterung, Kolmar eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes auf. In den wichtigsten Industrieorten Bayerns bleibt der Andrang durchwegs hinter dem vorjährigen zurück.

Nach dem Bericht des „Reichsarbeitsblattes“ hat die Lage auf dem Arbeitsmarkte im Juli kaum eine bemerkenswerte Veränderung aufzuweisen, trotz der Wiederaufnahme der Arbeiten im Baugewerbe nach der Aussperrung. Auf dem Ruhrkohlenmarkte war keine Verringerung zu verzeichnen; es mußten mehr Feuerfächeln als im Vormonat eingelegt werden. Im ober-schlesischen Kohlengebiete wird die Lage noch als befriedigend bezeichnet; hier reichten die Arbeitskräfte im allgemeinen aus, stellenweise mangelten jedoch inländische Arbeiter. Die Metall- und Maschinenindustrie war ausreichend beschäftigt, das Angebot an Arbeitskräften deckte fast durchweg die Nachfrage. Die elektrische Industrie hatte, gleichfalls einen zufriedenstellenden Geschäftsgang zu verzeichnen. Die Baumwollspinnereien klagen über eine ungünstige Geschäftslage, so daß vielfach wöchentlich Feuerfächeln eingelegt werden mußten. Die chemische Industrie war bei normalem Arbeitsangebot gut mit Aufträgen versehen.

Nach den Berichten der Krankenkassen ergab sich im Juli für die versicherungspflichtigen Mitglieder eine Zunahme der Beschäftigungsziffer um insgesamt 41 574 Mitglieder, die sich aus einer Zunahme der männlichen Mitglieder von 51 456 und einer Abnahme der weiblichen Mitglieder von 982 zusammensetzt. Im Vorjahre war die Zunahme (+ 12 169) erheblich geringer; im einzelnen betrug die Zunahme für die männlichen Mitglieder nur 15 688, während die Abnahme bei den weiblichen Mitgliedern geringer wie in diesem Jahre war. Dabei ist jedoch im Auge zu behalten, daß die im Vergleiche zum Vorjahre erhöhte Zunahme in den Monaten Juli und Juni in erster Linie auf das Baugewerbe entfällt. Bei der Gesamtzahl der Arbeitsnachweise, von denen vergleichbare Zahlen vorliegen, kommen im Juli 1910 auf 100 offene Stellen bei männlichen Personen 163 Arbeitsuchende gegen 202 im entsprechenden Monat des Vorjahres und 165 im Juni 1910. Es ist demnach gegen den Vormonat eine kleine und gegen denselben Monat des Vorjahres eine erhebliche Verringerung zu verzeichnen. Bei weiblichen Personen kommen im ganzen auf 100 offene Stellen 93 Gesuche gegen 98 im Juli 1909 und 88 im Vormonat.

Im einzelnen hielt auf dem Berliner Arbeitsmarkte die nicht ungünstige Lage des Vormonats an; gegen dieselbe Zeit des Vorjahres war eine wesentliche Verbesserung zu verzeichnen. Ähnlich lautet das Gesamtergebnis für Schleswig-Holstein und Kiel. In Hesse, Hessen-Nassau und Walde war in der Metallindustrie im allgemeinen eine langsame Verbesserung des Arbeitsmarktes zu beobachten. Eine erhebliche Verbesserung gegen das Vorjahr wird auch aus Bayern, Württemberg und Baden berichtet; im Vergleiche zum Vormonat hielt die verhältnismäßig günstige Lage des Arbeitsmarktes an.

Die Mietpreise. Der Haus- und Grundbesitzerverein in Selbst hat, wie die „Wau.“ mittelt, beschlossen, zu Beginn des neuen Jahres die Mieten um 10 Prozent zu erhöhen. Er begründet diesen Beschluß mit der beträchtlichen Steigerung der Ankosten in den letzten Jahren. Die Hausbesitzer jammern über Belastung durch Steuern und die Mieter müssen begähnen.

Milchpreise.

Das Statistische Amt der Stadt Frankfurt a. M. hat für eine Reihe größerer Städte die Durchschnittspreise von Milch für März und April 1910 festgestellt, und zwar den Einkaufspreis, den die Milchhändler den Landwirten zahlen, und den Preis, den sie selbst von den Konsumenten verlangen. Bei der wachsenden Bedeutung der Milch für die großstädtischen Haushaltungen, wo sie immer mehr zum Nahrungsmittel wird, sei kurz auf die Ergebnisse dieser Erhebung eingegangen, wobei wir einer auszugswweisen Wiedergabe derselben in den „Statistischen Monatsberichten der Stadt Düsseldorf“ folgen.

Die erwähnte Erhebung hat ergeben, daß die Milchhändler in den 20 Städten, die bei der Umfrage berücksichtigt wurden, durchschnittlich für das Liter 6 Pf. mehr forderten als sie an den Landwirten zahlten. Am höchsten ist die Spannung zwischen dem Ein- und Verkaufspreise in Düsseldorf und Köln, wo das Liter Milch durchschnittlich 23 Pf. kostet, bei einem durchschnittlichen Einkaufspreis von 14 1/2 Pf. für das Liter. Während z. B. den Milchkonsumenten in Lübeck, Kiel und Hannover die Käse vielreicher Marken in niedrigem Preise der Milch zugute kommt, bleibt für die in Düsseldorf und Köln üblichen Verkaufspreise die Käse der vielreicheren niederrheinischen Ebenen offenbar so gut wie ohne Einfluß.

Deutschlands Kohlenproduktion. Im Juli wurden in Deutschen Reich an Steinkohlen 18 031 290 Tonnen (i. W. 18 276 717), an Koks 1 075 127 Tonnen (i. W. 1 798 898), an Braunkohlen 5 668 355 Tonnen (i. W. 5 799 916), an Steinkohlenbriketts 375 958 Tonnen (i. W. 346 786) und an Braunkohlenbriketts 1 295 493 Tonnen (i. W. 1 320 428). Die Steinkohlenproduktion ist demnach etwas zurückgegangen.

Frankreich baut in Oesterreich Kanäle.

Seit langem schon besteht in Oesterreich die Absicht, die Wasserstraßen des Landes miteinander zu verbinden. Es sollen Kanäle zwischen der Elbe und der Donau, zwischen der Donau und der Oder sowie der Weichsel gebaut werden. Doch fehlte es, wie schon immer im Reiche der Habsburger, an dem nötigen Kleingeld. Jetzt hat sich nun ein Konsortium von französischen und belgischen Bankern gebildet, an dessen Spitze die bekannte Banque de Paris et des Pays-Bas steht, das mit der österreichischen Regierung Verhandlungen angeknüpft hat, um eine Staatskonvention für den Bau eines Kanals von der Donau nach der Oder und der Weichsel zu erhalten. Das Kapital, das dem Konsortium zur Verfügung steht, wird mit 500 Millionen Kronen angegeben. Alle großen Bahnen des halbschlesischen Landes sind mit westeuropäischem Gelde gebaut worden, das in erster Linie von dem Pariser Hause Rothschild gegeben wurde. Noch heute werden die Aktien der österreichisch-ungarischen Staatsbahn an den Börsen mit „Franzosen“ bezeichnet.

Herabsetzung des Krankengeldes bringen. Es gebe nirgends eine Krankenkasse, die bei einem Beitrag von 85 Pf. so hohe Unterstüßungen zahle. Auf Kosten des wirtschaftlichen Kampfes dürfe man nicht solche Zuwendungen an diesen Unterstüßungsweig machen. Ein Delegierter aus München wünscht die Erhöhung des Wochenbeitrages auf 1,40 M., um so die Gewerkschaftskasse zu stärken. Gegen die Staffeln der Beiträge wenden sich die meisten Delegierten.

Nachdem über 20 Redner zu diesem Punkt gesprochen, wird die Debatte durch Schlußantrag abgelehrt.

Für den Staffelnbeitrag stimmten 15, dagegen 59 Delegierte.

Gegen fünf Stimmen wird die Erhöhung des Beitrages von 1,20 M. auf 1,30 M. beschlossen.

Die Unterstüßungsfrage in der jetzigen Form beschließen zu lassen, wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Mehrheit setzt sich aus Delegierten zusammen, die für die Herabsetzung einzelner Unterstüßungssätze eintreten.

Der Beitrag in der Lehrlingsabteilung wird von 10 auf 15 Pf. pro Woche erhöht.

Die Extrarunterstüßung für Ausgesteuerte soll mit dem 1. Oktober 1910 in Fortfall kommen.

Das gesamte vorliegende Material wird sodann einer Kommission zur Beratung übergeben.

Den Geschäftsbericht, den wir auszüglich wiedergegeben haben, erläutert der Verbandsvorsitzende Sillier, der hervorhebt, daß die Frage der Taktik bei Lohnbewegungen in nicht-öffentlichen Sätzen behandelt werden solle, zumal die Gegner ihre Taktik auch nicht vor dem Forum der Öffentlichkeit behandeln. Der Extrabeitrag von 20 Pf. sei im allgemeinen gut eingegangen, nur Frankfurt a. M. und Offenbach hätten unrichtliche Ausnahmen gemacht. Schuld daran seien die betreffenden Ortsverwaltungen, die sich nicht gekümmert hätten, in einem an die Mitglieder versandten Wochenblatt gegen die Extrabeiträge Sturm zu laufen. Redner ermahnt die Mitgliedschaften, sich nicht mit kleinem Krach zu beschäftigen, sondern mit Fragen, die im Interesse des Organisationskampfes der Arbeiter lagen. Durch gegenseitiges Vertrauen werde sich ein gutes Zusammenarbeiten erzielen lassen.

Der Hauptoffizier Wall geht näher auf den Kasernenbericht ein. Die „Graphische Presse“ hat in der Berichtsperiode zusammen eine Summe von 108 934 M. erfordert oder 3 1/2 Pf. das Exemplar. Redner empfiehlt den Mitgliedschaften die Benutzung des Handbuchs, das auch über alle lasstechnischen Fragen Auskunft gebe.

Siedemann, Vertreter des Ausschusses, erklärt, dieser hätte sich nur mit einigen Beschwerden zu befassen gehabt; das Verhältnis zwischen Hauptvorstand und Ausschuss sei ein gutes gewesen.

Den Bericht für die „Graphische Presse“ erstattet Redakteur Barthel, der betont, er vertrete nach wie vor die Ansicht, daß das Verbandsorgan stets den Kampfscharakter des Verbandes hervorheben müsse. Von dieser Auffassung ausgehend, habe er zu den einzelnen Fragen Stellung genommen. Redner ermahnt um die tatkräftige Unterstützung der Mitgliedschaften, die den Redakteur auf dem Laufenden erhalten müßten. Die Bekanntheit mit den Gerichten sei der Redaktion nicht erspart geblieben; in einem Falle sei auf eine Geldstrafe von 100 M. erkannt worden.

Der Redakteur der technischen Zeitschrift „Graphische Rundschau“ Hansen gibt einen anschaulichen Bericht über seine Tätigkeit. Die Finanzrechnung des Verbands sei in ständigem Steigen begriffen, die Zahl der Anfragen werde in diesem Jahre über 400 betragen.

Nach beinahe gestundlicher Sitzung wird die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Hamburg, 24. August.

Da die Frage der Taktik bei Lohnbewegungen in einer nicht öffentlichen Sitzung zur Verhandlung gelangt, dreht sich die Debatte über den Vorstandsbericht hauptsächlich um interne Verbandsangelegenheiten. Es liegen Anträge vor auf innere Ausgestaltung der „Graphischen Presse“ und Zusammenlegung des Redaktions- und Druckortes dieses Blattes. Die oft erhobenen Einwände, die Photographen vermöchten nicht die hohen Verbandsbeiträge zu zahlen und blieben deshalb dem Verbands fern, wird von einigen Delegierten als Ausrede bezeichnet. Auch die Photographen seien hierzu in der Lage, die Verhältnisse hätten sich inzwischen geändert. Die Einwände werden nur von solchen Leuten erhoben, die noch vom bürgerlichen Dünkel befallen seien und die man vor den Bestrebungen des Verbandes bangt gemacht habe. Einen breiten Raum in der Debatte nimmt die Erörterung der Extrasteuer ein, die zu zahlen man sich in einigen Orten geweigert hat. Die Extrasteuer wird erhoben, wenn Maßnahmen seitens der Unternehmer geplant werden. Die statutarischen Bestimmungen dürften nicht umgangen werden. Der Verbandsvorsitzende Sillier erklärt im Namen des Hauptvorstandes, daß die Extrasteuer bis zum 1. April 1911 erhoben und bezahlt werden muß. Weiter wird das Bestreben der Unternehmer, für die Lehrlinge eine Organisation in ihrem Sinne zu schaffen, um so den Lehrlingen nicht weiteren „Gefahren“ durch den Verband auszuweichen, unter die Lupe genommen. Jeder Versuch in dieser Richtung müsse zurückgewiesen werden. Ein Redner verlangt, das Verbandsorgan solle mehr das Organ der Kollegen sein als das des Hauptvorstandes, dessen Meinung immer im Vordergrund stehe.

7. Internationaler Transportarbeiter-Kongreß.

Kopenhagen, den 23. August 1910.

Der 7. internationale Transportarbeiter-Kongreß wurde heute (Dienstag) vormittag durch den internationalen Sekretär H. Johade-Berlin mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet. Im Namen der dänischen Transportarbeiter begrüßte H. Poppel-Kopenhagen die Delegierten und Gäste und wünschte, daß die Beschlüsse des Kongresses für die international organisierten Transportarbeiter von Nutzen sein mögen. Die Bestimmung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 40 Delegierten und 14 Gästen, die insgesamt 379 810 Mitglieder vertreten. Vertreten sind 150 000 Transportarbeiter, 28 940 Seeleute, 34 870 Hafenarbeiter und 168 000 Eisenbahner. Unter den Transportarbeitern sind auch die im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Eisenbahner, Hafenarbeiter und Seeleute Deutschlands gezählt. Auf eine Vertretung haben verzichtet oder glaubten aus verschiedenen Gründen Abstand nehmen zu müssen: Die Eisenbahner Englands, die Hafenarbeiter in Antwerpen, das Eisenbahnpersonal der Schweiz, die Seeleute in Barcelona, die Hafenarbeiter in Marseille und der Verband Süddeutscher Eisenbahner. Letztere Organisation entschuldigte ihr Fernbleiben von dem Kongreß mit Rücksicht auf ihre Existenz. Die Eisenbahner Russlands überbanden dem Kongreß Grüße und bedauerten, keinen Delegierten entsenden zu können. Der Verband der Seeleute Englands, der mit seinen Beiträgen an die Internationale Transportarbeiter-Föderation im Rückstand ist, hat einen Teil der Beiträge nachgezahlt und durch seinen Vertreter erklären lassen, daß der Rest in kurzer Zeit noch bezahlt werden soll. — Auf Antrag Paul Müller-Deutschland wird beschlossen, die Verhandlungen in vier Sprachen, deutsch, englisch, französisch und dänisch zu führen. Den italienischen Vertretern soll von den Übersetzern kurz der wesentliche Inhalt der fremdsprachigen Reden mitgeteilt werden. — Die Geschäftsordnung des Kongresses wird gemäß dem Vorschlag des Zentralrates beschlossen.

Es folgt die Wahl des Präsidiums. Zu Vorstehenden mit gleichen Rechten für die ganze Dauer des Kongresses werden Schumann-Deutschland und Lindley-Schweden, zu Schriftführern Forstner-Oesterreich und Le Guennic-Frankreich gewählt. — Bei Festsetzung der Tagesordnung beantragt Westphal-England, bei Behandlung des Punktes „Die Aktionen der Unternehmerverbände“ die Presse auszuschließen. Der Antrag ruft eine lebhafteste Debatte hervor, an der Vertreter aller Nationen teilnehmen. Ein Schlußantrag setzt der Diskussion ein Ende. Da die Präsenzliste noch nicht vollständig fertiggestellt und inzwischen

die Mittagspause eingetreten ist, wird die Abstimmung über den Antrag Westphal bis zum Beginn der Nachmittagsitzung zurückgestellt.

In der um 3 Uhr von Schumann-Deutschland eröffneten Nachmittagsitzung wird zunächst die Abstimmung über den Antrag Westphal vorgenommen. Mit allen gegen 10 200 Stimmen wird der Antrag abgelehnt. Lindley-Schweden beantragt, nur die bürgerliche Presse auszuschließen. Nach einer zeitraubenden Geschäftsordnungsdebatte wird der Antrag mit 314 770 gegen 64 440 Stimmen abgelehnt. Punkt 1 (Konstituierung des Kongresses) und Punkt 2 (Bericht des Zentralrates) der Tagesordnung werden unbedändert angenommen. Bei Punkt 3 (Stand, Anwendung und Einfluß der internationalen Gesetzgebung auf die soziale und rechtliche Lage der Seeleute, der Hafen- und Transportarbeiter und der Verlehrsarbeiter) schlägt der Zentralrat vor, den Teil „Verlehrsarbeiter“ zu trennen und die Frage, soweit sie die Eisenbahner betrifft, besonders zu behandeln. Als Referent ist Drummer-Berlin vorgelesen. Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Der Bericht des Zentralrats liegt gedruckt vor. Der sich auf zwei Jahre erstreckende Bericht hebt hervor, daß es den Arbeitgebern in den letzten beiden Jahren gelungen sei, ihre Organisation auszubauen und zu kräftigen. Die von den deutschen Reedern angestrebte internationale Organisation der Reeder, Waller und Stauer ist zustande gekommen; sie trägt den Namen „Internationale Shipping Federation“ und hat ihren Sitz in England. Das Kuratorium ist aus Vertretern aller angeschlossenen Nationen zusammengesetzt. Die Reedereien fast aller Länder haben sich der Internationalen Shipping Federation angeschlossen. Die Organisation hat eine Streifenfahndungsliste eingeführt, mehrere Streifenschiffe angeschafft, die dazu bestimmt sind, bei ausbrechenden Differenzen in den Häfen den festangestellten Kontraktarbeitern als Quartier zu dienen. Auch eine „Streifenfahndung“, die bezweckt, jeden Schaden, der durch einen Streif oder durch eine Aussperrung entsteht, dem Empfänger oder dem Verleger der Güter aufzubalden, ist von den Reedern vereinbart worden. Auch bei den Arbeitgebern des Transportgewerbes macht sich ein enger Zusammenschluß, sowohl national wie international bemerkbar. Eine internationale Verbindung besteht erst zwischen einzelnen Ländern. Bei den Eisenbahnern fehlt heute noch eine internationale Organisation der Arbeitgeber, dafür aber funktioniert die gegenseitige Verständigung der Verwaltungen und Regierungen vortrefflich. Das Ersacken der Organisation der Arbeitgeber und die wirtschaftliche Depression bewirken, daß in einigen Ländern die Arbeitgeber versuchen, die Löhne herabzusetzen oder die Organisationen der Arbeiter zu vernichten. Die in Schweden und Nordamerika um die Erziehung der Organisationen der Hafenarbeiter beziehungsweise Seeleute geführten Kämpfe bildeten die hauptsächlichsten Vorgänge der letzten beiden Jahre.

Die Tätigkeit des internationalen Sekretariats beschränkte sich hauptsächlich auf die Durchführung der Beschlüsse des Wiener Kongresses, d. h. auf die Erhebungen über die Lohn-, Arbeits- und Rechtsverhältnisse der Eisenbahner, Straßenbahner, Hafenarbeiter, Seeleute, Chauffeure und Transportarbeiter.

Ueber die Entwidlung der Internationalen Transportarbeiter-Föderation macht der Bericht folgende Angaben: Am 1. Juli 1908 waren 44 Organisationen mit 498 620 Mitgliedern in 18 Ländern und am 1. Juli 1910 42 Organisationen mit 467 918 Mitgliedern in 16 Ländern der Internationalen Transportarbeiter-Föderation angeschlossen. Die Organisationen verteilten sich auf folgende Länder: Nordamerika 2, Belgien 6, Bulgarien 1, Dänemark 3, Deutschland 4, England 2, Finnland 1, Frankreich 2, Italien 1, Niederlande 4, Norwegen 2, Oesterreich 4, Portugal 2, Schweden 2, Schweiz 1, Ungarn 3. Die Mitglieder verteilten sich auf folgende Gruppen: Eisenbahner 265 516 (1908: 270 870), Hafenarbeiter, Winnschiffer und Fischer 84 536 (1908: 90 480), Straßenbahner, Fuhrleute und andere Transportarbeiter 98 016 (1908: 90 169), Seeleute 27 850 (1908: 45 100). In der Berichtsperiode sind zehn Organisationen mit 27 970 Mitgliedern beigetreten, acht Organisationen mit 14 228 Mitgliedern sind ausgetreten oder wurden wegen Nichtzahlens der Beiträge ausgeschlossen. Aufgelöst haben sich sechs Organisationen mit 18 203 Mitgliedern. Die Kasernenübersicht der Internationalen Transportarbeiter-Föderation umfaßt den Zeitraum vom 1. Juli 1908 bis 1. Juli 1910. Inklusiv eines am 1. Juli 1908 vorhandenen Kasernenbestandes von 4788,41 M. beträgt die Gesamteinnahme 55 090,67 M. Die Gesamtausgabe beläuft sich auf 48 362,85 M., so daß sich ein Kasernenbestand von 6668,02 M. ergibt. In der Gesamteinnahme sind 6220,83 M. freiwillige Unterstüßungen für Streits und Aussperrungen enthalten, außerdem stand dem internationalen Sekretär von der vorigen Berichtsperiode ein geringer Betrag für diese Zwecke zur Verfügung, so daß den Hafenarbeitern in Schweden 6950,50 M. zur Unterstüßung überandt werden konnten. Als Informationsorgan der Internationalen Transportarbeiter-Föderation diente das „Korrespondenzblatt“ nicht in dem Maße, wie es wünschenswert gewesen wäre. Die umfangreichen Arbeiten, die durch die praktische Vermwertung des durch die Erhebungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen und über soziale Gesetzgebung gewonnenen statistischen Materials gesteuert nicht die Herausgabe des „Korrespondenzblattes“ in kurzen Zwischenräumen. Deshalb wurde neben dem „Korrespondenzblatt“ an Stelle der früheren „Rundschreiben“ ein Wochenbericht in fünf Sprachen herausgegeben.

Johade-Berlin gibt hierzu noch einige Erklärungen. Die dem internationalen Sekretär von dem Kongreß in Wien übertragenen Arbeiten konnten nur zum Teil erledigt werden, da die Erhebungen sehr umfangreiche Arbeiten erforderten. Der gedruckte Bericht soll nur ein vorläufiger sein, er wird dem Protokoll über die Verhandlungen des Kongresses in erweiterter Form beigegeben. Trotz der Krise und trotz der Angriffe der Unternehmer auf die Organisationen hat sich die Internationale Transportarbeiter-Föderation gut zu halten vermocht. Die Berichtserstattung der angeschlossenen Organisationen lasse leider noch viel zu wünschen übrig. Offenlich tritt darin in Zukunft eine Besserung ein. Es handelt sich insbesondere auch darum, Nachrichten über Vorgänge in solchen Organisationen zu erhalten, die der Internationalen Transportarbeiter-Föderation noch nicht angeschlossen sind.

In der Diskussion erklärt Remiszeg-Italien, daß er im großen Ganzen mit dem Bericht einverstanden sei, nur in bezug auf die Presse habe er einige Wünsche. Es sei vor allem nötig, das „Korrespondenzblatt“ auch in italienischer Sprache erscheinen zu lassen. Die daraus entstehenden höheren Kosten würden teilweise durch den Verkauf der Blätter von italienischen Kameraden wieder aufgebracht. Er glaube auch mit einiger Bestimmtheit schon heute sagen zu können, daß die italienischen Seeleute bis zum nächsten internationalen Kongreß sich der Internationalen Transportarbeiter-Föderation anschließen werden. Zu bedauern sei, daß die nationalen Organisationen ihre Pflicht nicht in genügender Weise erfüllen, indem sie ihre Berichte nicht rechtzeitig dem internationalen Sekretär zustellen. Dadurch sei dieser nicht in der Lage, seinerseits die angeschlossenen Organisationen rechtzeitig und vollständig zu informieren. Es sei nötig, daß die Leiter der nationalen Organisationen jährlich zweimal ihre Berichte über Stand und Tätigkeit möglichst in statistischer Uebersicht zusenden, um diese so auch dem anderen nationalen Organisationen zugänglich zu machen.

Anderson-Schweden ist ebenfalls mit der Tätigkeit des internationalen Sekretariats einverstanden, desgleichen Müller-Oesterreich. Wenn auch der Bericht noch lange nicht Anspruch auf Vollständigkeit machen kann, so ist doch zu erkennen, daß der gute Wille, das Beste zu leisten, vorhanden war. Wenn nicht mehr geleistet worden ist, so liegt das lediglich an den nationalen Organisationen. Dem internationalen Sekretär sind wir jedenfalls dankbar. Der Antrag des Kollegen Remiszeg könne aber keine Annahme finden, denn sonst müßte man auch noch weiter gehen und das „Korrespondenzblatt“ noch in anderen Sprachen erscheinen lassen.

Die Diskussion über den Bericht wurde dann abgedrochen und auf morgen (Mittwoch) darmitag vertagt.

Soziales.

Berechtigte Lösung des Arbeitsverhältnisses.

Der Inhaber einer Schuhmacherei, Albert Gerbert, hatte der für ihn im eigenen Heim arbeitenden Stepperin G. einen Lohnabzug von 2 M. gemacht, weil sie zwei Duzend Reifschuhe nicht ordnungsmäßig geflickt hatte. Die Klägerin glaubte, der Lohnabzug sei ihr zu Unrecht gemacht worden, stellte die Arbeit ein und verklagte den Arbeitgeber zur Zahlung der 2 M. und einer Lohnentschädigung für 14 Tage von weiteren 28 M. beim Gewerbegericht. Dieses prüfte unter Vorsitz des Magistratsassessors Dr. Maguhn die Berechtigung des Einwandes der mangelhaften Arbeit und erachtete auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme für erwiesen, daß die Arbeit der Klägerin tatsächlich mangelhaft gewesen und bei der Lieferung sofort bemängelt worden ist. Da aber als Arbeitslohn der Klägerin für die fraglichen Schuhe nur 2 M. ausbezahlt worden sind, und die Schuhe inzwischen vom Beklagten verkauft worden sind, erachtete das Gewerbegericht den in voller Höhe des Arbeitslohnes gemachten Abzug als nicht berechtigt, denn die Arbeit der Klägerin müsse doch immerhin etwas wert gewesen sein. Es hielt einen Abzug von 50 Pf. für angemessen. Der Lohnabzug von 2 M. war demnach in Höhe von 1,50 M. unberechtigt und dadurch die Klägerin nach § 124 Nummer 4 der Gewerbeordnung berechtigt gewesen, das Arbeitsverhältnis fristlos aufzulösen. Für den der Klägerin durch die fristlose Lösung des Arbeitsverhältnisses entstandenen Schaden habe der Beklagte aufzukommen. Dem Einwande des Beklagten, die Klägerin habe schon auf die bloße Inanspruchnahme des Lohnabzuges die Arbeit einige Tage früher eingestellt als der Lohn fällig war, gab das Gericht statt, indem es den Entschädigungsanspruch der Klägerin für diese Tage abwies. Da aber der Lohnabzug nicht nur in Aussicht gestellt, sondern auch tatsächlich erfolgt ist, wurde der Beklagte zur Zahlung von 23,50 M. verurteilt.

Aus der Frauenbewegung.

Die internationale Frauenkonferenz.

Die am Freitag und Sonnabend dieser Woche in Kopenhagen abgehalten wird, dürfte, wie „Sozialdemokraten“ mitteilt, weit stärker besucht werden, als man ursprünglich erwartete. Ungefähr 180 Delegierte aus den verschiedenen Ländern und Erdteilen werden daran teilnehmen. Auch aus Amerika kommt eine ziemlich starke Delegation, und selbst Ostindien wird auf der Konferenz vertreten sein. Neben der Konferenz, die ja im Folkets Hus, im Volkshaus am Jagtvej tagt, wird am Sonnabend im Grundtvigs Hus in der Studiestræde eine öffentliche Versammlung veranstaltet, in der Vertreterinnen der sozialdemokratischen Frauenbewegung aus den verschiedenen Ländern Ansprachen halten.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Zentralverband der Hausangestellten. Donnerstag, den 25. August, abends 8 1/2 Uhr, Kaiser-Friedrich-Festhalle, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 24: Dienstboten-Versammlung. Vortrag von Frau Ida Boor: „Brauch Dienstboten eine Fachausbildung für ihren Beruf?“ Diskussion. — Die Arbeiter-Schaft wird ersucht, alle ihr bekannten Dienstboten auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. — Sonntag, den 28. August: Ausflug nach Hermsdorf, Forsthaus, Auguste-Viktoria-Str. 18. Abfahrt 8.40 vom Stettiner Vorortbahnhof.

Aus aller Welt.

Die Waldbrände in Amerika.

Die heute vorliegenden Nachrichten über die ungeheuren Brände in den nordamerikanischen Wäldern lassen erkennen, daß die Brände an einzelnen Stellen durch die jetzt zahlreicher zur Verfügung stehenden Hilfsmannschaften lokalisiert sind. Die Stadt Tacoma, die durch die Flammen schwer bedroht war, scheint gerettet zu sein, da der Wind gestern nachmittag seine Richtung geändert hat. Aus Missoula wird gemeldet, daß die Feuerbrünste im Coeur d'Alene-Gebiet lokalisiert sind und daß man hofft, in den nächsten 24 Stunden den Brand vollständig zu löschen. Auch die Stadt Spokane ist dank der heroischen Anstrengungen der Frauen außer Gefahr. Diese haben die Feuerbrünste in der Stadt und in der aller nächsten Umgebung gelöscht, während die Männer in den Wäldern das weitere Vordringen des Feuers eindämmten. Der starke Wind hat die ganze Umgebung, die früher von einem prächtigen Waldbestande bedeckt war, in ein weithin leuchtendes silbernes Aschenmeer verwandelt. Ueber Spokane hinaus steht das ganze Land noch in hellen Flammen. Trotzdem ist die Situation in den beiden Staaten Montana und Idaho nicht mehr so verzweifelt wie bisher. Sehr bedroht ist noch die Stadt Libary in Montana; nach dorthin sind gestern 500 Soldaten zur Hilfeleistung gesandt worden. Infolge der durch die Brände hervorgerufenen Aufregung der Einwohner und der Flucht derselben sieht sich die Zahl der bei den Bränden ums Leben gekommenen noch immer nicht genau feststellen. Man glaubt aber, daß weit über 400 Personen ihr Leben durch die Flammen verloren haben. Nördlich von Murray (Idaho) sind allein 56 schrecklich verstümmelte Leichen gefunden worden. Von 600 Rettungsmannschaften, die sich nach den einzelnen Brandherden begeben haben, sind 300 verschwunden. Man glaubt, daß sie im Staate Idaho von einem Feuer eingeschlossen und sämtlich ersticht oder verbrannt sind. — Die Eisenbahngesellschaften gehen mit fieberhafter Hast daran, die vom Feuer zerstörten Eisenbahnbrücken wieder aufzubauen zu lassen.

Wieder ein Expresseur.

In Gießen gingen dieser Tage mehreren Einwohnern von Lauterbach aus verschiedene Briefe zu, in denen ihnen Bombenattentate angedroht wurden, falls sie nicht zu einer bestimmten Zeit postlagernd 400 Mark senden würden. Die Leute machten der Polizei Mitteilung. Als der Schreiber der Expresseurbriefe unter der angegebenen Chiffer vom Postamt die verlangte Summe am Schalter abholen wollte, fand er zwar nicht die gewünschte Geldsumme, wohl aber einige Polizeibeamte vor, die seine Verhaftung bewirkten. Der Expresseur ist der stellenlose Tagelöhner Johannes Stielor.

Von Zigeunern entführt.

Wie uns ein Telegramm aus Rom meldet, wurden aus einem Dorfe in der Nähe Roms mehrere Kinder, die auf der Straße spielten, durch eine wandernde Zigeunerbande entführt. Bald nach dem Raube der Kinder wurde jedoch das Verschwinden bemerkt. Eine größere Zahl der Bewohner des Ortes nahm, mit Gewehren bewaffnet, die Verfolgung der Zigeunerbande auf. Nach Erreichen des von der Bande aufgeschlagenen Lagers kam es zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf zwei Zigeuner erschossen wurden.

Kleine Notizen.

Gemeinsam in den Tod gegangen ist ein junges Liebespaar, das gestern früh in einem Walde bei Lorsch in Hessen tot aufgefunden wurde. Beide hatten Schußwunden im Kopfe. Aus einem zurückgelassenen Briefe geht hervor, daß sie freiwillig aus dem Leben geschieden sind. Lydnachricht. Bei einem Streite zwischen Arbeitern, die in Dorstel an der Ahr am Bahnanbau beschäftigt sind, wurde einer der Beteiligten erschossen. Seine Freunde verfolgten den Mörder und durchschnitten ihm den Hals. Beim Bau einer Rheinbrücke in Achaffenburg stürzte ein Wägerüst ein und rief mehrere Arbeiter mit sich in die Tiefe. Einer von ihnen wurde getötet, mehrere erlitten schwere Verletzungen. Erdbeben in Spanien. In Almeria wurde am Dienstag nachmittag ein leichtes Erdbeben verspürt. Die Bevölkerung schickete entsetzt ins Freie. Personen wurden nicht verletzt, doch sind mehrere Häuser eingestürzt. Ein Dorf in Spanien. Wie ein Telegramm aus Budapest meldet, steht die ungarische Ortschaft Szeloncz in Flammen. Das Feuer hat bereits eine solche Ausdehnung genommen, daß wenig Hoffnung besteht, die Ortschaft vor der gänzlichen Vernichtung zu retten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkammer unter Lindenstraße Nr. 69, born vier Treppen — Nr. 11 u. 12, wochentäglich von 2 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags hier. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Vermerk anzugeben. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trägt man in der Ehrenkammer vor.

N. 2. 1. Das ist ein Scheidungsgrund. Die Zeugnisabfertigung wird in der Regel als Jugendsünde angesehen. 2. Ausforderung ist nicht erforderlich. 3. Die Erlangung eines Urteilsurteils ist abhängig von den Einkommens- und Vermögensverhältnissen. — N. 3. 31. 1. Die Klage muß von einem bei dem betreffenden Gericht zugelassenen Rechtsanwalt unterzeichnet sein. 2. Bei der Anwaltsklage. — Weiter. An den Mann nur dann, wenn die Frau ihm Unterhalt gewährt hat. — N. 3. 39. 1. Ja. Verjährung liegt noch nicht vor. 2. Vor dem Magdalenen-Gewerbegericht. — 100 M. Berlin erhebt keine Schankkonzessionssteuer. — N. 97. Ja. — N. 98. 312. Zur Zahlung der Kosten hat Sie verpflichtet, da Sie die Einstellung des Verfahrens beantragt haben, ohne einen Vorbehalt wegen der Kosten zu machen. — N. 9. 125. Verlegen Sie den Art. — N. 9. 100. Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ und Dreeslauer „Volkswacht“. — N. 6. Unseres Erachtens nicht. — Alimentation 4. 1. und 2. Es ist Sache des Vormundes, bei der Polizeischlechte Ermittlungen nach der Wohnung anzustellen. Ist die Arbeitshilfe des Schuldners bekannt, so kann bei dem zuständigen Amtsgericht die Forderung des Lohnes beantragt werden. 3. Die „Velpziger Volkszeitung“ wird Ihnen auf Anfrage darüber Auskunft erteilen. — N. 9. 296. 1. Ja. 2. Das ist Architekt und im Bürgerlichen Gesetzbuch nicht behandelt. — Nr. 100. G. V. 1. Verjährung liegt nicht vor. 2. In der Regel mit einer Geldstrafe, deren Höhe der Richter festsetzt. — Ernst 23. 44. 1. Ja. 2. und 3. Nein.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Landberger Viertel.
(Bezirk 411, Teil II.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Arbeiter
Paul Hannemann
Winger Straße 88
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 25. August, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Bartholomäus-Kirchhofes in
Weißensee, Falkenberger Straße,
aus statt. 200/10
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 17. August verstarb durch
Unfall unser Mitglied, der Maler
Paul Koboldt
Hofstraße 18.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Freitag, den 26. August, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Hellands-Kirchhofes in
Weißensee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Robert Lämmerhardt
am 21. August gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 25. August, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle
des Thomas-Kirchhofes in
Königsplatz aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
887/15 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maurer Deutschlands
Bureau: Engelufer 15, III. Zweigverein Berlin. Telefon: Amt IV, 4093
Sonnabend, den 27. August, in Riem's Festhallen, Gasenheide 13-15:
19. Stiftungsfest des Zweigvereins
bestehend aus
Konzert, Theater- und Spezialitätenvorstellung
unter freundlicher Mitwirkung des Gesangvereins Berliner Maurer.
In drei Sälen: **Großer Saal.**
Eröffnung 8 Uhr. Anfang des Konzerts 4 Uhr.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. Bei ungünstiger
Witterung ist für 1500 Sitzplätze unter Zelten gesorgt. Das Komitee.
Hierzu ladet freundlich ein
Das Komitee.
Das Bureau des Zweigvereins ist am Sonnabend, den 27. August, dem Tage des Stiftungsfestes,
von 1 Uhr mittags an, geschlossen. 188/18 Der Zweigvereinsvorstand.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Arbeiter
Fritz Boleck
am 22. August im Alter von
54 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 26. August, nach-
mittags 5 Uhr, von der Halle
des Bartholomäus-Kirchhofes in
Weißensee, Falkenberger Straße,
aus statt. 193/8
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
71/9 Die Bezirksverwaltung.

**Verband der Maler,
Fadierer, Anstreicher usw.**
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
Paul Koboldt
am 17. August gestorben ist (Unfall).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 26. August, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Halle
des Hellands-Kirchhofes in
Weißensee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
129/15 Die Ortsverwaltung.

Turnverein „Fichte“
(Mitglied des N.-L.-V.)
Nachruf.
Am 16. August verunglückte der
Jugendturner
Fritz Gerischer
bei der Arbeit tödlich und fand
die Beerdigung am 22. August
auf dem Städtischen Friedhofe in
der Müllerstraße statt.
Ehre seinem Andenken!
289/5 Der Vorstand.

**Zentralverband der Maschinisten und Heizer
sowie Berufsgenossen Deutschlands**
Verwaltungsstelle Groß-Berlin.
Sonnabend, den 27. August 1910, abends 8 Uhr:
Versammlung
in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58-59.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Brückner über: „Die Reichs-
versicherungsgesetzgebung“. 2. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.
145/16 G. R.: H. Schwittau.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schlosser
Willi Ebertier
am 22. d. Mts. an Herzleiden
gestorben ist. 120/23
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 25. August, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes in
Tegel aus statt. 120/21
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Töpfer
Deutschlands**
Filiale Berlin.
Todesanzeige.
Am Dienstag, den 23. August,
verstarb der Kollege
Alex Saturn
(Bezirk Schneberg)
im Alter von 43 Jahren an der
Lungenentzündung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 26. August, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Matthäus-Kirch-
hofes in Marienhöhe bei Südenze
aus statt. 193/8
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Am 23. August verstarb unser
Mitglied, der Buchbinder
Karl Albrecht
im Alter von 31 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag,
den 26. d. Mts., nachmittags 5 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Sankt
Georgen-Kirchhofes in der Land-
berger Allee aus statt. 623/8
Das Personal der Buchdruckerei
H. S. Herrmann.

Zentralverband der Hausangestellten
Donnerstag, den 25. August, abends 8 1/2 Uhr,
in den Kaiser-Friedrich-Festhallen, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 24:
Große Dienstboten-Versammlung.
Thema: „Branchen Dienstboten eine Fachausbildung
für ihren Beruf?“ Referentin: Fel. Ida Boor.
Danach freie Aussprache. 289/6

Für die bewiesene herzliche Teil-
nahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und guten Vaters
lagen an diesem Wege Ihren herz-
lichen Dank!
615/6
Frau Theuer und Kinder.

**Sieben erschienen:
Die deutsche Gewerkschafts-
bewegung.**
Von Karl Legien.
Zweite, ungarbeitete Auflage.
Preis 25 Pf.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW., Lindenstr. 69
(Aden).

Berliner Uk-Trio.
Felix Schauer
Nible's Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag, Sonnabend
und Sonntag: 419/9
Großer Ball.
C. Nible.

Arbeiter-Wanderbund
„Die Naturfreunde“.
Wanderfahrten
am Sonntag, den 28. August 1910.
1. Hin- und Rückfahrt. Abfahrt
Berliner Fernbahnhof 6 1/2 Uhr vorm.
2. Botanischer Garten (Tablens).
Treffpunkt: Bahnh. Steglitz 1/2 1/2 Uhr
nachm.
Gäste willkommen. 2/10
Ausführliche Programme
bei Gebte, Dogenstr. 19, zu haben.

**Wegen Aufgabe
unserer Verkaufsräume, Hochstraße 3**
**Anzugstoffe, Winter-
Paletostoffe,
Damentuche**
[pottdillig, unter Preis. 278/2
Koch & Seeland, Gesellschaft m. b. H.
Hochstraße 2.

Wer-Stoff-hat!
Herzige Herrenanzug oder Paletot von
20 M. an, feinste Futaten, auf Hochhaar,
zwei Anproben, für guten Sitz bekam
gold. Medaille. Bitte zum Anprobieren
um Ihren Besuch, da keine Vertretung.
Ein Versuch führt zu dauernd. Kundenschaft.
Ludwig Engel, Franzosier
Str. 23, II, Alexanderplatz. Begr. 1892.
Siehe auch: Durchzug I. Teil, 1910,
Seite 552, unter N. 60/6
**Tuchreste zu Anzügen,
Paletots und
Hosen** [pottdillig! Reuefle Kutter!
Sofastoffe
Auswahl aller Qualitäten!
Wolle-Reste! Moquettes
Pflach-Satteltaschen
**Zimmer- und Treppen-
Läuferstoffe**
Koccos, Haargarn, Velour etc.
Muster bei näherer franko.
= Angabe =
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158

Theater und Vergnügungen

Donnerstag 25. August
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Königl. Opern-Theater.
Der Waffenschied.
Königl. Schauspielhaus. Der
Widerpenigen Jähmung.

Anfang 8 Uhr.
Deutschd. Simpson und Della.
Kamerapiele. Liebesmalzer.
Kessing. Die verurteilte Waise.
Berliner. Kallum.
Komische Oper. Sigismunde.
Kleines. Logogryph.
Neues. Rosenkranz.
Wesling. Im Landeshof.
Neues Schauspielhaus. Kaffee.
Wesling. Die geschiedene Frau.
Thalia. Polnische Witschaft.
Schiller u. Wagner. (Theater.)
Die Förster-Christi.

Schiller. Charlotteburg. Japsen-
reich.
Berliner Volksoper. Al-Heidel-
berg. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Lützen. Der Graf von Monte
Christo.

Heibel. Dem gehört Helena?
Der Ruh auf der Redoute. (An-
fang 8 1/2 Uhr.)
Neues Operetten. Der Graf von
Luxemburg.
Lustspielhaus. Das Leutnants-
mündel.

Herrnsfeld. Die Welt geht unter.
Wenn zwei dasselbe tun.
Rosa. Ein seltsamer Fall.
Trianon. Pariser Witwen.
Soltes Caprice. Die böse 13. —
Die teuflische Toilette. (Anfang
8 1/2 Uhr.)

Volgt. Lebenswellen.
Puhmann. Am Rande des Ab-
grunds. (Anfang 1/2 Uhr.)
Metropol. Kalliope!! — Die große
Revue.

Apollon. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Waldhalla. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Prater. Schützen-
Schweizer-Garten. Spezialitäten.
Eternos.

Max Altem. Spezialitäten.
Voltegarten. Der Sigismundbaron.
Urania. Landbesuche 18. 19.
Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze
zum Bayern.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Die verurteilte Glucke.
Freitag 8 Uhr: Das Konzert.
Sonntags 8 Uhr: Der Widerspen-
stige Körner.
Sommerpreise: Part. 5, 4 u. 3 R. 10.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taufun.**
Morgen: **Taufun.**

Neues Theater.
Täglich:
Kasernenluft.
Anfang 8 Uhr.

Berliner Volksoper.
Heute 1/2 Uhr:
Gastspiel des Neuen Schauspielhauses:
Al-Heidelberg.

Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Die geschiedene Frau.
Operette von Leo Fall.

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akten von H. R. Wanner
u. K. Rodants. Musik v. Franz Lehár.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Im Landeshof.
Schwank in 3 Akten von Hennequin
und Heber.
Morgen und folgende Tage dieselbe
Vorstellung.
Sommer-Preise.

Luisen-Theater.
Letzte Woche! Donnerstag 8 Uhr:
Der Graf von Monte Christo
Schauspiel in 7 Akten nach A. Dumas.
Freitag: **Auf der Goldwaage.**
Sonntag 8 Uhr: **Der Graf von
Monte Christo.** Abends 8 Uhr:
Der stille See.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Täglich Anfang 8 Uhr:
Ein seltsamer Fall.
Auf der Gartenbühne: Theater-
vorstellung. Spezialitäten. (Neues
Programm.) Anfang 4 1/2 Uhr.

Casino-Theater
Lothringer Straße 57. Täglich 8 Uhr.
Wieder-Eröffnung
10. Saison.
Sonntags, den 27. August:
Der schneidige Rudolf.
Rudolf Wundelmann: Dir. v. Berg.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich: **Schützen-
Sänger.**
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
8. Sept.: Gr. Kinderfreudenfest.

Urania.

Wissenschaftliches Theater
Tanzenstraße 48/49.
Heute abends 8 Uhr:
**Von der Zugspitze zum
Watzmann.**

2000
LOGISCHER
GARTEN
Täglich:
**Großes Militär-
Doppel-Konzert**
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Ausstellungshalle am Zoo.
Täglich 6-11 Uhr:
Riesen-Kinematograph.

Passage-Panoptikum.
Bodhas dunkles Geheimnis.
**Der Mann mit dem
eisernen Schlund!**
Von 4-7 Uhr
Vitascope-Theater
Aquanopticum
Experiment aus der 4. Dimension
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ein einziger Erfolg!
**In einem amerikanischen
Bulldog-Tingeltangel.**
La mime espagnole
Zoraita
und das großartige August-
Programm.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel

Trianon-Theater.
Heute u. folgende Tage (Anf. 8 Uhr):
Pariser Witwen.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollon
Theater
Letzte Woche
des
unübertroffenen
komischen
August-Programms.

WINTERGARTEN
Das Eröffnungs-Programm.
Dorothy Toy
die stimmphänomenale amerik.
Sängerin.
Mizzi Wirth, bestbek. Operettenstar.
Paul Cinquevalli, Meister-Jongleur.
The eagle and the girl, mystischer
Illusionsakt.
Paulton u. Ooley, kom. Redfahrer.
Morris u. Leona, amerik. Tänzer-
paar.
Rajah, ägyptische Tänzerin.
Bert Levy, Zeichner eigen. Genres.
Collins u. Hart, Exzentri-Parodist.
Arlie L. Goodale, Evolutionen im
Riesensreifen.
The 12 Sunshin girls, englisches
Gesangs- und Tanz-Ensemble.
Biograph.

Reichshallen-Theater.
Von nun wieder täglich:
**Stettiner
Sänger**
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr

Herrnsfeld
Theater
Die größten Schlager
der letzten Saison:
**Die Welt geht unter! und
Wenn zwei dasselbe tun**
mit Anton und Donat Herrnsfeld.
Bühnenverf. 11-2 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theat.)
Gottscheld-Oper.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Förster-Christi.
Operette in 3 Akten v. Georg Jarno.
Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.
Sonntags, nachm. 3 Uhr,
bei ermäßigten Preisen: **Udine.**
Sonntags, abends 8 Uhr:
Der Förster-Christi.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Drama in 4 Aufzügen von Franz
Adam Bergerlein.
Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Goldene Herzen.
Sonntags, abends 8 Uhr:
Brester's Millionen.

Freie Volksbühne
Die Mitgliedskarten müssen noch heute aus
den Zahlstellen abgeholt werden, da dieselben
sonst an neue Mitglieder ausgegeben werden.
Neue Mitglieder können sich in allen Zahl-
stellen anmelden.

Eröffnungsvorstellungen
Thalia-Theater
Galsworthy: 4. September:
Kampf.
Abt. 9/10 (Gruppe 40-43)
Neues Schauspielhaus
Björnson: 4. September:
Ueber unsere Kraft.
Abt. 1 (Gruppe 1-4)

Herrnsfeld-Theater
Sonntag, 13. September:
v. Schönthan-Kadelburg:
Der Herr Senator.
Abt. 11/12 (Gruppe 49-51)
Extravorstellung
im Lessing-Theater
Sonntag, 20. November:
Hartleben:
Rosenmontag.

Lessing-Theater
Bahr: 4. September:
Das Konzert.
Abt. 3 (Gruppe 9-13)
Residenz-Theater
Gavault: 4. September:
Die 300 Tage.
Abt. 8/9 (Gruppe 35-38)

Abendabteilungen
im
Neuen Schauspielhaus
5., 12., 19., 26. September
Raffles.
3., 10., 17., 24. Oktober
Molière:
Tartuff.
31. Oktob., 7., 14., 21. November
Ueber unsere Kraft.

Der Vorstand. I. V. G. Winkler.

Schloß Weissensee.

Heute Donnerstag: **Elitetag.** **Großes Marschall-Konzert.**
Internationale Ringkampfs-Konkurrenz.
Es ringen: Wankredo, Italien, geg. Brader, Schöneberg. **Sauer.**
Bayern, gegen Madraill, Armenien. Michailoff, Rußland, gegen
Wellingrath, Hamburg. **Nolan.** Deutschland, geg. Hedding, Hamburg.
Vor den Ringkämpfen: **Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
Im Bal champetre: **Grand Elite-Ball.**
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr, der Ringkämpfe 9 1/2 Uhr. Auto-Freil-
fahrt vom Alexanderplatz (Nicht) 6 1/2 Uhr. Morgen Fortsetzung.

Luna-Park
TERRASSEN
HALENSEE
Größter Vergnügungspark
des Kontinents.
Sensationelle Attraktionen, Translatour- und Militär-
Kapellen, Oberbayerische Sänger und Schuhplattler.
Neu! Tanagra, das achte
Weltwunder.
Eintrittspreis 50 Pf.
Sonntags, den 27. August:
Elitetag.
Tausend und eine Nacht.
Feenhafte Parkbeleuchtung durch 16 Schiffsscheinwerfer.
Magische Beleuchtung. Aladins Wunderlampe.
Dirigentengastspiel von Viktor Holländer
mit dem Translatour-Orchester. Sensationelle Attraktionen.
4 Kapellen, Konfettischlacht, Luftschlangen.

Volgt-Theater
Gesundbrunnen Badstr. 58.
Donnerstag, 25. August, 1/2 8 Uhr:
Lebenswellen.
Gr. Lebensbild mit Gesang und Tanz
in 4 Bildern von H. Witten.
Das große Augustprogramm.
Solleneröffnung 9 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Polzmarktstr. 72, Ede Alexanderstraße.
Inhaber: Max Schindlerhauer.
Im herrlichen Naturgarten (bei un-
günstiger Witterung im Theateraal).
Les Fleurs, Damb- u. Reppelquibis.
Klo? des Teufels Wästel.
The Willabus, Champion-Rai-III.
Rittwochs: **Freitanz.**
Anfang wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 8

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
**Konzert, Theater,
Spezialitäten.**

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910

30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich **Doppel-Konzert.**
Eintritt: 10-6 Uhr 1 R., v. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauer: 6 R.

Karl Haverland-
Theater präg. 7 1/2 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Das wunderschöne
Eröffnungs-Programm.

Burgtheater-Kinematograph

norm. Groterjan, Einb.: Rud. Metz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9553.
Lebende Photographien.
Während der Sommermonate nur
Sonntags, Sonntag u. Montag.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig, 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets wechsl. Progr. Jed.
Sonnt. i. Oberland: Künstlerkonzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.
Täglich: Freitonzert.

CIRCUS
Cyril Hatlé
Pankow, Berliner
straße
(n. d. Schönhauser Allee)
Kleine Preise!
Wochentags:
Galerie M. 0,30
1. Platz 0,60
2. Platz 0,80
3. Platz 1,-
Sperrsitze 1,50
Logenplätze 3,-
Fremdenlogenplätze 4,-
Sonntags- und Festtags:
Galerie M. 0,40
1. Platz 0,80
2. Platz 1,-
3. Platz 1,50
Sperrsitze 2,-
Logenplätze 3,-
Fremdenlogenplätze 4,-
Heute Donnerstag, 25. August,
abends 8 1/2 Uhr:
**Bravour-Abend u. neuen
Schlagern.** Freitag, 26. Aug.,
abends 8 1/2 Uhr:
Gr. Clown- u. Komikerabend.
Die Straßenbahnlinie 51,
57, 45, 47, 49 führen zum Circus
Hatlé, welcher 2 bzw. 4
Minuten von d. Ringbahn-
höfen Schönhaus. Allee bzw.
Pankow - Nieder-Schönhaus.
entfernt liegt.

Puhlmanns Theater
Schönh. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.
Auf allefassen Wunsch:
Die Blumenfeste.
Bilder a. d. Lebenslicht, e. Verlorenen.
Räte . . . Räte Reich.
Stolpe . . . Dir. C. Reich.
Vorher und nachher: Spezialitäten.
Anfang des Konzerts 1/2 Uhr.
der Vorstellung 1/2 Uhr.
In den Pausen u. nach d. Vorst.: Ball.
Freitag Premiere: **Geniehet das
Leben.**

Walhalla-
Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 1/2 Uhr.
**Die amüsantesten
Spezialitäten.**

Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: Rudolf Krüger.
Hasenheide 13/16, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
**Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.**
Artist. Leitung: Walter Gravenitz,
Kapellmeister: Max Wolffheim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 1/2 8 Uhr.

Schweizer Garten
Am Königster - Am Friedrichsbain.
Täglich abends 1/2 10 Uhr:
Eternos
oder:
Berlin arm und reich.
Volksstück mit Ges. in 2 Akt.
Vorher: **Spezialitäten.**
Volksbelustigungen, Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Sprees-Garten
Treptow.
(Gegenüber der Sternwarte.)
Heute Donnerstag:
Elitetag.
Großes Militär-Konzert.
Kapelle d. Kadetten-Korps.
Kapellmeister: Max Jock.
**Monster-Gala-
Feuerwerk!**
Brillant-Höhen-Wasser- und
Fronten-Feuerwerk.
Neues Schlußstück. Neue Piecen.
Pyrotechniker Adolf Bock.
Anfang 7 Uhr. Entree 25 Pf.
Kinder unter 10 Jahren frei.
Im Riesensaal: **Heute:
Großer Ball.**

Sanssouci
am Kottbuser Tor.
Eröffnung
des prächtig renovierten
Varieté-Theaters
Anfang September.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Victoria-
Brauerei-Löswat. 111/112
Im Garten oder Saal: Täglich
Gr. humorist. Soiree.
(Gefangenenstücke, Theater und
Varieté-Vorstellungen.)
Sonntags, Dienstag, Donnerstag,
und Sonnabends: **Tanzkränzen.**
Anf.: Wochentags 8, Sonntags
7 Uhr. — Alle Dons gültig.
Im Restaur.: Mittagsstück 75 Pf.
Gr. u. K. alle zu je nach Belieben
aller Art. Max Saenger.

Partei-Angelegenheiten.

Für Lokalfiste. Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß die von der Handwerkerkammer erbauten „Kammersäle“, Oekonom Herr Palm, Teltower Straße 1-3, Ecke Velleallianzstraße, nach wie vor gesperrt sind.

Die Rekonstitution der Lokalkommission ist nunmehr erfolgt und an Stelle des aus der Kommission ausgeschiedenen Genossen Richard Henschel der Genosse Albert Bahnsch, C. 54, Auguststraße 51, A. IV. zum Obmann der Lokalkommission gewählt worden.

Steglich-Friedenau. Der nächste Familienausflug findet am Sonntag, 11. September, statt. Treffpunkt nachm. 2 Uhr an der Westseite der Wanneseebahnhöfe Steglich und Friedenau.

Pantow. Am kommenden Sonntag, den 28. d. M., findet eine Agitationstour nach den ländlichen Bezirken statt. Wir ersuchen die Parteigenossen, sich sehr zahlreich daran zu beteiligen.

Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

In der Diesenthaler Forst.

Wir fahren mit einem der in der achten Morgenstunde oder noch früher vom Stettiner Hauptbahnhof abgehenden Personenzüge nach der Station Melchow hinter Diesenthal.

In Melchow gehen wir über die Bahngleise und neben diesen im Walde nördlich weiter. Wo endlich der Bahnkörper durch einen Fahrweg untertunnelt wird, folgen wir diesem nach links immer gen Norden weiter, in der Richtung nach Schöpfung.

Wo nach längerer Zeit ein anderer Fahrweg in sehr spitzem Winkel abgeht (Forstprivatweg steht auf einer Tafel an einem Baume, was nur ein Verbot für Wagen ist), folgen wir ihm nach links.

Die Wegebezeichnungen in diesem Waldrevier sind sehr dürftig und stark und Kompaz notwendige Requisiten des Wanderers. Man halte sich nur auf breiten, deutlichen Wegen und vermeide vergraute Pfade, die einen gründlich in die Fere leiten können.

Der Fall Vock in der Schuldeputation.

In der gestrigen Sitzung der Schuldeputation, der ersten nach den Ferien, unter dem Vorsitz des Stadtsyndikus Dr. Dirseborn berichtete Stadtschulrat Dr. Fischer ausführlich über die Angelegenheit des Direktors Vock.

Wie die „Berl. Volks-Ztg.“ meldet, seien ihr von einwandfreier Person Angabe gemacht worden, wonach der vorgelegte Schulinspektor Vock schon vor drei Jahren Mitteilungen über Vock's Verfehlungen erhalten habe.

neten Berlins von diesen Dingen Kenntnis erhalten. Das Blatt meldet, wie es meint, um der Schuldeputation Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben, folgendes:

„Während dem Rektor Vock und einem an seiner Schule tätigen Lehrer bestand schon vor Jahren bittere Feindschaft, weil der Lehrer es auf hinterhältige Treibereien Vock's zurückführte, daß seine Bewerbung um eine Rektorstelle erfolglos blieb.“

Die weitere betont wird, war Vock ein regelmäßiger Besucher der katholischen Kirche und habe sogar seine Lehrer wegen zu geringen Kirchenbesuches denunziert.

Die Massenunfälle durch Umschlagen der Ruderboote, wie wir sie fast jeden Sonntag erleben, haben, so wird uns von sachmännlicher Seite geschrieben, eine ganz bestimmte Ursache, die nicht oft genug in den Bereich der Warnungen gezogen werden kann.

Unserem Ruderergänzen auf den Seen in der Nähe Berlins dienen leider nuchsalenartig gebaute Kielboote, die der Volksmund längst treffend mit dem Namen Seelenverkäufer getauft hat.

Die Bauart dieser gefährlichen Kielboote unterstützt aber die Häufigkeit der Gefahren in ganz besonderem Grade. Abhilfe ist nur zu schaffen mit einer durchgreifenden Verordnung der Aufsichtsbehörde, die den Bootbesitzern vorschreibt, allmählich zu einer anderen Bauweise der Boote überzugehen.

Erst im Laufe der letzten 25 Jahre, mit der Zunahme des Verkehrs nach den Vororten und Seen, sind auch die Seelenverkäufer an die Stelle der sicheren Fischerboote getreten, die gerade deshalb so sehr den Vorzug verdienen, weil die unklugigen Wasserfahrer des Sonntags bei weitem nicht den vielen Gefahren ausgesetzt sind, wie auf den jetzt üblichen Rippbooten.

Ein zweites Blätterauschlagen kann man gegenwärtig an manchen Laubbäumen beobachten. Besonders sind es die Lindenarten, die unter dem nahelassen und windreichen Sommerwetter zu leiden hatten, früh gelbten und welkten und jetzt mit einem zweiten Blatttrieb kommen.

Zwei schwere Straßenbahnunfälle ereigneten sich vorgestern nachmittag am Köllnischen Fischmarkt und in der Velle-Allianz-Straße.

Fischmarkt kurz vor dem Motowagen 2713 der Linie 78 das Gleis mit einem Dreirad zu kreuzen. Da kurz vorher gesprengt worden war, schleuderte das Vehikel und geriet mit dem linken Hinterrad in die Schiene.

Der zweite Unfall trug sich in der Velle-Allianz-Straße, Ecke der Baruther Straße, zu. Dort kam die 34-jährige Frau Jakob, Klyfstraße 19 wohnhaft, beim Verlassen des Motowagens 1744 der Linie 78 zu Fall und wurde von dem vorüberfahrenden Pferdeomnibus der Linie 17 überfahren.

Aus dem Sonnenburger Justizhaus entflohen ist der frühere Schankwirt Karl Stoh, der in Berlin und der näheren Umgebung zahlreiche Straftaten verübte. In aller Gedächtnis ist noch der Riesenbiefahl, den er am 21. November 1908 auf Schloss Trampe bei Eberswalde, dem Eigentum des Grafen v. d. Schulenburg, ausübte.

Die Behandlung von Leichen Verunglückter. Zu der Notiz „Nur eine Proletarierleiche!“ in der gestrigen Vorwärtsnummer wird uns noch geschrieben: Polizeibeamte können nicht immer genau informiert zu sein, wie sie in solchen Fällen zu verfahren haben.

Ausruhr im Regerdorf. Zu bedrohlichen Ausritten kam es am Mittwochnachmittag im Lunapark. Eine Anzahl Reger wollten das Sornaldorf verlassen, um auf dem Gelände des Vergnügungsetablisments umherzuspazieren.

Dem immer mehr um sich greifenden Unwesen der Kartenlegerinnen und Wahrsagerinnen sucht die Kriminalpolizei jetzt durch Einhalt zu tun, daß sie unerwartet in den Klammern, in denen die Zukunft enthüllt wird, erscheint, um Jengen zu ermitteln, durch deren Belandungen eine Verurteilung herbeigeführt werden kann.

Die Pfaffennummer des „Wahren Jacob“ (Nr. 628) — die gegenwärtig vergriffen ist — gelangt vom Sonnabend früh ab in der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69, erneut zur Ausgabe.

Selbstmord auf dem Müggelsee. Einen Selbstmord unternahm am gestrigen Abend zwischen Rübengrund und Pringengarten ein unbekannter, etwa 40-jähriger Mann, der, nach seiner Kleidung zu urteilen, dem besseren Ständen angehört.

Ein großer Dachstuhlbrand beschäftigte die Feuerwehr in der gestrigen Nacht in der Rodenbergstraße 38. Dort standen nach Mitternacht mehrere Bodenbergschläge mit Inhalt an altem und neuem Hausrat, das Dachgebälk usw. in großer Ausdehnung in Flammen.

Der Tischler Schmalle aus Weiffensee, der bekanntlich seinen dreifährigen Sohn im Grunewald mit Nhol vergiftete, ist gestern vom Amtsgerichtsgefängnis Charlottenburg behufs Untersuchung seines Geisteszustandes nach Moabit in das Lazarett des Untersuchungsgefängnisses übergeführt worden.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Wie die Kirche das Sterben besteuert. Ein Charlottenburger Bürger, der seit langen Jahren in Charlottenburg wohnt, teilt der „Neuen Zeit“ folgendes mit: „Aus Anlaß einer Familienfeier kam mein Sohn mit seiner Frau und seinem dreiviertel Jahre alten Kinde zu mir nach Charlottenburg zu Besuch. Nach einigen Tagen erkrankte das Kind. Nachdem wir im Hause unter Hinzuziehung von drei Ärzten alles versucht, schafften wir das Kind auf Anraten des Arztes in das Kaiserin-Auguste-Viktoria-Kinder- und Säuglingsheim in Charlottenburg. Aber auch hier war alle Hilfe vergebens; unser Liebling starb. — Nun mußte das Kind beerdigt werden. Der zuständige Friedhof für das Säuglingsheim, in dem der Kleine gestorben, ist Stahnsdorf, obgleich ich nach meiner Wohnung, die ich seit 18 Jahren inne habe, in Charlottenburg zur Laufgemeinde gehöre, die am Fürstenbrunner Weg ihren Begräbnisplatz hat, auf dem auch bereits zwei meiner Familienangehörigen, meine vor zehn Jahren verstorbene Frau, die leibliche Großmutter des Kindes, und mein vor 18 Jahren verstorbener Sohn ruhen. Ich bat nun, man möchte mir gestatten, auch meinen kleinen Enkel auf diesem Friedhof zu beerdigen, da doch nach dem Reglement Nichtparochianen auf dem betreffenden Kirchhofe Beisetzungen erhalten können, wenn Blutsverwandte bereits dort liegen. Da wurde ich belehrt, daß zwischen Großmutter und Enkel eine derartige Blutsverwandtschaft nicht existiere. Diese bezieht sich nur auf Ehegatten und Geschwister; was darüber ist, ist vom Liebel! Wenn ich aber 203,50 M. entrichten wollte, so könnte ich auf dem alten Luisenkirchhofe eine Grabstätte erhalten! Und das alles, weil das Kind zwei Tage nicht in meiner Wohnung war und nicht dort starb. Wir haben es vorgezogen, lieber die Eisenbahn, als die Kirche, das Geld verdienen zu lassen, und schafften das Kind 130 Kilometer weit von Charlottenburg nach seinem Heimatsort. — Das kostet rund 100 M. weniger!“

Und bei einem solchen Gebaren mündert sich die Kirche noch über den Rassenaustritt aus der Landeskirche. Aus dem Schreiben erhellt aber außerdem, daß es dringende Pflicht der städtischen Behörde ist, die Anlage eines städtischen Friedhofs zu beschleunigen!

Von einem tragischen Schicksal ist die Familie Scalla, Stuttgarter Platz 18, betroffen worden. Wie noch erinnerlich sein dürfte, verübte im September 1909 der Obersekundaner Kurt Scalla gemeinsam mit einem Freunde Selbstmord, dessen Beweggründe bis heute noch nicht aufgeklärt sind. Der Verlust des Sohnes untergrub den Gesundheitszustand der Mutter derartig, daß sie im Frühjahr dieses Jahres völlig zusammenbrach und vor etwa einem Monat ihrem Leiden erlag. Diesen doppelten Schicksalsschlag vermochte der Gatte der Verstorbenen nicht zu überwinden; seit dem Tode seiner Frau kränkelte er und ist nun ebenfalls vor einigen Tagen verstorben. Von der ganzen Familie ist nur noch eine neunjährige Tochter übrig geblieben, die von Verwandten aufgenommen worden ist.

Auf dem Internationalen Arbeitslosenversicherungs-Kongress in Paris vom 18. bis 21. September wird die Stadt Charlottenburg durch den Stadtrat Professor Dr. Spiegel, den Direktor des Statistischen Amtes Dr. Badde und den Bürgerdeputierten Professor Dr. Jastrow vertreten sein. In Charlottenburg hat eine Deputation auf Grund einer ausführlichen Denkschrift des Direktors Dr. Badde und des Professors Dr. Jastrow die Beratungen über die Einführung einer städtischen Arbeitslosenversicherung fast zu Ende geführt, so daß sich Magistrat und Stadterordnete in den kommenden Monaten mit der Frage beschäftigen werden.

Nizdorf.

Aus den letzten Magistrats-Sitzungen. Der Magistrat erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, an Verhandlungen der größeren Berliner Gemeinden teilzunehmen, die die Veränderung der Post- und Fernsprechnetzbezirke in Groß-Berlin zum Gegenstande haben. Mit dem von dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg übermittelten Entwurf eines neuen Niederschlagsabgabensatzes der Volksschullehrer und Lehrerinnen der Provinz Brandenburg ist der Magistrat einverstanden. Mit der Entgegennahme der Auflassung des Elisabeth-Kinderhospital-Grundstücks bereits im Laufe des September 1910 erklärt sich der Magistrat einverstanden. — Dem Entwurfe einer Ergänzung der Straßenordnung vom 7. August 1909 wird unter der Voraussetzung einer allgemeinen Regelung der Materie für ganz Groß-Berlin und mit der Maßgabe zugestimmt, daß die Fahrzeuge der städtischen Straßenreinigung, der Feuerwehrt und die Sprengwagen von der neuen Bestimmung nicht betroffen werden sollen. — Die Anschaffung von weiteren zehn Rähnen zur Erhöhung der Milchproduktion für das städtische Krankenhaus und die Erprobung für sieben Rähne für Brunsdorf wird genehmigt.

Zeugensuch. Am 24. Februar d. J. mittags wurde in Nizdorf in der Bergstraße an der Kirchhofstraße ein Kind von einem städtischen Omnibus überfahren. Passanten, welche den Vorgang gesehen haben, werden dringend gebeten, ihre Adresse bei G. Schmidt, Nizdorf, Altemeyerstr. 4, abzugeben.

Schöneberg.

Selbstmord eines Desraubanten bei der Verhaftung. Nach Verübung größerer Unterschlagungen — es handelt sich angeblich um circa 25 000 M. — hat gestern der 31jährige Kaufmann Siegfried Wongschowski, Golystr. 31 wohnhaft, seinem Leben ein freiwilliges Ende gemacht, in dem Augenblick, als er von Schöneberger Beamten verhaftet werden sollte. W., der unverheiratet ist, und bei seiner Mutter, einer Witwe wohnt, war seit einer Reihe von Jahren bei einer bekannten Damenkonfektionsfirma in der Krausenstraße beschäftigt und hatte sich durch seine Tätigkeit seit das unbedingte Vertrauen seiner Chefs erworben. Ihm wurde deshalb vor etwa zwei Jahren der Kassiererposten übertragen. Er unterschlug im Laufe der Zeit eingehende Gelder und verwandte sie für sich. Auf die Anzeige der Geschädigten hin sollte in der Nacht zum Mittwoch die Verhaftung des Desraubanten erfolgen. Wegen 12 Uhr erschienen zwei Schöneberger Kriminalbeamte in der Wohnung des Wongschowski, der noch nicht zu Bett gegangen war. Der Aufforderung der Beamten, ihnen zu folgen, leistete W. auch ohne weiteres Folge. Auf der Treppe aber jagte er sich eine Kugel in die rechte Schläfe, die ihn schwer verwundete. Der Desraubant wurde als Polizeigefangener nach dem Schöneberger städtischen Krankenhaus übergeführt, wo er am gestrigen Mittwochmorgen verstarb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Nieder-Schönebeide.

Ueber Parlamentarismus und Sozialdemokratie referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Gen. Jese- rich, Mariendorfer. Nach dem Referat entspann sich eine rege Diskussion, in deren Verlauf auch der badische Disziplinbruch scharf verurteilt wurde. Den Bericht von der Generalversammlung des Kreises erstattete Genosse Dehnel. Die vom Kreis beschlossene Beitragserhöhung auf 40 Pf. wurde bekämpft. Sollte der erhöhte Beitrag doch eingeführt werden, so sei es notwendig, daß die Sammellisten wie auch die Bonds in Wegfall kommen.

Neuenhagen-Petershagen.

In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung, welche am Sonntag in Petershagen tagte, referierte Genosse St. J. über: „Was will das Volk?“ In einstündiger Rede zeigte Redner, was von dem großen „Wahltag“ des Jahres 1907 übrig geblieben ist. Der Redner sprach, der über die Sieger gekommen ist, berechtigt und zu den schönsten Hoffnungen. In den Einnahmen des Reiches zeigte der Redner, was es mit der Vaterlandsliebe der Schnapsbrenner und Industrienmagnaten auf sich hat. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen schilderte er die Segnungen unserer

kolonialpolitik. — Mit der Aufforderung an die Versammelten, sich den Organisationen anzuschließen, schloß der Redner seine trefflichen Ausführungen.

Kallberge-Rüdersdorf.

Kallberge-Rüdersdorf. Aus Anlaß der von dem Obersteiger und dem Direktor der hiesigen Kallberge gehaltenen Reden und anderer Begleitumstände bei Gelegenheit des am 23. Juli beschlossenen Vergessens hatten unsere Genossen für den 7. August eine Versammlung arrangiert, die sehr stark besucht war. Die Direktion der Kallberge bestrichete vielleicht einen gewaltsamen Umsturz. Um das zu verhindern, hatte sie einen ganzen Trupp von Beamten zur Versammlung delegiert. Wie aber gleich bemerkt werden mag, beliebten die Herren, dem Vortrage des Genossen Düwoll sehr aufmerksam zuzuhören und sich auch im übrigen trotz wiederholter Aufforderung, an der Debatte teilzunehmen, vollständig passiv zu verhalten. Mit Hinweis auf die vom Obersteiger in einer Ansprache an die Vergessenen geforderten Tugenden der Dankbarkeit, des Gehorsams, der Treue usw. und im Hinblick darauf, daß die Knappen zu dieser Veranstaltung von der Direktion befohlen waren, die Leute zum Appell erscheinen mußten, ihnen für den nächsten Tag auch ein Kridgang zur Pflicht gemacht worden war und für Nichtbefolgung sogar Strafen verhängt wurden, ohne daß es jemanden einfiel, die Leute für die aufgewendete Zeit zu bezahlen, charakterisierte der Redner das Arbeitsverhältnis als ein solches, das mit den heutigen Verhältnissen in schreiendem Widerspruch stehe. Weiter wies er nach, daß die Löhne bei verschiedenen Kategorien der Arbeiter gesunken seien, die Herren Redner auf dem Fei, die ganz allgemein behauptet hatten, die Löhne seien gestiegen, mithin objektive Unwahrheit behauptet hätten. Wie aus einer und nachträglich zu Gesicht kommenden Nummer der „Niederbarnimer Nachrichten“ bekannt wird, haben diese sich im Schwelge ihres Angehts gequält, die einwandfreien Feststellungen des Referenten etwas zu verzerren, wodurch sie auch dem Direktor des Wertes Veranlassung gegeben haben, sich ebenfalls in dem Blatte zu äußern, wobei er allerdings so vorsichtig ist, in Frage zu ziehen, ob das Blatt richtig berichtet habe. Solche Zweifel sind allerdings auch vollständig berechtigt. Düwoll hatte ganz ausdrücklich betont, daß der Direktor der Kallberge kein großschlächtiger Scharfmacher sei, sondern sich mehr als ein Patriarch fühle, der väterlich für seine Kinder sorgen wolle, im übrigen aber auch Gehorsam verlange. Auch habe er der Gehorsamstheorie des Obersteigers durchaus nicht widersprochen und auch gebührt, daß die Leute zu den Festveranstaltungen befohlen und wegen Nichterscheinens bestraft wurden. Jedenfalls zeigen die Äußerungen, die nun gemacht werden, um die Vergessenen noch weiter am Gängelbände zu führen, daß man von unserer Versammlung eine stark gegenteilige Wirkung befristet. Das kann für unsere Genossen nur eine Weisung sein, in der Agitation nicht zu erlahmen.

Weißensee.

Zwei Desraubanten wurden vorgestern von der hiesigen Polizei festgenommen. Auf einem Patrouillengang durch das Böhower Viertel beobachteten Schulkleute zwei elegant gekleidete Herren, die die Merkmale der stöberlich verfolgten Neu-Nuppiner Desraubanten besaßen, die vor einiger Zeit bei der dortigen Sparkasse 20 000 Mark unterschlagen hatten und geflüchtet waren. Die Schulkleute nahmen daher die jungen Leute fest und brachten sie nach dem nächsten Polizeibureau, wo sie ein umfassendes Geständnis ablegten. Bei den Verurtheilten wurden noch etwa 19 000 Mark in barem Gelde vorgefunden. Die fehlenden 1000 Mark hatten sie zum Ankauf neuer Kleidungsstücke verwendet.

Grünau.

Klagen über die hiesigen Schulverhältnisse werden seit einiger Zeit unter den Einwohnern laut. So wird berichtet, daß zuweilen der Unterricht erheblich gekürzt an die Kinder erteilt worden sei. Als vor einiger Zeit ein Lehrer zu einer längeren militärischen Lebung eingezogen wurde, sei der Unterricht, um einen Ausglichen zu schaffen, wesentlich gekürzt worden. Eine Anzahl Eltern der die Schule besuchenden Kinder sind mit Recht der Ansicht, daß durch einen solchen Unterricht die Kinder gegenüber anderen Orten zurückbleiben müssen. Die Schuld an diesem Zustand wird dem hiesigen Schulleiter beigemessen. Seine Aufgabe wäre es, daß unter besonderen Umständen der Schulunterricht seine Einbuße erleidet. Daß der Herr sonst sehr auf dem Kosten ist, beweist ein anderer Fall. Als der Arbeiterturnverein für die Kinder unter bewährter Leitung besondere Turnstunden und Ausflüge veranstaltete, verbat er den Kindern in allen Klassen, sich hieran zu beteiligen, angeblich auf Veranlassung der vorgesetzten Behörden. Dagegen ist den Bewohnern nichts bekannt, daß der Herr Rektor für die circa 800 Schulkinder schon einmal eine Turnhalle beantragt hätte. Diesem dringenden Bedürfnis soll jedenfalls auch erst wieder durch das sortgesetzte Drängen der hiesigen Arbeiterschaft abgeholfen werden. Ein unhygienischer Zustand ist es auch, daß es noch Klassen gibt, in denen bis zu 68 Schulkinder unterrichtet werden. Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, wenn der Ort in seiner Entwicklung gehemmt wird.

Zehdenitz.

Familien-drama. Infolge schlimmer Vermögenslage versuchte der Zigarrenfabrikant Alfred Panitzsch seine Gattin Gertha geborene Schulz durch zwei Revolverkugeln zu töten. Die Frau wurde schwer verletzt. Dann tötete er sich selbst durch einen dritten Schuß. Die beiden zwei und ein Jahr alten Kinder des Ehepaars wurden von den Schwiegereltern aufgenommen.

Wilhelmsruh.

Das Opfer einer Messerfehde ist ein Steinträger Otto Woffke aus der Leisingstr. 2 geworden. Woffke wurde am Sonntag bei einer Schlägerei durch Messerstiche verwundet. Er wurde nach dem Krankenhaus gebracht, wo er gestern infolge der schweren Verletzungen starb. Die Leiche wurde beschlagnahmt. Der Täter ist verhaftet.

Potsdam.

Ein Betriebsunfall ereignete sich am Sonnabend gegen Abend auf der Baustrecke der städtischen Straßenbahn zu Potsdam. Vor dem Hause Alte Luisenstraße 23 war der 18 Jahre alte Arbeiter Erich Rettig mit dem Anziehen einer Spannschraube des Leitungs-drahtes beschäftigt und stand dabei auf einer Leiter. Da es nicht möglich ist, bei den Arbeiten am Leitungsdraht sich Isoliermittel zu bedienen, war auch R. ohne jeden Isolierschutz. Er kam dem Stromführenden Draht zu nahe und erhielt einen leichten Schlag, der ihn von der Leiter herabwarf. Durch den Sturz erlitt R. eine Verwundung beider Hüfte und durch die Berührung mit dem Gleichstrom eine Handverwundung an der rechten Hand. Er wurde von einem Arzt sofort untersucht und dann in seine Wohnung Renniestraße 20 gebracht.

Zur Zurückzahlung von fast 20 000 Mark Umsatsteuer an die Grundbesitzer ist der Kreis Niederbarnim gelangt. Der Kreis suchte sich vor vier Jahren durch schnelle Einführung einer Umsatsteuer, noch ehe ein dahingehendes Recht den Kreisverwaltungen zugestanden war, eine nicht unbeträchtliche Einnahme zu sichern. Die Grundstücksbesitzer, welche noch rasch Abschlüsse zu machen strebten, um der drohenden Umsatsteuer zu entgehen, mußten die Kreisumsatsteuer zwar zahlen, bestritten aber deren Rechtsgültigkeit. Das Oberverwaltungsgericht gab ihnen recht, erklärte die einen Monat zu früh eingeführte Umsatsteuer für gesetzwidrig und ordnete deren Rückzahlung an die betreffenden Grundbesitzer an.

Jugendveranstaltungen.

Nichtenberg-Friedrichsfelde. Der Jugendausflug für Nichtenberg-Friedrichsfelde hat für das nächste Winterhalbjahr schon jetzt ein außerordentlich gehaltreiches Programm aufgestellt. Außer der Einführungsfeier, zu der Max Grundwald das Referat und Herr Ludwig Hasi eine Rezitation übernommen hat, schließt sich ein Kursus über Naturerkenntnis mit Lichtbildern von Engelbert Graf an. Der Kursus umfasst vier Vorträge. Anschließend daran erfolgt ein Museumsbesuch. Dann ein Winterabend mit William Burr als Rezitator. Dem schließt sich ein Musikabend an, der der theoretischen Erläuterung der Musik, Skulptur, Poesie, Malerei gemindert ist. Vortragender ist Herr Dr. Hugo Weigert. Am Mittwoch Herr Leo Reßner. Dessen folgt ein einleitender Vortrag für die Theater-vorstellung am 12. Februar 1911: „Gespensier“. Frau Wall Jepsler als Vortragende. Der erwähnten Theatervorstellung folgt dann ein vier Vorträge umfassender Kursus neuerer deutsche Geschichte. Hieran schließt sich wieder ein Museumsbesuch und dann als Schlußakt eine Frühjahrsfeier, bei der Paul Böhrer als Festredner, Hel. Marianne Geyer als Lautenschlägerin und Herr Emil Kühne als Rezitator mitwirken werden.

Kopenhagen-Rummelsburg-Stralau. Die Jugendlichen, deren Eltern sowie die Mitglieder des Jugendheims werden auf die am Sonntag, den 4. September, nachmittags 3 Uhr, stattfindende Besichtigung der Spätklassen Baumgasse aufmerksam gemacht. Treffpunkt 1^o Uhr im Jugendheim, Althagen 56, vorm. I. Almarich 2 Uhr. Im Anschluß an die Besichtigung finden Waldspiele statt. Der Jugendausflug.

Gerichts-Zeitung.

Schnelle Justiz.

Der Briefträger Friedrich Wilhelm Ludwig Bergmann, der am 28. Juli d. J. auf dem am Schlesienschen Bahnhof belegenen Postamt 17 in so jeder Weise zwei Westentaschen mit 50 000 M. unterschlagen und dann das Weite gesucht hatte, stand bereits heute, noch nicht vier Wochen nach der Tat, vor der 1. Ferienstrassammer des Landgerichts I. Die Generalpostkasse hatte zum Zwecke von Gehaltszahlungen dem Postamt 17 am 27. Juli den Betrag von 50 000 M. überwiesen, von wo er an das Bahnpostamt 4 weitergehen sollte. Das Gehalt traf spät abends beim Postamt 17 ein, mußte während der Nacht dort liegenbleiben und wurde in einem verriegelten Beutel und einem Raume aufbewahrt, in welchem während der ganzen Nacht Beamte tätig sind. Am nächsten Morgen erhielt Bergmann, der als pflichttreuer Beamter bekannt war, den Auftrag, den Beutel aus dem Aufbewahrungsort zu holen und nach der Briefausgabe zu bringen. Ihm wurde das Geld auch ausgehändigt, obgleich er es nach der bestehenden Vorschrift nur hätte erhalten dürfen, wenn er sich in Begleitung eines Postsekretärs befand. Bergmann benutzte die günstige Gelegenheit und machte sich mit der Riesensumme aus dem Staube. — Seine Flucht und Verhaftung sind bekannt.

Im heutigen Termin gab der Angeklagte zu, sich des Amtsverbrechens schuldig gemacht zu haben. Er ist 33 Jahre alt, unverheiratet und Vater eines unehelichen Kindes. Er hat in den Jahren 1895 bis 1898 beim Husarenregiment Nr. 17 in Braunschweig gedient, war danach Landarbeiter, Kutscher und später Postillon. Vom 18. Juli 1900 bis 2. Dezember 1901 hat er als Feldpostillon an der ostasiatischen Expedition teilgenommen. Danach wurde er Postbote und 1906 zum Briefträger ernannt. Bis zum 8. Januar d. J. ist er in Wilmersdorf beschäftigt gewesen und dann disziplinarisch nach dem Postamt 17 am Schlesienschen Bahnhof versetzt worden, da einige Klagen wegen Unpünktlichkeit laut geworden waren. Sein Gehalt betrug monatlich 139 M., davon wurden 10 M. monatliche Abzüge gemacht. Die Schilderung, die der Angeklagte von den Vorgängen bei und nach Ausübung der Straftat gab, stimmt in wesentlichen mit den bisherigen Ermittlungen überein. Als er im Auftrage des Postassistenten Holstein am Morgen des 28. Juli die beiden im Packraum während der Nacht aufbewahrten Geldbeutel von dem Postassistenten Seemann erbat, soll dieser gesagt haben: „eigentlich müßten es ja zwei Beute sein, wenn eine so große Summe ausgehändigt werden soll“. Ein anwesender Beamter habe ihn aber beruhigt, indem er sagte: „Das ist ja so schwer, damit wird er wohl nicht austräfen“. Der Angeklagte behauptet, daß erst, nachdem er die beiden Geldsäcke in einen größeren Sack gesteckt hatte und damit zum Postassistenten Holstein zurückgehen wollte, ihm

ganz plötzlich

der Gebanke gekommen sei, sich die große Summe anzueignen. Innerweil wollte er umkehren, aber die bessere Regung siegte nicht bei ihm: das Geld lockte ihn zu mächtig. Er beabsichtigte, mittels des Autos, welches er am 30. Juli bestellt hatte, nach Hamburg zu gelangen, dort zu versuchen, sich Legitimationspapiere zu verschaffen und über den großen Teich zu gehen. Zur Reise hatte er sich bereits bei Wertheim equipiert und sich daselbst einen Koffer, einen Regenmantel, Wäsche, einen Spazierstock, eine Reisemütze, eine Automobilbrille und Stiefel gekauft. Die Automobilfahrt sollte am nächsten Morgen 7 Uhr beginnen, in der Nacht aber wurde er verhaftet. Er hatte schon eine Ahnung, daß er ernst verfolgt würde, denn er hatte schon die Zeitungen gelesen und war deshalb doppelt vorsichtig. Trotzdem ist er in die Falle gegangen. — Auf die Frage des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Schmitz, erklärte der Angeklagte: er wisse selbst nicht, wie er zu der verbrecherischen Tat gekommen. Er habe keineswegs zu äppig gelebt, die Mädchen, mit denen er Umgang gehabt, hätten ihn zu besonderen Ausgaben nicht verführt. Er habe eine große Passion für das Theater gehabt, Kunsthallen besucht, auch selbst Musik und Gesang betrieben und sich auch für die Reitkunst interessiert. Darauf sei der Spitzname „Kittmeister“ zurückzuführen, den man ihm in Wilmersdorf zugelegt hatte. Die Offiziersuniform, die bei ihm vorgefunden wurde, habe nur Theaterzwecken gedient. — Der Zeuge, Postassistent Holstein, bestätigte, daß nach einer bestehenden Vorschrift des Postamts, wo solche Sendungen mehrfach eingehen, die Abfertigung nur an zwei Beamte erfolgen soll, sobald es sich um Summen von 50 000 M. aufwärts handelt. Als der Angeklagte am Abend des 27. Juli von dem Zeugen den Auftrag erhielt, das Geld nach dem Packraum zu bringen, habe er schon allein damit weggehen wollen, der Zeuge gab ihm aber einen zweiten Beamten mit und bedeutete ihm, daß er auch am nächsten Morgen, wenn er das Geld wieder abholte, sich einen zweiten Begleiter erbitten sollte. Er hat das aber nicht getan und in der geschilderten Weise vom Postassistenten Seemann die Geldbeutel erhalten. Letzterer kann von Glück sagen, daß noch eine so große Summe bei dem Angeklagten vorgefunden wurde. Es fehlten nur 1170 M., aus den Kleidungsstücken und Goldsachen, die der Angeklagte gekauft, werden noch 870 M. zu erlangen sein, so daß der Beamte nur noch in Höhe von 300 M. hafibar gemacht wird. — Staatsanwalt Afflerog Dr. Jacobi beantragte mit Rücksicht auf den gräßlichen Vertrauensbruch, den der Angeklagte begangen, ferner darauf, daß er nicht aus Rot gehandelt, sondern nur seinen Passionen nachgeben wollte, andererseits aber, mit Rücksicht darauf, daß der Schaden, den er angerichtet, nicht so sehr bedeutend ist.

2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Der Gerichtshof erlante nach diesem Antrage.

Aus dem Justizhaus — ins Justizhaus!

Wie schwer es einem entlassenen Justizhändler wird, in geordnete Arbeitsverhältnisse zu gelangen, wurde gestern der Arbeiter Richard Gruschke in längerer Rede der 1. Ferienstrassammer des Landgerichts I darzulegen und dadurch das Mißbehagen des Gerichts zu erregen. Der Angeklagte ist ein alter Schläffelhändler, der ein auffallend langes Strafregister, auf welchem auch mehrere Justizhändlertaten verzeichnet sind, aufzuweisen hat. Nachdem er die letzte Justizhausstrafe außerhalb verbüßt hatte, begab er sich nach Berlin und befand sich bald wieder hinter Schloß und Riegel, da in ganz kurzer Zeit sechs Fälle des Betruges, Diebstahls und der Urkundenfälschung gegen ihn zur Anzeige gebracht wurden. — Unter der Angabe, daß er Postbeamter, Eisenbahnassistent oder dergleichen sei, mietete er sich in verschiedenen Wohnungen möblierte Zimmer,

Besten Vermietlerinnen feinerlei Verdacht gegen ihn hegen, da er ja als „Damier“ auftrat und auch einen Frachtbrief vorlegte mit dem Hinweis darauf, daß seine Sachen in kurzer Zeit nachfolgen würden. Daß er diesen Frachtbrief selbst geschrieben und feinerlei Sachen zu erwarten hatte, verschwieg er natürlich der beglückten Vermieterin. Sobald er von dem gemieteten Zimmer Besitz ergriffen hatte, suchte und fand er Gelegenheit, sich Wertgegenstände anzueignen, bezw. unter allerlei Vorwänden den Wirtsleuten kleinere Geldsummen abzunehmen und dann spurlos zu verschwinden. Vor Gericht behauptete er, daß er sich in einer Kiste befunden habe, da einem entlassenen Buchhändler gar nichts übrig bleibe, als immer wieder den Weg des Verbrechens zu betreten. Er schilderte mit tränenerstickter Stimme, wie unversehrt er sich um ehrliche Arbeit bemüht habe, wie auch gute Menschen ihn in diesen Bemühungen unterstützt haben — alles sei jedoch vergeblich gewesen, denn, sobald man gehört, daß er im Buchhandel gezeuget habe, man für seine Arbeit gedankt. — Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 2 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und 500 M. Geldstrafe eventuell noch 60 Tage Zuchthaus.

Jugendliche Taugenichtse.

Der 18jährige Mechanikerlehrling **Erich Neubauer** hatte sich unter der Anklage der Begünstigung und der Fehlerlei zu verantworten. Wegen Fehlerlei war ferner die Frau **Helene Kalweit** mitangeklagt. — Es handelte sich um jenen recht raffiniert ausgeführten **Juwelendiebstahl**, welcher vor wenigen Wochen in der Öffentlichkeit dadurch großes Aufsehen erregt hatte, daß der eigentliche Täter der eigene Sohn eines hochangesehenen und begüterten **Montiers** war. Dieser 18jährige junge Mensch war schon von der Schule her mit dem jetzigen Angeklagten **Neubauer** eng befreundet. An Stelle der harmlosen dummen Streiche, wie sie in der „guten alten Zeit“ bei der Jugend ohne Tugend üblich waren, traten bei den beiden jungen Leuten gewisse Gewohnheiten, die sonst nur bei Lebemännern zu finden sind. Die beiden Achtzehnjährigen waren nämlich Abend für Abend in dem Foyer des **Metropoltheaters** zu finden, wo sie in Begleitung von Halbweibchen an dem Selbstzettel **Stammgäste** waren. Da **Neubauer** als Mechanikerlehrling schon am anderen Morgen in aller Frühe wieder an seinem **Schraubstock** in einer hiesigen **Telephonfabrik** stehen mußte, so war es kein Wunder, daß er allmählich auf den Gedanken kam, diese lästige **Beschäftigung** gänzlich abzuschütteln. Da ihm außer verschiedenen von „Muttern“ heimlich zugesteckten **Markstücken** von seinem Vater, einem in beschränkten Verhältnissen

lebenden pensionierten **Magistratssekretär**, feinerlei Mittel zu jenen vornehmen Passionen zur Verfügung standen, so kam ihm eine **Erzählung** seines Freundes, daß sein Vater kostbare **Zeitungen** in seinem **Geldschrank** aufbewahrte, sehr gelegen. Wie der junge **N.** behauptet, habe ihn **N.** dazu angestiftet, sich den Schlüssel zu dem **Geldschrank** zu beschaffen und sich die **Schmucksachen** anzueignen. Da die Eltern des **N.** sich in einem **Ladecorridor** befanden und nur eine **Verwandte** die **Wohnung** beaufsichtigte, gelang der **Plan**. Der junge Mensch entnahm dem **Geldschrank** seiner Mutter gehörige **Brillantschmucksachen** im Werte von circa **12000 Mark**. Ein **Ring** mit einem **brasilianischen Brillanten** wurde von dem Vater des **Neubauer** verfehlt, dem die beiden **Taugenichtse** vorgeredet hatten, daß **N.** den **Ring** geschenkt erhalten habe. Von diesem Zeitpunkt ab spielten die beiden jugendlichen **Lebemann** die **reichen Kavaliers**. Mit einer von **N.** gemieteten **Equipage** fuhren beide vor dem **Metropoltheater** vor, wo sie **zarte Beziehungen** zu einer „**Mia**“ und „**Hanni**“ und außerdem noch zu der dort am **Selbstzettel** beschäftigten **Angeklagten Kalweit** anknüpfen hatten. Die **N.** verzeigte u. a. auch ein **Paar wertvolle Brillantohrringe**, für die sie **900 M.** erhielt. Nach **Wegzug** eines „**Schmuckgroßhändlers**“ von **100 M.** lieferte sie den **Rest** ab, ohne jedoch den **Plandschein** sehen zu lassen. Mit dem **Gelde** fuhren beide, nachdem sie noch von mehreren **nachträglich gestohlenen Sparbuchscheinen** **950 M.** abgehoben hatten, nach **Hamburg** und **London** und von dort nach **Vern**. Von hier aus richtete **N.** einen **demütigen Brief** an seinen Vater, der wie aus allen **Himmeln** gerissen war. Das **leichtsinrige Wirtschchen** wurde schließlich in **Hamburg** festgenommen. Da der Vater den **Strafantrag** gegen ihn **zurückzog**, wurde das **Verfahren** gegen ihn **eingestellt**. Bald darauf wurde auch **Neubauer** in **Berlin** verhaftet. — In der **gestrigen Verhandlung** ging der **Vorsitzende** mit den **nunmehr in geteilten Rollen** auftretenden **jugendlichen Sündern** **scharf ins Gericht**, so daß **N.** ein **umfassendes Geständnis** ablegte. Er bestritt jedoch, daß er den **N.** zu dem **Diebstahl** angestiftet habe. — Der **Unterschied** beantragte gegen **Neubauer** **3 Wochen** und gegen die **Kalweit** **1 Woche Gefängnis**. Das **Urteil** gegen **Neubauer** lautete jedoch auf **1 Jahr und 6 Monate Gefängnis**. Die **Kalweit** wurde dem **Antrag** des **Staatsanwalts** gemäß wegen **Fehlerlei** zu einer **Woche Gefängnis** verurteilt.

Antlicher Marktbericht der **Städtischen Marktballen-Direktion** über den **Großhandel** in den **Central-Marktballen**. **Wartlage:** **Rohstoffe:** **Zufuhr** **schwach**, **Geschäft** **still**, **Preise** **unverändert**. **Wolle:** **Zufuhr** **genügend**, **Geschäft** **nicht lebhaft** genug, **Preise** **wenig verändert**. **Wollgarn:**

Zufuhr **reichlich**, **Geschäft** **schleppend**, **Preise** **wenig verändert**. **Fische:** **Zufuhr** **etwas reichlicher**, **Geschäft** **ziemlich** **reg**, **Preise** **wenig verändert**. **Butter** **und Käse:** **Geschäft** **ruhig**, **Preise** **unverändert**. **Gemüse,** **Obst** **und Südfrüchte:** **Zufuhr** **genügend**, in **Birnen** **und Bananen** **über Bedarf**, **Geschäft** **sehr still**, **Preise** **meist** **nachgebend**.

Witterungsübersicht vom 24. August 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.
Erwinnende	761.8		2 heiter	14	Caparanda	759.8		2 wolkig	6		
Hamburg	762.8	SE	2 heiter	13	Betersburg	755.8		2 wolkig	9		
Berlin	762.8		1 heiter	14	Scilla	759.8		2 heiter	13		
Frankfurt	762.8		1 halb hb.	14	Aberdeen	759.8		3 wolkig	12		
München	764.8		2 halb hb.	13	Paris	760.8		3 Regen	14		
Wien	763.8		1 wolkig	16							

Wetterprognose für Donnerstag, den 25. August 1910.
 Westlich wolkig, am Tage etwas wärmer, vereinzelte Regenschauer; Südwestwinde.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
 der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 23. 8.		am 22. 8.		Wasserstand	am 23. 8.		am 22. 8.	
	am	lett	am	lett		am	lett	am	lett
Wemel, Mühl	226	+8	226	+8	Saale, Großh.	88	-	88	-
Regel, Inherburg	53	-4	53	-4	Havel, Spandau	78	+4	78	+4
Reichel, Thorn	160	+8	160	+8	Havel, Rathenow	66	-1	66	-1
Oder, Rathor	160	+40	160	+40	Spree, Spremberg	106	-2	106	-2
„ Krossen	132	-2	132	-2	„ Beeskow	156	+5	156	+5
„ Frankfurt	147	-5	147	-5	„ Rinden	-60	-1	-60	-1
„ Bärthe, Schrimm	-11	+12	-11	+12	„ Rinden	18	0	18	0
„ Landsberg	-30	+2	-30	+2	„ Rhein, Maximiliansau	528	+8	528	+8
„ Borsdamm	-16	+2	-16	+2	„ Raub	312	-7	312	-7
„ Elbe, Leimertz	-48	-9	-48	-9	„ Rön	314	-9	314	-9
„ Dresden	-148	+8	-148	+8	„ Regen, Weibem	105	+20	105	+20
„ Harbo	99	-4	99	-4	„ Rain, Weibem	147	+3	147	+3
„ Ragdeburg	98	-9	98	-9	„ Rojel, Trier	-	-	-	-

+) + bedeutet **Buch**, - **Hall**. *) **Unterpegel**.

GEGRÜNDET 1867



Der Räumungs-Verkauf
 dauert nur
bis 3. September

Saison-Räumungs-Verkauf
 zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen

Verkauf nur Jerusalemer Strasse 38-39

Um mit den Vorräten der diesjährigen Sommer-Saison zu räumen, haben wir grosse Bestände von Schuhwaren aus unsern sämtlichen Geschäften herausgezogen und stellen diese grossen Vorräte in unserm Hauptgeschäft, Jerusalemer Strasse 38-39, zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen zum Ausverkauf. Es bietet sich daher für jedermann eine wirklich günstige Gelegenheit, moderne erstklassige Schuhwaren für Damen, Herren und Kinder aus durchweg bewährten Qualitäten ohne Rücksicht auf den früheren Wert zu enorm billigen Preisen zu erwerben. Ein jeder sollte diese Gelegenheit zur Vervollständigung seines Schuhbestandes wahrnehmen, auch wenn zurzeit kein Bedarf vorliegt.

Des grossen Andranges wegen empfiehlt es sich, den Einkauf auch vormittags zu besorgen

Waren aus dem Räumungs-Verkauf sind vom Versand nach auswärts ausgeschlossen

- Rationelle Kinder-Stiefel**
 in den bekannt guten Qualitäten besonders preiswert
- Serie I**
- Mädchen-Schnür-u.Knopf-Stiefel**
 versch. Oberledersorten, auch braun, besond. dauerhaft

25-27	28-30	31-35	36-39
3.80	4.80	5.80	6.80

- Serie II**
- Mädchen-Schnür-u.Knopf-Stiefel**
 braun Chevreau und Boxcalf

25-27	28-30	31-35	36-39
4.80	5.80	6.80	7.80

- Knaben-Schnür-Stiefel**
 bestes Wechleleder

31-35	36-39
5.80	6.80

- Knaben-Schnür-Stiefel**
 echt Boxcalf sehr dauerhaft

31-35	36-39
7.25	8.50

- Grosse Posten**
- Herren- und Damen-Stiefel**
 Chevreau, Boxcalf, braun Chevreau in vielen Fassons und Ausführungen

Serie I	Serie II	Serie III
9 ⁷⁵	11 ⁷⁵	14 ⁷⁵
früher 12 ⁵⁰	früher 15 ⁵⁰	früher 18 ⁰⁰

Die früheren Preise sind an jedem Paar Stiefel deutlich erkennbar

- Grosse Posten**
- Herren- und Damen-Stiefel**
 sowie Halbschuhe nur grosse und kleine Nummern extrabillig, durchweg

6 ⁸⁰

- Grosse Posten**
- feinster Damen-Halbschuhe**
 in den elegantesten Phantasie-Ausführungen schwarz — braun — beige — grau — weiß besonders preiswert durchweg

9 ⁸⁰

- Grosse Posten**
- Damen-Halb-Schuhe**
 zum Schnüren und mit Spangen, schwarz und farbig, extra billig . . durchweg 4.80
- Grosse Posten**
- Damen-Leinen-Stiefel und Schuhe**
 in den verschiedensten elegantest. Ausführung.
 besonders preiswert 3.75 5.50 6.75
- Grosse Posten**
- Sport-Schuhe und Sandalen**
 für Herren und Damen extra billig, durchweg 3.75
- Grosse Posten**
- Herren- u. Damen-Hausschuhe**
 Leder, schwarz, braun, bordeaux mit u. ohne Absatz, sehr vorteilhaftes Angebot . . durchweg 3.80 u. 2.80

Ausserdem Restbestände jeder Art weit unter dem Einkaufswert!

